

Interfakultatives Institut für
Angewandte Kulturwissenschaft
Universität Karlsruhe (TH)



Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft



Karlsruher Gespräche 2001

Peter Voß
Caroline Y. Robertson
Ross Feltus
Jean-Baptiste Joly
Christiane Schifferdecker
Julia Macioti
Inge Mißmahl
Barbara John
Fuad Kandil
Heleno Saña
Faruk Şen
Toralf Staud

Helmut Hausmann
Rolf Hoffmann
Siegmar Mosdorf
Dagmar Schipanski
Jasmin Stalblin
Klaus Wenger
Francis Etienne
Hannspeter Hellbeck
JCR Matthew Kidd
Przemyslav Konopka
Andrew B. Denison
u. a.

Doppelheft
Heft 1/2001
Jahrgang 5

Deutschland? Aber wo liegt es?

Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft

Doppelheft 1/2001
Jahrgang 5

Deutschland? Aber wo liegt es?

Herausgeberin der Reihe:	Caroline Y. Robertson
Herausgeberin Doppelheft 1/2001 Jahrgang 5:	Caroline Y. Robertson
Redaktion:	Christine Mielke und Christine Baur
ISBN:	3-9805595-8-0
Copyright:	Interfakultatives Institut für Angewandte Kulturwissenschaft Universität Karlsruhe (TH) 76128 Karlsruhe
Bezug:	über obige Adresse

Inhalt

Deutschland? Aber wo liegt es?	5
Eine Einführung	
Caroline Y. Robertson	
Radio und Fernsehen wohin?	11
Die Globalisierung als Herausforderung an das deutsche Mediensystem	
Eröffnungsrede der 5. Karlsruher Gespräche	
Peter Voß	
Innenansichten - Außenansichten	
Jean-Baptiste Joly	33
Julia Macioti	39
Inge Mißmahl	43
Christiane Schifferdecker	47
Multikulturalität - Rechtsradikalismus. Zwei Seiten einer Medaille?	
Barbara John	53
Fuad Kandil	57
Heleno Saña	63
Faruk Sen	69
Made in Germany. Ist Deutschland fit für den globalen Markt?	
Helmut Haussmann	75
Rolf Hoffmann	77
Siegmar Mosdorf	87
Dagmar Schipanski	93
Jasmin Staiblin	99

Deutschland - der diplomatische Blick von außen

Andrew B. Denison	107
Francis Etienne	111
Gianfranco Facco Bonetti	115
Hannspeter Hellbeck	121
Matthew Kidd	125
Przemyslaw Konopka	127
Klaus Wenger	131

Spieglein, Spieglein an der Wand...Deutschland aus Sicht der Medien

Eine Diskussion	137
------------------------	-----

mit Klaus Bachmann, Ralph Giordano, Jens König, Jeffrey Mason,
Hiroko Zerdick-Nojiri

moderiert von Sylvia Storz

Die Autorinnen und Autoren	155
-----------------------------------	-----

Deutschland? Aber wo liegt es? **Eine Einführung**

Caroline Y. Robertson

„Deutschland? Aber wo liegt es?
Ich weiß das Land nicht zu finden,
wo das gelehrte beginnt, hört das politische auf.“

Diese bekannte Sentenz aus Friedrich Schillers 'Weisheiten'-Sammlung, den Xenien, wurde als Titel der fünften Karlsruher Gespräche gewählt. Die Wahl fiel, weil die zwei gestellten Fragen „Deutschland? Aber wo liegt es?“ nicht nur eine bestimmte Antwort aus einer Perspektive zulassen, wie dies oft der Fall ist. Fragen, die das politische, das kulturelle, das historische, das wirtschaftliche Deutschland meinen. Bereits der zunächst geographisch zu verstehende Wortsinn der Frage läßt zwar eine eindeutige Antwort zu, die mit dem Hinweis auf die politischen Grenzen der Weltkarte beantwortet ist. Aber dann wird schnell deutlich, daß der Begriff Deutschland sich, weitab von allen geographischen Expansionsvorstellungen früherer Zeiten, auch auf eine geistige Landschaft, eine assoziative Räumlichkeit bezieht. Es existieren die deutschsprachigen Länder, die Goetheinstitute zur Pflege deutscher Sprache und Kultur im Ausland, es existiert eine von Nation zu Nation verschiedene und durch die jeweilige historische Beziehung geprägte Vorstellung, wo dieses Deutschland anzusiedeln ist.

In der Mitte des neu entstehenden Europas? Am Rand zum früheren Ostblock, als Grenze zwischen Ost und West? Als Außenseiternation, die sich durch ihre historische Schuld des Völkermords nicht gleichwertig in die Riege der europäischen Staaten fügt? Oder irgendwo auf der Nordhalbkugel, da die globalen Netzwerke geographische (und vielleicht auch historische) Realitäten zum Schwinden bringen?

Wo Deutschland liegt ist in erster Linie jedoch eine Frage für diejenigen, die in diesem Land leben, sich zurechtfinden müssen, ihre eigene Identität darüber definieren, wo dieses Land einzuordnen ist. So bringt auch Schiller bei dieser Frage sich selbst ein: „Ich weiß das Land nicht zu finden...“. Und es wird klar, daß die Frage weit über das geographische

hinausgeht und es hinter sich zurückläßt. Was zeichnet dieses Land aus und welche Prägung erfährt ein 'Ich', daß sich mit Fragen dieser Art auseinandersetzt, ganz einfach: was ist typisch deutsch?

In seinem Buch mit dem Titel „Wie deutsch sind die Deutschen?“ geht der Tübinger Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger dieser Frage nach. Wie ist es mit den „fremden“ Deutschen? Muß nicht von zwei Deutschlandbildern ausgegangen werden? Lösen die Globalisierungstendenzen die nationalen Konturen nicht sowieso auf und ist nicht „typisch deutsch“ sowieso ein Auslaufmodell?

Die Konzeption der Thematik, die die Karlsruher Gespräche umreißen sollten, ließ zunächst eine Grundthese aufkommen. Nach 50, inzwischen 51 Jahren Bundesrepublik Deutschland und 11 Jahren wiedervereinigtes Deutschland ist die Republik zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Unter diesem Gesichtspunkt sollte dann eine Einordnung Deutschlands vorgenommen werden können. Zunächst unter dem Aspekt der Globalisierung, der eng mit dem der Medientechnologischen Entwicklung korrespondiert. Mit 'Die Globalisierung als Herausforderung an das deutsche Mediensystem' gelang Peter Voß vom Südwestrundfunk eine präzise Positionsbestimmung des 'medialen' Deutschland. Als Eröffnungsvortrag der Gesamtveranstaltung wurde damit auch die Bedeutung herausgestellt, die gerade dieser Sektor durch die rasanten wirtschaftlichen Veränderungen und die sogenannte Informationsrevolution einnimmt.

Der globalen Einordnung folgt der ganz persönliche Blick, die subjektive Einschätzung Deutschlands aufgrund von eigenen Erfahrungen. Unter dem Titel 'Innenansichten - Außenansichten' kommen Personen zu Wort, denen Deutschland oder das Ausland zur Heimat wurden oder die von Ost-West-Erlebnissen berichten, bei denen ähnlich 'fremde' Erfahrungen sich mit ähnlich vertrauten abwechselten.

Daß die Problematik des Rechtsradikalismus in Deutschland bei dieser Themenstellung ausführlich diskutiert werden muß, steht außer Frage. Der gedankliche Sprung vom oft problematischen Ossi-Wessi-Verhältnis liegt nahe. In unserer Expertenrunde wurde jedoch ganz beabsichtigt multikulturell diskutiert, aus der Sicht von Menschen, die sich auch aufgrund ihrer Biographie mit der Frage 'Multikulturalität - Rechtsradikalismus.

Zwei Seiten einer Medaille?’ intensiv beschäftigen und wesentlich dazu beitragen, den öffentlichen Diskurs in Gang zu halten und voranzutreiben.

Ein weiteres Themengebiet stellt bei der Frage „Deutschland? Aber wo liegt es?“ die ökonomische Perspektive dar. Gerade die gegenwärtigen Veränderungen, die durch die Globalisierung der Wirtschaft stattfinden, machen eine Positionierung Deutschlands im globalen Gefüge und Überlegungen zur Wettbewerbsfähigkeit unter verschärften Bedingungen vonnöten. Zu diesem Zweck wurde in der hochkarätig besetzten Runde „Made in Germany“ die Frage „Ist Deutschland fit für den globalen Markt?“ diskutiert.

Einen Schwerpunkt bei dieser Diskussion nimmt ganz sicher die Außenwirkung von Ereignissen im Zusammenhang mit Rechtsradikalismus und Ausländerfeindlichkeit ein. Wie wird Deutschland von außen gesehen? Welche Erwartungen, Befürchtungen und Hoffnungen werden an Deutschland inzwischen geknüpft?

Deutschland reflektieren und ihm damit sozusagen den Spiegel vorhalten konnten bei diesen fünften Karlsruher Gesprächen zwei darauf von Beruf her spezialisierte Gruppen: Diplomaten zum einen und Journalisten zum anderen.

Wie bereits bei den „Innenansichten-Außenansichten“ ergab auch hier die Mischung von im Ausland tätigen Deutschen und in Deutschland lebenden Nicht-Deutschen ein vielschichtiges Bild der Wahrnehmung - zum einen diplomatisch formuliert, zum anderen journalistisch direkt und teilweise unverblümt ausgesprochen.

Die *Karlsruher Gespräche* wurden im Februar 2001 nun zum fünften Mal vom Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) ausgetragen. Mit großzügiger Unterstützung der Landeskreditbank standen sie unter dem Motto „Deutschland? Aber wo liegt es?“

Zahlreiche prominente Gäste aus Nah und Fern, Junge und Alte, Deutsche und Nicht-Deutsche, Künstler und Wissenschaftler, Studierende aller Fachrichtungen, Vertreter der Banken und der Wirtschaft, der Medien und der Politik, geradlinige Schaffer und philosophierende Genießer, Modernisten und Postmodernisten, Technikfreaks und Verantwortungs- oder gar Gesinnungsethikern, Vertreter einer „just-do-it-Generation“, Alt-68ern

und Traditionalisten führten kreative, streitbare und konstruktive Gespräche - Gespräche, die Lust auf mehr weckten.

Kurz zur Geschichte der *Karlsruher Gespräche*

Mit Prof. Dr. Hermann Glaser sind die vom IAK 1997 erstmals veranstalteten *Karlsruher Gespräche* entwickelt worden:

1997 zum Thema *Stadtansichten*, 1998 zum Thema *(Ohn)Macht der Politik*, 1999 zusammen im Rahmen der zweiten Stiftungsgastprofessur mit Dr. Olaf Schwencke zum Thema *Utopia*; und rechtzeitig zum Milleniumswechsel ebenfalls mit Dr. Schwencke zum Thema *Zukunft der Zeit*.

Das besondere an den Karlsruher Gesprächen, denen, um es mit den Worten Hermann Glasers zu sagen, eine alternative »Vermittlungsmethode« zugrunde liegt, ist die Verbindung zwischen wissenschaftlichem Kongreß mit Schwerpunkt auf Gespräch und die Integration von kultureller Darbietung zum Thema. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, daß die bisherigen „Karlsruher Gespräche“ in schriftlicher Form vorliegen.

Die *Karlsruher Gespräche* wollen durch Anregung des gesellschaftlichen Dialogs das Aufbrechen von Verkrustungen fördern, alternative Diskurse anstoßen und neue Wege aufzeigen. Teils, von außen gesehen, in einer selbstquälerischen Verleugnung einer eigenen Identität, die uns schnell die Frage stellen läßt, ob ohne gefestigte Eigenidentität, wie auch immer diese in unserem Zeitalter der Gleichzeitigkeiten vorzustellen sein mag, Toleranz gegenüber anderen Identitäten sich überhaupt erwarten läßt. Daran schließt sich die Frage, ob diese Identität unbedingt national oder europäisch geprägt sein muß. Auf dem Deutschen Historiker Tag 1996 wurde die These aufgestellt, Europa habe keine geographische Identität, sondern sei eine intellektuelle Konstruktion.

Wir wollten keine historischen Debatten führen, es sollte ja eine Selbstverständlichkeit sein, daß die Gegenwart ohne eine Betrachtung der Vergangenheit nicht zu erklären ist. Bei unserer Frage nach einer Identität interessierten uns vielmehr die subjektiven Empfindlichkeiten und Verletztheiten, die zur Ausgrenzung und Diskriminierung einerseits führen, die aber andererseits zu negativen Ab- und Ausgrenzungen, wie wir sie in der rechtsextremistischen Szene erleben, führen. Was geht in den Köpfen eigentlich vor, woll-

ten wir uns fragen. Im Rahmen von Symposium, Round Table und Podiumsdiskussion wurde die Rolle Deutschlands in einer immer vernetzteren Welt besprochen, der Bedeutung des wiedervereinigten Landes sowie des wirtschaftlichen Standortes nachgegangen und in diesem Zusammenhang die vieldiskutierte These des Attraktivitätsverlusts erörtert.

Wichtig war im Hinblick auf das diesjährige Motto der spezifische Blickwinkel von Ausländern auf Deutschland. Die Bandbreite der Diskussionsthemen erstreckte sich von der Einführung der Green Card bis zu den Fragen rund um ein vereinigtes Europa, vom Rechtsradikalismus bis zu der zunehmenden Globalisierung und von der „deutschen Leitkultur“ bis zum Ideal der multikulturellen Gesellschaft.

Natürlich bemühen wir uns, bei den *Karlsruher Gesprächen*, um eine objektive Situationsanalyse, die uns aus dem Kreis der Selbstbeschäftigung heraus führen sollte. „Deutschland? Aber wo liegt es?“ Wie geht es weiter mit diesem Deutschland? Zu dieser Fragestellung wollten wir mit den diesjährigen *Karlsruher Gesprächen* und dem vorliegenden Band einen Beitrag leisten.

Radio und Fernsehen wohin?
Die Globalisierung als Herausforderung an das deutsche Mediensystem
Eröffnungsrede der 5. Karlsruher Gespräche

Peter Voß

Das Thema, über das ich sprechen will, ist ein Zukunftsthema. Das macht die Sache zum einen sehr einfach, weil ich davon ausgehe, daß keiner von Ihnen in fünf oder zehn Jahren nachprüfen wird, ob es wirklich so gekommen ist. Es empfiehlt sich ja immer, vor allem pessimistische Prognosen zu verbreiten. Denn wenn sie eintreffen, hat man Recht behalten, wenn nicht, sind die Leute erstrecht froh. Auf der anderen Seite hat ein kluger Franzose gesagt: „Die Zukunft ist auch nicht mehr das, was sie mal war.“ Und das gilt nicht zuletzt im Hinblick auf ihre Prognostizierbarkeit.

Das klingt zunächst vielleicht etwas paradox. Wir glauben ja, daß es immer leichter wird, die Zukunft vorauszusagen, indem man Entwicklungen hochrechnet und extrapoliert. Denn die Zukunft wird, gerade wenn wir das Stichwort Globalisierung nehmen, sehr stark von wirtschaftlichen Entwicklungen geprägt. Der Taktgeber der Wirtschaft ist aber die Technik geworden. Global betrachtet ist der Taktgeber natürlich die Wissenschaft, vor allem die Naturwissenschaft. Deren Vorhersagen gelten als rational begründet, so daß man berechnen kann, was in den nächsten fünf oder zehn Jahren passiert. Also ganz anders als zu früheren Zeiten, in denen man Geschichte als Schicksal erlebt und empfunden hat. Mit dem Vorhersagen ist es aber nicht so einfach. Bereits im Vorvorjahrhundert, wie ich jetzt schon sagen muß, im 19. Jahrhundert, hat das ein Berliner Wissenschaftler erfahren müssen. Er hat etwa um 1850 ganz exakt berechnet, daß die Stadt Berlin um 1900 in Pferdemist ersticken würde. Das ist nur deshalb nicht eingetreten, weil er mit dem Siegeszug des Autos nicht rechnen konnte.

Wir haben mit dem wirklich rationalen Prognoseverfahren nach wie vor ähnliche Schwierigkeiten. Es ist einige Jahrzehnte her, da hat ein durchaus sachkundiger amerikanischer Unternehmer den Bedarf an Rechnern weltweit ganz klug auf drei bis fünf geschätzt. Vom PC war noch keine Rede. Das heißt, in Wahrheit ist es nach wie vor so,

daß wir auch jetzt noch immer Unvorhergesehenes erleben, Entwicklungen, die man bis dato für unmöglich gehalten hat. Denken Sie an den Siegeszug des Internets. Es ist noch gar nicht lange her, da habe ich mir zum ersten Mal auf einem Symposium in Konstanz mit Kollegen diese neuen technischen Möglichkeiten präsentieren lassen. Da stand das noch in keinem schlaun Medienbuch, und ich selbst habe gedacht: Ob das wohl alles so kommt? Kurz danach waren alle Feuilletons voll davon, so wie jetzt mit Themen zur Gentechnologie, Stichwort Klonen. Es wissen ja schon alle wieder ganz genau, welche Gefahren, aber auch welche Chancen darin liegen, was wir machen dürfen und was nicht.

Als das Internet kam und mit seinen neuen Möglichkeiten eher ein theoretischer Diskussionsgegenstand war, wußten sehr viele auch schon genau, was passieren wird. Es gab zum Beispiel in diesem Land sehr exakte Erwartungen an die Zahl von Arbeitsplätzen, die dadurch entstehen würden. Es gab einen bekannten Politiker in diesem Land, der sagte: „In wenigen Jahren wird - im Hinblick auf die Generierung von Produktivität, Wirtschaftskraft und Arbeitsplätzen - diese Technik der informationellen oder geistigen Mobilität die der physischen Mobilität, sprich Autoindustrie, Flugzeugindustrie usw. bei weitem überflügelt haben.“ Genau dies aber ist nicht richtig ermittelbar. Ich will dafür nur zwei Gründe nennen. Erstens: Wenn neue Arbeitsplätze entstehen und wir von globalen Märkten reden, ist noch nicht gesagt, ob sie bei uns oder anderswo entstehen, auch wenn man annimmt, daß unter dem Strich vielleicht genauso viele entstehen wie verloren gehen oder sogar mehr. Zweitens wächst natürlich beides zusammen, d. h. die Autoindustrie ist im Grunde auch eine Industrie, die bereits ein hohes Maß an Informationstechnologie integriert. Der entscheidende Schlüssel, der das alles möglich gemacht hat, der größte Revolutionär überhaupt, der Computer, spielt überall hinein. Und der ist ja nichts weiter als ein System, das Informationen sehr schnell verarbeitet.

Das andere Stichwort, auf das ich zu Anfang kommen will, ist die Globalisierung. Damit verhält es sich auch nicht ganz so einfach. Was ist eigentlich gemeint? Inzwischen ist Globalisierung ja zu einem Killerargument geworden. Sie wissen, daß die Globalisierung alles mögliche erzwingt, und dagegen ist auch argumentativ gar kein Kraut mehr gewachsen. Was also meint der Begriff? Daß die Welt irgendwie zusammenwächst, ist eigentlich nicht so ganz neu. Dieser Prozeß hat begonnen, seit Magellan die Erde umsegelt

hat. Wir hatten schon im vorigen Jahrhundert zwei Weltkriege und immerhin schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen ersten Weltkrieg. Also offenbar ein globales Geschehen, das zumindest schon weltweite Implikationen und Konsequenzen hatte. Zwar war der Kriegsschauplatz eigentlich Mitteleuropa. Aber mit den ganzen Auswirkungen im Hinblick auf die spätere Entkolonialisierung und auf den Zugriff auf Rohstoffe und Waren, aber natürlich auch aufgrund der Involvierung der Vereinigten Staaten war der Name „Weltkrieg“ schon gerechtfertigt. Was ist also jetzt noch das Neue nach 1945? Das Neue ist in der Tat eine technische „Eskalation“. Begonnen hat sie sicherlich mit der Entwicklung der Atomkraft, die über die Bombe das erste Mal eine globale Vernichtung ermöglicht hat. Das ist ein Aspekt der Globalisierung. Aber ich glaube, der entscheidende Schub kam tatsächlich durch den Computer und damit durch eine Revolution in der Informationstechnologie.

Es gibt ja ein weiteres Schlagwort in diesem Zusammenhang: die „Infomationsgesellschaft“. Die ist bei einigen auch schon wieder passé. Manche sprechen schon von der Post-Informationengesellschaft. Dabei ist der Begriff selbst auch erst gut 30 Jahre alt. Er stammt von dem amerikanischen Soziologen Daniel Bell, der gesagt hat, daß die produzierende Industriegesellschaft immer mehr durch eine Informationsgesellschaft abgelöst wird. Aber das ist natürlich auch, wie bei all diesen Schlagworten, mehr oder weniger eine Halbwahrheit. Denn Informationen kann man trotz allem, was man mit dem Begriff Informationsgesellschaft verbindet, eben nicht essen. Man kann sich damit nicht kleiden und hat damit auch noch kein Dach über dem Kopf. Alle Gesellschaften, von denen man sagt, sie werden Informationsgesellschaften, werden nach meinem Dafürhalten nur prosperieren, wenn sie gleichwohl auch produzierende Industriegesellschaften bleiben, d. h. es geht eigentlich nur um eine Verlagerung des Schwergewichts. Und die Informationstechnik durchdringt eben alle anderen Bereiche, wird damit selbst immer stärker ein Wirtschaftsfaktor, aber sie beseitigt die produzierenden Bereiche nicht. Mit reiner Informationstechnik allein werden wir auch keine große Wirtschaftsmacht bleiben. Die Frage ist vielmehr, ob wir mit Hilfe der Informationstechnik auch auf klassischen Feldern führend sein können, wie es ja zum Beispiel in der Autoindustrie durchaus gelungen ist.

Der Computer wirkt also als Motor der Globalisierung. Der Computer leistet ja etwas, wenn man so will aus heutiger Sicht schon wieder Banales, aber an sich Gigantisches: Er kann eben jede Information in eine binäre umwandeln, sprich in eine Ja/Nein-Information. Und dies nicht nur ungeheuer schnell und mit ungeheuren Datenmengen, sondern er kann eben auch zum Beispiel das bewegte Bild im Fernsehen oder den Ton im Hörfunk als Information verarbeiten. Es war eine faszinierende Entwicklung, daß der Computer an einem Ort dieser Erde ungeheure Datenmengen bewegen kann, z. B. indem er sie in Fernsehbilder umwandelt, und daß diese Datenmengen ohne Störung über Glasfaser oder sonstwie an einen anderen Ort transportiert werden und dort in Fernsehbilder zurückverwandelt werden können. Dabei leistet der Computer noch mehr: Er kann auch etwas, das man so schön Datenreduktion nennt, d. h. er ist eigentlich nicht intelligent, aber doch so eingestellt, daß er eine große Menge an Informationen komprimieren kann und nur die wichtigsten Informationen übermittelt.

Nehmen Sie z. B. den Fernseher. Dieser hat heute 625 Bildpunkte, nämlich 25 mal 25 Bildzeilen. Da muß der Computer, wenn er in Echtzeit alle diese Bildpunkte unter Beobachtung hat und sie ständig verwandelt und am anderen Ende des Transports zurückverwandelt, natürlich nicht alle diese 625 Bildpunkte zugleich bearbeiten. Denn von der Summe dieser Punkte verändert sich ja immer nur ein Teil. Wenn sich ein Mensch bewegt oder wenn sich Blätter an Bäumen bewegen, sind es immer nur Teile eines Bildes, die sich sozusagen im Bruchteil einer Sekunde verändern. Und nur diese Veränderung muß der Computer wahrnehmen und weitergeben. Mehr nicht. Und aufgrund dieser Fähigkeit haben wir eine Entlastung der Verbreitungswege bekommen, die durch neue Techniken wie die Glasfasertechnik noch beschleunigt wurde. Wir haben heute die Möglichkeit einer unglaublichen Vermehrung der elektronischen Transportwege. Viele setzen das gleich mit einer gigantischen Vermehrung der Programme. Man kann ja immer wieder lesen, daß wir demnächst 200, 300, 500 Fernsehprogramme haben werden. Dies ist nicht richtig. Wir haben im Sinne der klassischen Begriffe vielleicht so viele Kanäle, also Programmtransportmöglichkeiten. Wieviel Programme es gibt, ist eine völlig andere Frage. Das ist keine technische, sondern wiederum eine wirtschaftliche Frage. Programme wird es so viele geben wie für ihre Produzenten refinanzierbar sind, und zwar über Werbung, in unserem Fall über die Rundfunkgebühr, vielleicht über die neue Form des Pay-TV, des Bezahlfern-

sehens. Programme wird es nicht mehr geben als man am Ende refinanzieren kann, egal wie viele Kanäle es gibt.

Aber diese Kanalvermehrung ermöglicht etwas weiteres, und das ist eine besonders faszinierende Möglichkeit. Sie wissen es alle, aber ich muß das trotzdem sozusagen als Ausgangspunkt nehmen, nämlich den Rückkanal. Rückkanäle ermöglichen, daß jeder von uns nicht mehr nur Empfänger ist, sondern, wenn Sie so wollen, auch Sender. In einem Teil unseres richtigen Lebens ist das ja schon Wirklichkeit. Die Stichworte kennen Sie alle: Tele-Shopping, Tele-Banking, Tele-Working, Tele-Learning: faszinierende Möglichkeiten, die allerdings auch nicht nur Deregulierungs-, sondern um nachher nochmals auf die Globalisierung zurückzukommen, auch Regulierungsbedarf mit sich bringen. Dies werde ich gleich noch ansprechen. Aber zunächst einmal ist es faszinierend, daß ich meinen ganzen Zahlungsverkehr per Elektronik von zu Hause abwickle und nicht mehr zum Bankschalter gehen muß. Eine spannende Frage wird sein, wie der persönliche Beratungsbedarf, den jeder hat, befriedigt wird. Wie ist das mit den Älteren, die mit der Technik noch nicht so zurechtkommen, wenn die Banken ihre Zweigstellen auflösen sollten? Wie steht es dann mit der individuellen Betreuung?

Nicht anders beim Einkaufen. Ich kann mir meinen elektronischen Versandkatalog zu Hause aufblättern, brauche ihn mir nicht mehr von irgendeinem Versandhaus schicken zu lassen. Dann kann ich das Produkt anwählen, vielleicht einen schönen neuen Pullover, und bestellen. Wenn das System technisch ausgereift ist, wird der Rechnungsbetrag gleich von meinem Konto abgebucht. Allerdings muß mir dieser Pullover real geschickt werden. Ich muß ihn anprobieren und werde vielleicht feststellen, daß er nicht paßt. Dann muß ich ihn auf dem gleichen Weg zurückschicken und das Geld wieder elektronisch zurückfordern. Und da werde ich plötzlich merken, das Geld fließt nicht automatisch zurück. Möglicherweise muß ich mich dann mit jemandem auseinandersetzen, und dann wird es etwas umständlicher. Vermutlich kann man, wie bei all diesen technischen Möglichkeiten, am Ende feststellen, daß technische Reife nicht gleich Marktreife bedeutet. Entscheidend ist die Akzeptanz durch die Nutzer. Die entscheidet am Ende über das Tempo dieser Entwicklung, über die Breite und Tiefe, auch über die Tiefe der wechselseitigen Vernetzung.

Ein weiteres Beispiel ist die berühmte alleinerziehende Mutter, die sich zu Hause um ihr Baby kümmert. Sie hat ihre Arbeit und muß nicht mehr jeden Tag ins Büro fahren. Sie kann sozusagen ihr Produkt, wenn es sich nicht um eine handwerkliche Tätigkeit handelt, am Computer herstellen. Sie kann aber zwischendurch das Baby wickeln, einkaufen, joggen und dann die Arbeit fortsetzen.

Dies heißt aber nicht nur, daß die Stechuhr endgültig ausgedient hat, sondern daß man überhaupt mit Tarifverträgen, die Arbeitszeiten regeln, nicht mehr viel anfangen kann. Was tritt an die Stelle? Sind das klassische Werkverträge? Interessant ist auch bei diesen Fragen: Wo entsteht eigentlich die Wertschöpfung? Wenn wir uns zum Beispiel vorstellen, daß ein Produkt, das im wesentlichen elektronisch erstellt wird, in Deutschland entsteht, aber nach acht Stunden Arbeitstag nach New York geht, von da aus nach Tokio, dann nach Indien usw. Wo entsteht hier die Wertschöpfung und wie wird das verrechnet?

Diese Frage stellt sich auch beim Internet. Viele waren ja ganz überrascht, daß nun plötzlich die Werte am Neuen Markt wieder runtergehen. Sie hatten allerdings vorher übersehen, daß mit dem Internet selbst ja bisher ohnehin noch kein richtiges Geld verdient worden war. Das Geld wurde mit Erwartungen über die Börse verdient. Und zwar so kräftig, daß neue Medien alte Medien kaufen konnten. AOL kaufte Time Warner, wozu auch CNN gehört und via CNN auch n-tv. Das eigentliche Geldverdienen mit dem Internet ist sehr viel schwerer. Denn zunächst mal zahlt der Nutzer ja nur begrenzt. Wenn zum Beispiel bei uns eine Information abgerufen wird, führt jeder Zugriff, bei dem wir auf diese Weise Zusatzinformationen anbieten, zu Kosten. Wie refinanzieren wir das? Zunächst brauchen wir eine Lösung der für das Internet noch nicht geklärten Urheberrechtsfrage. Und zwar weltweit verbindlich. Wer ein Produkt ins Netz stellt, will Geld verdienen. Ich könnte z. B. als Hollywood-Produzent sagen, daß ich meinen Film weder in die Kinos bringen noch an Leo Kirch verscherbeln will, der ihn dann teuer an die ARD oder das ZDF verkauft. Ich habe vor, meinen Film direkt über das Internet zu verkaufen. Hier ist die entscheidende Frage, wie ich zu meinem Geld komme. Und zwar von jedem Nutzer und dann mindestens so viel, wie eine Kinokarte kostet. Wie wird das gelöst?

Sie erinnern sich, Bertelsmann hat kürzlich Napster gekauft. Was bedeutet Napster für die Musiktitel? Das ist eigentlich ein Stück organisierter Piraterie. In diesem Zusammen-

hang interessiert mich nur eine einzige Frage: Wie wird das funktionieren? Wird Napster legalisiert? Finden die Bertelsmänner ein Verfahren, um auch wirklich an das Geld zu kommen, damit am Ende der Schöpfer des Titels, egal ob er bei einem abgeschrieben hat oder wirklich kreativ war, auch sein Geld bekommt? Oder werden neue Piraten auch Napster aushebeln? Das sind spannende Fragen.

Weitere Fragen sind, wie man sich gegen Computerviren schützt, wie man Mißbrauch verfolgt oder verhindert, ich nenne die Stichworte Kinderpornographie, Aufforderung zu Volksverhetzung, Rassenhaß usw. Das sind auch nicht ganz einfach zu beantwortende Fragen, weil natürlich mit jeder Sicherung, die man findet, die kriminelle Fantasie ange-regt wird, auch diese Sicherung zu überwinden. Es ist nur die Frage: Wer ist schneller? Aber es gibt, das muß man einfach festhalten, eine merkwürdige Entwicklung: In allen Bereichen der Bildung und Fortbildung ist es natürlich eine wirkliche Erleichterung, wenn ich nicht mehr in eine reale Bibliothek gehen muß, sondern dieses oder jenes Zitat elektronisch abrufen kann, für meine Magisterarbeit oder für was immer. In diesen praktischen Funktionen geht die Entwicklung schneller voran als im Medienbereich. Nun kann man sich fragen, woran das liegt. Gestatten Sie mir, daß ich hier den Erfinder des Zynismus im Deutschen Fernsehen, Helmut Thoma, zitiere. Er ist inzwischen von seinem Arbeitgeber Bertelsmann unter Austausch gegenseitiger Schmähungen vorzeitig verabschiedet worden. Dieser geistvolle, witzige Mann, der leider RTL groß gemacht hat, sagte unter anderem: „Im Seichten kann man nicht ertrinken.“ Das zu testen ist nicht empfehlenswert, denn wenn man sich betrinkt und in einen flachen Straßengraben fällt, wird man sehen, daß diese These biologisch und physikalisch angreifbar ist. Thoma hat mit seinem Programm ja auch den Gegenbeweis geliefert. Er war, wie gesagt, immer für einen flotten Spruch gut. Er sagte einen anderen guten, als er begründen mußte, warum er solche Programme machte: „Der Wurm muß dem Fisch schmecken, nicht dem Angler.“ Daraus konnte man indirekt auch ablesen, wie er die Zuschauer einschätzte. Denn er ist der Angler.

Und Thoma hat den schönen Spruch gemacht, das einzige, womit der deutsche Mensch nach 20 Uhr noch interagieren wolle, sei sein Kühlschrank. Nur hat er seine Sicht der Medienentwicklung vielleicht ein bißchen schöngeredet, denn er hielt ja den Weg von

Bertelsmann in die interaktive Welt für einen Fehler. Er hat auch noch gesagt, es gebe gar kein Digitalfernsehen, denn wenn ich als Unternehmer einen Joghurtbecher elektronisch zusammenschweißen ließe, ergebe das auch keinen Elektrojoghurt. Der Vergleich hinkt ein bißchen.

Wie gesagt, Thoma hat heftig gegen die unternehmenspolitische Entwicklung bei Bertelsmann polemisiert. Möglicherweise wollte er ein Programmmacher im sogenannten Free-TV bleiben, im für alle zugänglichen Fernsehen, und nicht über die Digitalisierung mit dem Pay-TV verknüpft werden. Deshalb hat er sich eingeredet, daß die Leute gar nicht interagieren wollen. Vielleicht hat er sich die Entwicklung aber nicht nur schönge-redet. Denn wie muß man sich das Ganze langfristig vorstellen? Man sitzt zu Hause auf der Couch, hat neben sich den Lebensabschnittspartner und kann sich das Programm zusammenkomponieren. Man stellt sich also ein Menü zusammen. Sie sagt, ich will mal wieder „Pretty Woman“ mit Julia Roberts sehen, allerdings nicht das ganze Werk, nur die wunderbare Szene, wo sie mit dem Essen um sich schmeißt, weil sie die guten Manieren noch nicht drauf hat. Er dagegen will Nachrichten sehen, oder auch umgekehrt, ich will hier keine antifeministischen Vorurteile produzieren. Aber wenn ich an unsere Familie denke, wir haben drei Söhne, kann ich mir lebhaft vorstellen, daß bis zur Festlegung eines Menüs der Abend vorbei ist.

Denken wir das Thema idealtypisch zu Ende, ist jeder sein eigener Programmdirektor, sein eigener Chefredakteur und auch sein eigener Regisseur. Ich sitze also vor diesem elektronischen Klavier und entscheide zum Beispiel bei einem Fußballspiel, auf welche Kamera ich gehe. Ich gehe hinter das eine oder das andere Tor, auf die Tribüne oder in die Kurve, möglichst auch noch unter den Rasen. Und dann muß ich natürlich noch entscheiden, ob ich in die Nahaufnahme gehe oder in die Rückblende und zugleich in die Slow Motion, weil ich sehen muß, ob dieses furchtbare Foul an meinem Lieblingsspieler wirklich ein furchtbares Foul oder eine gekonnte Schwalbe war, letzteres würde ich ja noch mehr bewundern. Das kann ich dann alles machen.

Das setzt aber voraus, daß ich zwei Monitore vor mir habe. Einen vielleicht über dem Sofa, wo früher das Gemälde mit dem röhrenden Hirsch gehangen hat oder in meiner norddeutschen Heimat die brüllende See mit dem Schiff auf den Klippen, am besten noch

mit einem Klabautermann im Mast. Dort also hängt der Flachbildschirm. Der zweite Monitor steht direkt vor meiner Nase. Der ist immer auf die Totale geschaltet, weil ich sonst nicht weiß, wo der Ball ist. Ich muß ja wissen, wo der Ball ist, um auf den falschen Knopf zu drücken. Erst dann kann ich mich aufregen und über mich selbst ärgern.

Und das ist es eigentlich, was Thoma gemeint hat. Er meint, daß die Gewohnheiten vor allem nach Feierabend keineswegs so sind, daß ich bereit wäre, eine Art Leistungssport zu betreiben. Daß hier die Sache ihre natürlichen Grenzen findet. Das heißt natürlich nicht, daß sich nichts verändert, sondern nur, daß möglicherweise doch nicht jeder sein eigener Regisseur wird, sondern sich viel wohler fühlt, wenn er mit der erwähnten Lebensabschnittspartnerin zur einen Seite und dem Bier und den Chips zur anderen gemütlich da sitzt und sich lieber berieseln läßt, um sagen zu können: „Ist das wieder ein blöder Bildregisseur.“ D. h. auch hier wird es so sein, daß die Leute - beim Hörfunk gilt das meiner Meinung nach in besonderem Maße - nicht agieren, sondern konsumieren wollen. Dafür gibt es, weil ich den Hörfunk erwähnt habe, auch ganz praktische Gründe. Hörfunk ist ein Begleitmedium, das zum Beispiel beim Autofahren stark genutzt wird. Und da wir in immer größerer Zahl als Singles leben, die viel Auto fahren, wird der Bildschirm, den wir im Auto haben, hoffentlich überwiegend dem Navigationssystem vorbehalten bleiben. Denn es empfiehlt sich nicht und ist darüber hinaus auch verboten, vorne im Cockpit fernzusehen. Wenn das aber so ist, dann wird der Mensch eben nicht eine solche Klaviatur mit der Hand beim Fahren bedienen. Das wiederum bedeutet, daß er auf ein festes Programm angewiesen ist, hoffentlich auf ein öffentlich-rechtliches. Das heißt, daß zumindest die autofahrende Menschheit weiter auf herkömmliche Weise Radiowellen, wie sie heute ausgestrahlt werden, empfangen wird. Dies unter Nutzung der digitalen Verbreitungstechnik, aber der Empfang bleibt wie bisher. Das ist, glaube ich, nicht ganz unwichtig, weil es etwas über die Chancen und Wahrscheinlichkeiten oder Unwahrscheinlichkeiten des Veränderungstempos im Medienbereich aussagt.

Wenn man die Digitalisierung konsequent zu Ende denkt, werden wir ja eigentlich keine klassischen Programme mehr brauchen. Dann wird sich jeder alles selbst zusammenkomponieren. Wir werden dann übrigens auch keine Zeitung mehr brauchen. Denn natürlich kann ja jetzt der Leser, der seine Lokalzeitung abonniert hat, und, je nach politi-

scher Ausrichtung, zusätzlich die FAZ, die Süddeutsche, die Neue Zürcher Zeitung, die „Welt“ oder die taz oder was auch immer, nun auch den elektronischen Verbreitungsweg der Zeitung nutzen. Man hat ja mal gesagt, die Zeitung wird sich wegen der Papierqualität behaupten. Die Zeitung kann ich mir mittlerweile zu Hause in bester Qualität ausdrucken lassen. Angenommen, ich wäre ein arrivierter Alt-’68er - wir hatten ja gerade die Diskussion um den deutschen Außenminister Joschka Fischer -, müßte ich links denken und rechts Geld verdienen. Natürlich brauche ich dann den Wirtschaftsteil einer bedeutenden Zeitung wie der FAZ. Aber zur Beruhigung meines Alt-’68er Gewissens muß ich den politischen Teil der taz lesen. Also stelle ich mir das zusammen, vielleicht ergänzt um die „Zeit“ oder die „Woche“. Aber warum brauche ich eigentlich den ganzen Wirtschaftsteil der FAZ? Vielleicht komme ich zu der Überlegung: Wirklich gut sind die in der Börsenanalyse. Da nehme ich mir dann nur die Börse heraus. Andere Dinge nehme ich mir aus dem Wirtschaftsteil anderer Zeitungen, aus dem Handelsblatt, aus der Wirtschaftswoche oder sonst woher. Und anderes hole ich mir aus der Lokalpresse, ich brauche den lokalen Sport, die Lokalpolitik, die Todesanzeigen, vielleicht auch die Kleinanzeigen. Ich stelle mir also meine eigene Zeitung zusammen. Wenn ich das als Konsument zusammen mit vielen anderen täte, wäre es nur noch eine Frage der Zeit, bis Zeitungshäuser keine Vollredaktion mehr bräuchten.

Denn nehmen wir einmal an, drei, vier, fünf clevere junge Leute machen die Börse bei der FAZ. Dann werden sie sehr schnell merken, daß die Nachfrage groß ist, weil sie so gut sind. Mit gewaltigen Gehaltsforderungen gehen sie dann zu ihren Verlegern, und wenn diese ablehnen, machen sie sich selbständig. Sie bieten gleich direkt über das Netz einen Börsendienst an. Und vielleicht auch gar nicht von Frankfurt aus, sondern aus New York. Und da wir ja alle Englisch lernen, also künftig dreisprachig sein werden, mit Englisch, Deutsch und unserem Dialekt, ich also mit Plattdeutsch, können wir das auch alles konsumieren. Wenn das so käme, würden Vollredaktionen irgendwann zerfallen, sich in dieser interaktiven Welt auflösen. Wir bekämen Individualisierung auch auf der Anbieter-, nicht nur auf der Nutzerseite. Es gäbe dann eine Fülle von Spezialdiensten.

Wenn das so käme, daß ich mir daheim meine eigene Zeitung bastle, hätte ich ein neues Problem, und zwar ein gigantisches Orientierungsproblem. Denn warum abonniere ich

heute eine bestimmte Zeitung? Weil sie eine Instanz ist. Weil sie, wie ich glaube, objektiv ist. Sie wissen, objektiv ist die Zeitung, die zumindest im Meinungsteil das schreibt, was ich für richtig halte. Und der vertraue ich. Wenn ich feststellen müßte, daß sich meine Zeitung bei Vergleichen mit anderen Quellen als unzuverlässig erweist, würde ich die Zeitung eben wechseln. Aber zunächst mal treffen die Redakteure für mich die Auswahl des Berichtenswerten, und ich vertraue ihnen. Ich traue denen zu, daß sie mich nicht - zumindest nicht absichtlich - hinters Licht führen. Und ich bin vielleicht mit der Grundhaltung des Blattes, die sich ja dann auch auf die Auswahl dessen erstreckt, was für wissenswert gehalten wird, einverstanden. Wenn ich diese Instanz nicht mehr habe, muß ich selber beurteilen, wem ich eigentlich noch vertrauen kann. Beim Sport geht das noch, vom Fußball verstehen wir ja alle etwas. Aber in vielen anderen Bereichen delegiere ich heute diese Orientierungsfunktion an eine Instanz. Eben darin liegt die eigentliche Überlebenschance für eine Zeitung. Deshalb wird die Zeitung zu ihrer Verbreitung zwar auch den elektronischen Übermittlungsweg nutzen müssen, aber als Instanz überleben können.

Wir müssen zum Beispiel damit rechnen, daß sich der Stellenmarkt, von dem die FAZ lebt, in das Internet hinein verselbständigt, sprich die großen Unternehmen ihre Angebote gleich direkt dort einstellen. Dann würde es eng für die FAZ. Also wird sie das selber tun, so daß der Unternehmer, der eine hochkarätige Führungskraft sucht, die Anzeige zum einen in der Zeitung gedruckt bekommt und zum anderen im Internet veröffentlicht. Deshalb haben Instanzen wie die FAZ, die Neue Zürcher Zeitung, die „Welt“ oder die Süddeutsche eine gute Überlebenschance. Wir werden solche Orientierungsinstanzen immer brauchen. Die Frage ist, ob das bei elektronischen Medien, die einem viel größeren Veränderungsdruck ausgesetzt sind, auch gilt. Brauchen die Leute weiterhin solche Instanzen? Oder schaffen Sie es, sich in dem weltweiten Angebot, in der neuen Unübersichtlichkeit, und das bei einer immer rasanter wachsenden Menge an zugänglichen Informationen etwa im wissenschaftlichen Bereich, bei einer immer schneller werdenden Vermehrung von Wissensbeständen, noch selbst zu orientieren? Oder brauchen Sie dafür nicht doch „Piloten“? Deren organisatorische Einheiten sind dann eben Sender, Redaktionen und so weiter. Deshalb ist es nicht wahrscheinlich, daß das ganze System sich völlig auflöst, völlig fraktioniert und pulverisiert, wie manche befürchten.

Es stellt sich die Frage, wie stark der Veränderungsdruck auf die Medienwelt tatsächlich sein wird. Wenn ich Big Brother sage, dann meine ich jetzt nicht RTL2, sondern Orwells „Großen Bruder“. Diese Gefahr eines Großen Bruders entsteht durch diese neue interaktive Medienwelt nicht. Der Große Bruder, das war z. B. der Volksempfänger. Einen Feindsender zu hören, war im Dritten Reich bei Strafe verboten. Heute herrscht eher die völlige Verzettlung, und damit stellt sich die umgekehrte Frage: Wird es noch möglich sein, Öffentlichkeit herzustellen? Denn natürlich gibt es die These, es wird alles gut. Wir haben ja zum Beispiel die Chance, das elektronische Rathaus einzurichten. Da kann ich mich dann z. B. in Bebauungspläne einklinken, ich kann in eine Sitzung des Gemeinderates live hineinhören, ich kann auch alle Debatten und Beiträge noch einmal schriftlich abrufen. Ich kann mir letztlich zu Hause mein eigenes Bild machen. Damit bekämen wir dann eine ganz neue Form der demokratischen Kommunikation, wenigstens die Möglichkeit dazu.

Doch die Gegenfrage lautet: Wie groß wird das Interesse sein, über das Internet vor allem Unterhaltung zu akquirieren, etwa von Stuttgart aus mit einem Schachpartner in Düsseldorf eine Partie zu spielen? Wird das nicht attraktiver sein als die elektronische Teilhabe an der politischen Meinungsbildung, was ja die Voraussetzung für demokratisch ablaufende politische Entscheidungsprozesse ist? Das ist eine außerordentlich spannende Frage. Es hat im Grunde keiner eine Antwort darauf. Wir wissen nicht wirklich, wie die Entwicklung verlaufen wird. Was es für die betroffenen Unternehmen und auch für uns wie für unsere privaten Konkurrenten in den Medien schwierig macht, denn wir müssen erst einmal alle dasselbe tun. Wir müssen in jede neue Technik erst einmal so viel investieren, daß wir den Fuß in der Türe haben, damit wir nichts verpassen. Und wenn es so weitergeht, werden wir irgendwann alles Geld in Verbreitungswege stecken und nichts mehr in das Programm. Da wird es den Privaten nicht besser gehen. Denn die alten Verbreitungsformen werden nicht gleich verschwinden.

Es bleibt also bei der Parallelität von Verbreitungswegen. Bei der Erfindung des maschinellen Buchdrucks, dem Gutenbergschen Urknall, hat man ja immer geglaubt, neue Medien würden die alten ablösen. Aber das Radio hat nicht die Zeitung vernichtet, das Fernsehen nicht das Radio, der Film nicht das Theater, das Radio nicht das Konzert, das

Fernsehen nicht den Film. Es ist immer etwas hinzugekommen. Die neuen Möglichkeiten haben zwar die alten verändert, aber nicht beseitigt. Verändert, weil zum Beispiel bestimmte Dinge an Attraktivität gewonnen oder verloren haben.

Man nehme nur mal das Hörspiel im Hörfunk. Krimihörspiele und ähnliches haben ja Konjunktur, aber das anspruchsvolle Hörspiel, wie es Wolfgang Borchert, Günther Eich und viele andere gleich nach dem Krieg geprägt haben, wird fast nur noch von uns, den Öffentlich-Rechtlichen, gepflegt, weil wir es immer noch für eine interessante Kunstform halten und weil es auch eine gute Schule für Sprecher, Dramaturgen und Autoren ist. Aber es findet kein großes Interesse mehr, es ist völlig durch das Fernsehspiel heiterer oder auch ernsthafter Art abgelöst worden. Doch der Hörfunk selbst hat seine Renaissance erlebt und besteht weiter.

Was wir heute über das Internet oder über sonstige digitale Verbreitungswege anbieten, sind oft Zusatzinformationen, Begleitinformationen, Programminformationen und programmbezogene Informationen. Wenn ich im Radio eine Band höre, kann ich im Internet abrufen, woher sie kommt, ob der Bandleader sich wirklich gerade hat scheiden lassen, oder was immer ich da wissen will. Aber was leistet eigentlich die Digitalisierung, wenn wir jetzt nicht nur an das Internet denken, sondern etwa an das echte Digitalfernsehen, das ja vor allem von Leo Kirch vorangetrieben wird, weil er es mit dem Pay-TV verknüpft hat und damit viel Geld verdienen will? Es war übrigens ein ganz entscheidender Fehler von Leo Kirch zu glauben, darin liege schon ein Mehrwert für die Leute. Er ist ja ein genialer Kaufmann, allerdings kein Marktwirtschaftler, auch wenn er am Markt operiert, ist er im Herzen ein Monopolist. D. h. er akquiriert monopolartig Film- und Sportrechte, über die er dann allein verfügt, um sie dann meistbietend zu verschern. Und Sie wissen, ein Markt funktioniert nur, wenn es nicht nur Nachfrager, sondern auch mehrere Anbieter gibt. Bei nur einem Anbieter treiben mehrere Nachfrager den Preis hoch. Aber Kirch hat zunächst nicht erkannt, daß Pay-TV für den Zuschauer, den Nutzer, keinen wirtschaftlichen Mehrwert bedeutet, sondern nur für ihn selbst. Denn was habe ich als Nutzer davon? Bisher war eine Fußball-Weltmeisterschaft ja scheinbar schon finanziert, entweder durch meine Rundfunkgebühr oder durch jedes Pfund Kaffee, das ich kaufe und für das im Fernsehen geworben wird. D. h. ich habe die Kosten nicht gespürt. Nun soll ich aber ein drittes

Mal zahlen und diesmal direkt für das Einzelprodukt und damit spürbar. Das summiert sich dann natürlich zu ganz anderen Beträgen als die bisherige Pauschalabgeltung.

Wo also liegt der Mehrwert? Der Mehrwert des Digitalfernsehens liegt in der Vernetzung von allem mit allem. Eben darin, daß ich verschiedene Rubriken anwählen kann, von Kanälen gar nicht mehr zu reden. Dann drücke ich auf „Sport“ oder gleich auf „Tennis“, dann auf einen bestimmten Tennisspieler oder ein bestimmtes Turnier oder eine Hintergrundinformation zu dem Turnier. So kann ich mich mit einem elektronischen Programmführer genau zu dem Programm hin bewegen, das ich sehen will, und zwar zu einem Zeitpunkt, den ich selbst bestimme. Darin liegt der Mehrwert.

Nehmen wir als Beispiel die in der Bundesrepublik eingesetzte Diskussion über die '68er-Bewegung. Da kann ich in einem ersten Schritt zumindest schon herausfinden, was dazu überhaupt läuft. Man hat also, wenn man so will, eine elektronische Übersicht, die man immer weiter vorantreiben kann und die ihre Grenzen erst in der Aufnahmebereitschaft und Fähigkeit, sich selbst zu orientieren, findet. Das ist der Mehrwert. Das hat Leo Kirch nicht erkannt, weshalb er lange versucht hat, ARD und ZDF aus seinem Digitalangebot herauszuhalten.

Und das ist nun gerade der springende Punkt: Der Zuschauer, der uns Öffentlich-Rechtliche schon finanziert hat, für den wir bereits eine Fülle von Produkten in Hörfunk und Fernsehen archiviert haben, dieser Zuschauer sieht eigentlich nicht ein, daß ihm dieses Programm nicht auch digital zugänglich sein soll. Es gab in Teilen der Politik lange die These, wir dürften in diesen Bereich nicht einsteigen. Das sollten wir just denen überlassen, die Pay-TV veranstalten. Aber das konnte nicht erfolgreich sein, weil eben das Angebot, das ich dort vorfinde, für mich kein echtes Plus ist, wenn ich dort zum Beispiel nicht die ganze Produktpalette der Öffentlich-Rechtlichen bekomme. Deshalb hat Kirch seine Politik geändert und versucht, uns jetzt mit ins Boot zu nehmen.

Für uns Öffentlich-Rechtliche lautet die entscheidende Frage: Wie lange wird es noch Hörfunk und Fernsehen im klassischen Sinne geben? Ich glaube, parallel zu den neuen Möglichkeiten noch sehr lange. Die Leute werden nach dem Baukastensystem operieren, sich nach ihrem Zeitbudget und nach ihrem finanziellen Budget richten. Es ist ja am Ende

nicht nur die Empfangsbox, die etwas kostet, sondern das einzelne Produkt, das ich abrufe, und da wird jeder selbst entscheiden, wie und wie stark er es nutzt.

Jetzt könnte man umgekehrt die Frage stellen, und die will ich noch beantworten, weil sie auch etwas mit der Globalisierung zu tun hat: Wozu brauchen wir die Öffentlich-Rechtlichen überhaupt noch? Nach dem Zweiten Weltkrieg, der ja zum Glück schon mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegt, haben uns die Alliierten den öffentlich-rechtlichen Rundfunk beschert. Darin lag auch ein Grund für die von mir initiierte Fusion von Süddeutschem Rundfunk und Südwestfunk. Ihre Sendegebiete haben sich nämlich nach den Grenzen der Besatzungszonen gerichtet. Damals gab es ja Baden-Württemberg noch nicht. Die Franzosen haben einen Sender für ihre Besatzungszone eingerichtet. Die bestand, als Baden-Württemberg gegründet wurde, aus Rheinland-Pfalz und der südlichen Hälfte des heutigen Landes Baden-Württemberg. Die Grenze verlief entlang der Autobahn Karlsruhe-Ulm, südlich davon war Südwestfunk-Gebiet, nördlich davon das Gebiet des Süddeutschen Rundfunks, das zur amerikanischen Zone gehörte. Dann wurde Baden-Württemberg aus drei Ländern gegründet, aber die Sendergrenzen wurden nicht bereinigt. Wir hatten in einem Land zwei Sender, die haben sich verhalten wie bei diesem berühmten Spot der GEZ, wo sich Staatsmänner über dem Tisch freundlich die Hand geben, aber unter dem Tisch gegen das Schienbein treten. So sah sozusagen die erbitterte Freundschaft aus, die den Süddeutschen Rundfunk und den Südwestfunk in diesem Land verbunden hat, und das mußte bereinigt werden.

Aber das Motiv der Alliierten war ja ein sehr einfaches. Man mußte damals mit einer immensen Knappheit der technischen Verbreitungswege zurechtkommen. Zunächst gab es im wesentlichen ja nur den Hörfunk, auch wenn das Fernsehen schon erfunden war. Und es gab nur wenige Frequenzen. Diese wollte man erstens nicht direkt dem Staat geben, so wie es übrigens nicht nur im Dritten Reich der Fall war, sondern schon vorher in der Weimarer Republik, man wollte sie aber auch nicht einem großen Zeitungsunternehmen, einem Medienzar wie einst Hugenberg überlassen. Die Gesellschaft sollte diesen Rundfunk besitzen, und so hat man sich an das Modell der britischen BBC angelehnt, das etwa der Verfassung der Universitäten entspricht, die ja auch von der Gesellschaft insgesamt finanziert werden, in diesem Fall allerdings über Steuern. Aber Forschung und Lehre

sollen zumindest in der Theorie absolut frei sein, d. h. nicht vom Staat, von Regierungen oder Parteien oder Parlamenten gesteuert werden. So soll es beim Rundfunk und seinen Programmen auch sein. Man hat diese Konstruktion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks erfunden, um dem Mißbrauch eines Monopols oder Quasimonopols vorzubeugen.

Dieses Motiv existiert heute nicht mehr. In Hörfunk und Fernsehen sind wir dabei, die Knappheit der Verbreitungswege zu beseitigen. Also könnte man ja sagen, lassen wir doch den Markt entscheiden. Das ist eine sehr populäre These. Bei der Diskussion darüber, was wir privatisieren, deregulieren und dem Markt überlassen müssen, wird aber gern vergessen, daß man bei all diesen Entwicklungen doch auch nach ihrem Sinn fragen sollte. Der Sinn der technischen Entwicklung, die hinter der Globalisierung steht und die Menschheit vielleicht wirklich noch nicht zu einer neuen Weltordnung, aber schon in einer neuen Weltunordnung zusammenführt, wäre ja eigentlich, daß es am Ende möglichst vielen Menschen auf dieser Erde materiell und ideell besser geht. Für uns in Mitteleuropa entsteht allerdings ein ganz anderes Problem, das zunächst nichts mit dieser globalen Entwicklung zu tun hat oder doch erst in einem zweiten Schritt. Wir sind, wenn die anderen diese neue Technik annehmen, also wenn z. B. die Inder plötzlich gute Computerfachleute haben, schlicht zu teuer geworden, d. h. was sich hier in Wahrheit vollzieht, ist ein mitteleuropäisches und deutsches Kosten-Anpassungsproblem. Aber der Endeffekt des ganzen Prozesses soll ja eigentlich nicht sein, daß es einem Teil der Gesellschaft weltweit immer besser geht, während die anderen im Lebensniveau tief absacken. Das mag allenfalls eine vorübergehende Notwendigkeit sein, wenn der sogenannte kleine Mann die Zeche für eine Veränderung der Sozialsysteme zahlt, weil wir uns die im globalen Wettbewerb so nicht mehr leisten können. Aber man darf den Sinn des Ganzen nicht aus den Augen verlieren, d. h. wenn es auch den Menschen in der Dritten Welt materiell, sozial und kulturell besser geht, kommt es zu einer neuen Balance, von der auch wir profitieren.

Nun zu der Frage, welche Systeme der Markt tatsächlich allein betreiben kann und welche nicht. In Wahrheit hat nicht einmal Guido Westerwelle, den ich sonst wegen seiner Frische und Eloquenz schätze, verlangt, daß wir alle Systeme dem Markt unterwerfen. Die entscheidende Frage dabei ist: Was für eine Art von Gut ist der Rundfunk? Ist er ein reines Wirtschaftsgut oder ist er auch ein Kulturgut? Und da kann man in der Tat ja der Meinung

sein, bei den Zeitungen behauptet sich Qualität, die Anspruchszeitungen halten sich auch am Markt. Die erwähnte FAZ, die taz, die „Welt“ und andere behaupten sich bekanntlich am Markt. Wieso soll das nicht bei den elektronischen Medien auch so funktionieren? Als Öffentlich-Rechtliche sagen wir dazu, wir könnten etwa die Hälfte unseres Produktes nicht am Markt refinanzieren, deshalb kann man das auch einem Privaten nicht abverlangen, denn er kann damit kein Geld verdienen. Das betrifft aber gerade den Teil unseres Produkts, der für die Demokratiefähigkeit wichtig ist. Es gibt einen Grund dafür. Das ist, wie es Thoma schon beschrieben hat, das völlig unterschiedliche Konsumverhalten in bezug auf die Printmedien und den Rundfunk. Das bedeutet, das derselbe Mensch, der den erwähnten Wirtschaftsteil der FAZ liest, sich zuhause nicht unbedingt das Wirtschafts-magazin antut oder einen Themenabend bei ARTE. Wenn das so wäre, müßte ARTE mindestens 30 % Einschaltquote haben. Sie liegt aber bei etwa 1 %. Damit könnte kein Unternehmer Geld verdienen. Warum? Weil ein sinnliches Medium von Leuten mit gleichem Bildungs- und Kenntnisstand anders genutzt wird als das abstrakte Medium des gedruckten Wortes, das, auch wenn man wunderbar mit Worten polemisieren und sogar andere beleidigen kann, doch näher am Gedanken und am Argument ist als z. B. das bewegte Bild. Ein sinnliches Medium wie Fernsehen und Radio ist ein emotional aufwühlendes. Es ist auch ein Unterhaltungsmedium, d. h. aber für einen kommerziellen Rundfunkunternehmer, daß er über Werbung und auch über Pay-TV bestimmte anspruchsvolle Produkte elektronischer Art nicht finanzieren kann.

Können wir, die Öffentlich-Rechtlichen, es denn? Ich weiß, die Bertelsmänner, die immer bereit sind, viel Geld auszugeben, zahlen alles aus der Portokasse. Herr Middelhoff hat ja gesagt: „Wir sitzen auf einem Sack voll Geld“ und angekündigt, in den Online-Bereich 500 Millionen DM zu investieren. Die ARD hat jetzt von der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs über die Gebührenanpassung allen zehn Anstalten zusammen pro Jahr 22 Millionen zugestanden. Das ZDF erhält pro Jahr acht Millionen. Es ist schon eine Weile her, da war ich noch in Diensten meines hochgeschätzten Kollegen Stolte, da ging ein Kollege von mir, der auch noch das Pech hatte, daß ich den Bereich leitete, in dem er prominent tätig war, nämlich Ruprecht Eser, ein sehr tüchtiger Journalist und Moderator des Heute-Journals, unter Absingen von Schmählern gegen diesen verkrusteten öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu „VOX“. Dieser Sender wollte das Intelli-

genzfernsehen sein. Und er sagte: „Bei euch verplempert man seine Zeit nur noch in langen Sitzungen.“ Das fand ich pikant, weil ich immer in die Sitzungen gehen mußte und er nicht. Aber egal, ich habe ihm dann mit nur mildem Spott ein Abschiedsgeschenk gemacht. Ich habe ihm eine Rückfahrkarte erster Klasse Köln - Mainz der damals noch Deutschen Bundesbahn überreicht. Und als ich ihn bei einer Geburtstagsparty im ZDF wiedertraf, war er schon wieder in Diensten von Herrn Stolte. Und ich konnte mir natürlich nicht die spitze Frage verkneifen: „Na, Ruprecht, hast du denn auch mein Geschenk genutzt?“ Und er sagte: „Nein, die Karte war leider gerade verfallen“, d. h. sein Engagement bei „VOX“ hat gerade etwas mehr als ein Jahr gedauert. Das lag aber in Wahrheit nicht an dem hervorragenden Journalisten Eser, sondern am falschen Konzept der Bertelsmänner. Weil sich eben Anspruchsfernsehen nicht rechnet, nicht über den Markt refinanziert. Das ist der entscheidende Gesichtspunkt.

Deshalb ist die Frage, ob dieses sinnliche, emotionale elektronische Medium, das nun einmal banalisiert, emotionalisiert, personalisiert, nicht auch Produkte anbieten muß, die das Niveau einer Gesellschaft bestimmen? Brauchen wir nicht ein Angebot, das die Demokratiefähigkeit erhält? Denn wir leben ja in der paradoxen Situation, daß die Banalisierung zwar zunimmt, aber auch die Sachverhalte immer komplexer werden. Die Entscheidungsprozesse laufen nicht nur schneller ab, sie werden auch komplizierter. Es gibt nicht mehr viele Leute, die einem erklären können, was eigentlich in Brüssel, was in Berlin und was in Stuttgart entschieden wird. Das nimmt eine solche Komplexität an, daß sich hier das elektronische Medium, das am stärksten das Bewußtsein prägt, nicht ausklinken kann.

Da haben wir wieder den Unterschied zur Zeitung. Wenn eine Zeitung einen guten Wirtschaftsteil macht, dann ist das sicherlich für einen führenden Manager hochinteressant. Wir müssen noch etwas anderes machen. Wir müssen in der Verquickung mit Service die Wirtschaft gerade nicht dem erklären, der schon Bescheid weiß, nach dem Motto: Wie funktioniert das eigentlich mit dem Euro? Oder: Was passiert eigentlich an der Börse? Wir müssen sozusagen nicht die missionieren, die schon katholisch sind, wir müssen die anderen erreichen. Deshalb müssen wir außer Information auch Unterhaltung bringen. Sonst würden wir nicht nur die Gebührenakzeptanz, wir würden unsere Existenzbe-

rechtiung verlieren. Weil viele Menschen sagen würden, die sehe und höre ich ja gar nicht mehr, und nur allein für die „Tagesschau“ zahle ich nicht. Dann würden wir wirklich nur noch ein elitäres Publikum erreichen, und die breite Masse würde sagen, „dafür ist es mir zu teuer“. Und dann würde uns kein Verfassungsgericht mehr helfen. Wir müssen schon auch den „Mittelbau“ erreichen und uns dabei graduell, wenn auch deutlich von den Privaten unterscheiden. Und das tun wir ja auch.

Die ARD z. B. macht zu 45 % Information im ersten Programm, da zählen wir übrigens die Talkshows nicht mit. Die Privaten bringen, obwohl es n-tv gibt, in der Gesamtsumme 15 % Information, da zählen aber die Talkshows mit. Das soll nicht heißen, nur wir machen Qualität und die anderen nicht. Das stimmt natürlich auch nicht. Erstens gibt es überall Ausrutscher, und zweitens kommt es auf den Qualitätsbegriff an. Wenn man den handwerklichen Standard meint, gibt es auch bei den Privaten tolle Sendungen. Aber auch die Bildzeitung ist handwerklich toll gemacht. Sie ist übrigens auch vom Anspruch her besser geworden. Sie ist zum Beispiel viel besser als die britischen Boulevardblätter. Aber sie kann nicht den Differenzierungsgrad einer FAZ bieten. Das heißt nicht, daß in der einen Zeitung alles richtig und in der anderen alles falsch ist, sondern daß das Ausmaß der Differenzierung eines Sachverhalts, also auch der Fläche oder der Sendezeit, die ich dafür reserviere, entscheidend ist, bei allen Fehlern, die hier wie dort gemacht werden.

Neulich haben wir in der ARD intern Kritik geübt, weil „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ die Trennung von Boris und Babs nicht gemeldet hatten. Das war eine journalistische Fehlleistung, weil an dem Tag die Leute, und zwar auch die Highbrows, über nichts anderes geredet haben. Oder denken Sie an den Tod von Lady Di. Da habe ich gemeckert, weil unser Drittes nicht darauf eingestiegen ist. Die hätten z. B. auf den World Service, also auf BBC World gehen können, die da nicht nur Plattes geboten haben. Das hätte man nur eins zu eins übersetzen müssen. Denn natürlich müssen wir das Thema groß bringen. Wir müssen dazu dann noch etwas anderes bringen. Wir müssen dann natürlich nicht nur das Thema „Paparazzi“ bringen, wir müssen fragen: Was bedeutet das für die Monarchie in Großbritannien, was bedeutet die Monarchie für die Nation? Für eine Nation, die gebeutelt ist von Thatcher und Blair? Die noch lange nicht unseren sozialen und wirtschaftlichen Standard hat. Im Vergleich dazu sind wir ja immer noch verwöhnt. Und

warum hat jemand wie Tony Blair die Monarchie gerettet? Daran knüpfen sich eine Fülle von Fragen. Wir müssen nicht unbedingt andere Themen besetzen als die Privaten, das vielleicht zum Teil auch. Wir müssen auf keinen Fall so weit in die Intimsphäre der Leute eindringen, und wir müssen vor allem zu diesen Themen einen anderen Zugang finden. Mal gelingt das, mal nicht.

So viel zu der Frage: Darf nur das existieren, was über den Markt finanziert werden kann? Das ist nach meiner Meinung ein Kurzschluß, auch wenn man das ganze System vielleicht neu sortieren, überall starke unternehmerische Elemente einbauen muß. Wenn das so ist, und wenn man uns Öffentlich-Rechtliche noch braucht, dann müssen wir auch in der digitalen Welt mitmischen dürfen, egal, was sie am Ende bringt, egal was das für uns am Ende bedeutet.

Innenansichten - Außenansichten

Jean-Baptiste Joly

Zwischen dem subjektiven Blick eines Franzosen, der seit achtzehn Jahren Deutschland von Innen erlebt und der Außenansicht eines Europäers, der dieses Land aus der französischen Perspektive sieht, werde ich versuchen, auf die Frage „Quo Vadis Deutschland?“ zu antworten. Zuerst dieses: Deutschland ist ein Land, in dem Fragen wie „Deutschland, aber wo liegt es?“ oder „Quo Vadis Deutschland?“ öffentlich debattiert werden können. Es zeugt ohne Zweifel von einer gewissen Naivität, aber auch von einer Ehrlichkeit, die man nicht überall auf dieser Welt sonst erfahren darf.

Es zeugt aber noch viel mehr von der allgemein bekannten deutschen Unsicherheit, sich selbst als Nation und als Kultur zu definieren, was natürlich auch viel Raum für nationalistische Überschreitungen und hitzige Debatten freilässt, z. B. über die Notwendigkeit - oder nicht - einer deutschen Leitkultur. Das Bewußtsein, einer Nation anzugehören, läßt sich über einen gemeinsamen Mythos definieren, wie etwa die französische Revolution oder wie in Griechenland über einen Befreiungskrieg. Der 18. März 1848 erhielt nie den Status des „mythe fondateur“, geschweige denn die Verkündung der Weimarer Republik im November 1918. Im übrigen, ein Wort wie Republik bleibt in Deutschland nach wie vor suspekt und wird leider den Rechtsradikalen überlassen, die sich Republikaner nennen dürfen, eine Schande eigentlich, denn es ist ein gutes Wort. Was an historischen Ereignissen übrig bleibt, die das Selbstverständnis der Deutschen mit geprägt haben, ist, wie wir alle wissen, das negativ belegte Trauma des Nationalsozialismus, das sich als „mythe fondateur“ natürlich nicht eignet, aber nach wie vor einen zentralen Platz in den Debatten über Deutschland und die deutsche Kultur einnimmt.

Das Fehlen eines Integrationsmodells

Die Schwierigkeit der Deutschen, sich selbst zu definieren, hat aber unmittelbare Konsequenzen für die 7,3 Mio. Ausländer, die hier leben, denn sie macht das Formulieren eines Integrationsmodells für Ausländer in Deutschland kaum möglich. Theoretisch hat es Frankreich mit dem Begriff der „Citoyenneté“ innerhalb der Französischen Republik

leichter. In Frankreich geht es nicht um Assimilation, nicht um den Verlust der eigenen Identität zugunsten einer neuen, französischen, sondern um die Integration von Ausländern als einzelne Menschen mit ihren Differenzen und spezifischen Merkmalen in das universal gedachte System der französischen Republik (Dieses gilt für die Citoyens als Individuen, nicht für Gruppen religiöser oder ethnischer Natur. „Il n’y a pas personne entre le citoyen et la nation“ heißt es in Frankreich seit der Französischen Revolution. Eine so klare Trennung zwischen den Rechten von Individuen und den Rechten von Gruppen wird in Deutschland nicht gemacht.).

Mit der Einführung des Begriffs „deutsche Leitkultur“, ein Jahr nach dem gescheiterten Versuch, die doppelte Staatsbürgerschaft in Deutschland einzuführen, fühlten sich Ausländer in Deutschland ein zweites Mal innerhalb kurzer Zeit enttäuscht, ja sogar ohne Grund verletzt, als würden sie nicht wissen, in welchem Land sie leben. Der Schaden ist um so größer, da die allermeisten Ausländer die Spannung zwischen ihrer Kultur und den Regeln der deutschen Gesellschaft bereits verinnerlicht haben.

Wichtig ist aber, daß seit einigen Monaten alle demokratischen Parteien anerkannt haben, daß Deutschland ein Einwanderungsland ist und bleiben wird. Was ich mir wünschen würde, ist keineswegs ein multikulturelles Deutschland, das sich aus einer beliebigen Vielfalt von Kulturen gebildet hätte, so wie man exotische Waren im Supermarkt einkauft, sondern die Anerkennung der Komplexität der Situation, in der Ausländer in einem Land leben. Als Franzose, der in Deutschland lebt, verdiene ich mein Geld in Stuttgart, wo ich für die Gemeinderats- und die Europawahlen wählen darf, jedoch nicht für die Bundestags- und Landtagswahlen; in Frankreich dagegen darf ich an den Präsidentschaftswahlen und den Volksentscheiden teilnehmen, nicht an den Legislativ- oder Kommunalwahlen. Einkommenssteuern zahle ich in Deutschland, Grundsteuern in Frankreich, wo ich meine Ferien verbringe und wo ein Teil meiner Kinder lebt, während die anderen in Deutschland leben. Ich lese französische und deutsche Tageszeitungen und weiß ebenso über die Ergebnisse der 1. deutschen Bundesliga wie über die der 1ère division in Frankreich Bescheid. Die Grenzen meines beruflichen, affektiven, privaten und bürgerrechtlichen Lebens sind - wie bei jedem Ausländerdasein auch - komplexer Natur und decken sich keineswegs mit den einfachen Grenzen eines nationalen Staates. Citoy-

enneté, Bürgerrechte, Territorium und Nationalstaat stimmen nicht mehr überein, wie es der französische Philosoph Etienne Balibar ¹ bereits beschrieben hat. Deshalb hätte ich natürlich gern zwei Pässe, einen deutschen und einen französischen, und wäre auch nicht bereit, den einen für den anderen abzugeben, denn es würde meine Situation gar nicht widerspiegeln.

Anstatt nach einer unmöglichen Definition des spezifisch Deutschen zu suchen, sie zur Norm machen zu wollen und sich damit von anderen Kulturen abzugrenzen, wäre es angesichts der jetzigen Diskussionen in Deutschland und in Europa effektiver, an den unverzichtbaren deutschen Beitrag (in Philosophie, Staatslehre, Literatur, Kunst, Musik usw.) zum europäischen Gedanken- und Kulturgut zu erinnern, das einen berechtigten Anspruch auf Universalität hat und dessen Grundwerte in Deutschland voll gelten (Bassam Tibi hat diese Werte präzise und zutreffend definiert ²).

Das deutsch-französische Verhältnis

In einem zweiten Teil möchte ich einen Blick von außen, von Frankreich aus, auf Deutschland werfen und auf das jetzige Verhältnis zwischen beiden Ländern noch kurz eingehen. Es ist einerseits erfreulich, wie schnell, ausführlich und mit immer weniger Vorurteilen in der Presse beider Länder (gemeint sind Le Monde, die Zeit und die FAZ) über das andere Land informiert wird. Wer in Deutschland leben und nur Le Monde lesen würde, wäre eigentlich fast genug gerüstet, um mit Deutschen über die ökonomische und politische Aktualität aus Deutschland zu diskutieren.

Die deutsch-französischen Verhältnisse haben in den letzten Jahrzehnten Höhen und Tiefen erlebt, so weit auseinander waren beide Länder aber noch nie, in mancher Hinsicht so nah auch nicht. Denn Frankreich und Deutschland haben sich in den letzten zehn bis

¹ Vgl. Etienne Balibar: *Droit de Cité, Culture et Politique en Démocratie*, Editions de l'Aube, 1999.

² „Primat der Vernunft vor religiöser Offenbarung, d. h. vor der Geltung absoluter Wahrheiten. Individuelle Menschenrechte (also nicht Gruppenrechte), zu denen im besonderen Maße die Glaubensfreiheit zu zählen ist, natürlich auch die Gleichheit von Mann und Frau. Säkulare, auf der Trennung von Religion und Politik basierende Demokratie. Allseitig anerkannter Pluralismus sowie ebenso gegenseitig zu geltende Toleranz, die der rationalen Bewältigung von Unterschieden hilft.“ So Bassam Tibi in: *Wider die Wertebeliebigkeit*, DeutschlandRadio Berlin, Politisches Feuilleton, 3. 11. 2000.

fünfzehn Jahren so stark verändert, daß sie sich untereinander auch kaum noch erkennen. Die „exception nationale“, jene Mischung aus Zentralismus, universalem Anspruch der französischen Republik und staatlicher Kontrolle der Wirtschaft geht mehr und mehr zurück.³

Auf seiner Seite verliert Deutschland im ebenso rapiden Tempo seinen Sonderstatus. In den Diskussionen in und über Deutschland wird bei politischen Fragen nicht mehr systematisch auf die deutsche nationalsozialistische Vergangenheit zurückgegriffen: In einem Artikel über den Rechtsradikalismus in Deutschland beschrieb der französische Korrespondent von Le Monde⁴ das Phänomen als ein akutes, gegenwärtiges, gesellschaftliches Problem, das nicht mehr nur über die nationalsozialistische Vergangenheit zu erklären sei. Dieses allein löst die Frage zwar nicht, bedeutet aber einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung.

Deutschland, das z. Z. das Ende vom Rheinischen Modell des Kapitalismus erlebt, jener Tradition, die Wohlstand und soziale Stabilität nach Deutschland gebracht hat, nimmt wie alle anderen Länder an der Globalisierung der Wirtschaft teil.

Seit der Wiedervereinigung hat das politische Gewicht Deutschlands so zugenommen, daß es auf europäischer Ebene und allgemein international ohne Rückfragen an seinen nächsten Verbündeten Frankreich agiert und entscheidet.

Beide Länder, deren nationale Eigenschaften sich etwas banalisiert haben (die Denkschablonen über Deutsche und Franzosen treffen einfach nicht mehr zu), erkennen sich manchmal nicht wieder und tun sich schwer, die neue Rolle des anderen zu akzeptieren.

Als Beispiel des Unverständnisses zwischen beiden Ländern sei die Frage des Fortbestehens und der notwendigen Reform der französischen Institute in Deutschland erwähnt,

³ Die Staatskonzerne wurden nicht nur privatisiert; an der Pariser Börse liegt der Anteil von ausländischen Investitionen bei 37 % (gegen 12 % an der Frankfurter Börse. Die République, die bis jetzt unteilbar war, hat bereits vor einigen Jahren die Besonderheit der territorialen Entität von Neu-Kaledonien erkannt, z. Z. wird über den besonderen Status von Korsika verhandelt und gestritten. Im Prozeß der europäischen Integration muß Frankreich einige der besonderen nationalen Merkmale aufgeben, denen sie innerhalb der Weltgeschichte seinen besonderen Status verdankte (z. B. neuerdings Anerkennung von regionalen Sprachen neben der offiziellen nationalen Sprache Französisch)

⁴ Vgl. Arnaud Leparmentier: „Allemagne comment parler de l’extrême droite?“ in: Le Monde vom 7. 2. 2001

zu einem Zeitpunkt, wo die Französische Diplomatie in Berlin droht, in Unkenntnis der jetzigen deutschen Situation das eine oder das andere Institut zu schließen.⁵

Und trotzdem waren sich Deutschland und Frankreich wirtschaftlich noch nie so nah: Französische Firmen suchen bevorzugt nach ausländischen Partnern in Deutschland und umgekehrt, jedes Jahr werden 500 bis 800 deutsch-französische Partnerschaften und Fusionen geschlossen.

Quo Vadis Deutschland?

In einem Interview in Le Monde⁶ bemerkte der ehemalige Präsident der Französischen Republik Valéry Giscard d'Estaing, es gebe zur Zeit keine deutsch-französische Intimität mehr, denn es fehle zwischen beiden Ländern an „einer Konvergenz der Ziele“, was die europäische Integration angeht. Für gezielte Kooperationen innerhalb Europas wird sich Deutschland zwangsläufig von Frankreich entfernen müssen, man denke dabei insbesondere an die Rolle Deutschlands als Vermittler nach Zentral- und Osteuropa. Aber - so Valéry Giscard d'Estaing - „die Konstituierung einer starken politischen Einheit, die notwendigerweise mehr Homogenität verlangt, [...] kann nur in Partnerschaft mit Frankreich geschehen.“ Beide Länder müssen gegenseitig ihre neue Rolle und Definition annehmen und ein gemeinsames europäisches Ziel neu bestimmen.

Auf die Frage „Deutschland Quo Vadis?“ kann ich nur antworten, daß Deutschland allein nirgends hingehen kann, daß es nur im Verbund mit Frankreich den Weg in die europäische Integration finden wird.

⁵ Vgl. Andreas Rossmann: „Mit dem Rücken zum Rhein, Französische Kulturinstitute in Deutschland: Verschiebungen und Verwirrungen“, in: FAZ vom 3. 2. 2001.

⁶ Vgl. S. Valéry Giscard d'Estaing: „Il n'y a pas actuellement d'intimité franco-allemande“, in: Le Monde vom 10. Februar 2001.

Julia Macioti

- Einer meiner Kollegen, ein Deutscher, ist an einer amerikanischen Universität der Ostküste während seines Auslandsstudiums von seinem zukünftigen Zimmernachbarn mit den Worten begrüßt worden: „Na, wie fühlt es sich an, in einem Land zu wohnen, das keine Weltmacht ist?“

- In Großbritannien bin ich während des Studiums regelmäßig mit dem Spruch auf meinem Korridor, wo ich gewohnt habe, begrüßt worden: „Zwei Weltkriege und eine Weltmeisterschaft“! (Eine Anspielung darauf, daß die Briten diese gewonnen, die Deutschen verloren haben).

Jeder in diesem Raum hat gewiß im Ausland ganz eigene Erfahrungen gesammelt, und die Beispiele, die ich genannt habe, sind natürlich etwas extrem. Sie illustrieren auch nur einen Teil der Ansichten über Deutschland. Ich selbst habe da eine eigene Perspektive. Meine Mutter ist Deutsche, mein Vater ist Italiener, ich besitze ausschließlich den italienischen Paß. Ich bin in Brüssel geboren, als ich 5 Jahre alt war, sind wir nach Venezuela gezogen, 4 Jahre später nach Indien und 1988 wieder nach Brüssel, wo ich an der Europäischen Schule mein Abitur gemacht habe.

Dann habe ich in Großbritannien und Schweden studiert, ein Jahr in London gearbeitet und bin 1998 zum ersten Mal nach Deutschland gezogen, um meine Arbeit als Redakteurin bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zu beginnen. Ich selbst lerne Deutschland gerade kennen, da ich zum ersten Mal hier lebe.

Als 1989 die Berliner Mauer fiel, empfanden meine ausländischen Mitschüler - an der Europäischen Schule waren Schüler fast aller Mitgliedstaaten der EU vertreten - zum ersten Mal Freude für die Deutschen. Bis dahin galten wir in der deutschen Sektion als „Les Boches“ und wurden oft an den Zweiten Weltkrieg und die Nazis erinnert. Als jedoch die Mauer fiel, waren wir auf einmal alle Europäer und freuten uns miteinander.

Seit der Wiedervereinigung wird Deutschland anders wahrgenommen. Plötzlich spielt Deutschland in der ausländischen Presse eine wichtige Rolle: Nachrichten aus Deutschland und über Deutschland sind wichtiger geworden, Deutschland als wirtschaftliche

Kraft hat an Bedeutung gewonnen, Deutschland gilt als „Fenster“ nach Ost-Europa. Deshalb sind die Blicke auf Deutschland auch neugierig und interessiert. Deutschland - die Brücke von und nach Ost- und West-Europa. Touristen aus den Vereinigten Staaten, beispielsweise, reisen inzwischen häufig nach Deutschland, um von hier aus durch ganz Europa zu reisen.

Die Deutschen gelten als „tüchtig“ und „gut organisiert“, haben aber auch oft damit zu kämpfen, daß man sie für „steif“, „arrogant“ oder „reserviert“ hält.

Was ich im Ausland erlebt habe, ist, daß die Deutschen großen Respekt genießen:

Für ihre Kultur (Philosophie, Literatur, Musik), ihre kulturellen Veranstaltungen, ihre wirtschaftlichen Erfolge, ihre Bildung und ihr Interesse am Ausland (und nicht nur als Touristen). Gewiß sind auch die Erwartungen an Deutschland groß, in Deutschland bestehen für viele Menschen große Chancen. Man kommt an den Deutschen nicht vorbei, aber eine richtige Liebe für die Deutschen hat sich noch nicht entwickelt.

Natürlich gibt es auch häßliche Beispiele, wie die ausländischen Korrespondenten, die selbst unpolitische Nachrichten aus Deutschland mit der Nazi-Zeit verbinden. Damit werden einfach nur Vorurteile bedient, sonst nichts.

Das Goethe-Institut beispielsweise ist im Ausland sehr aktiv und dadurch eben auch sehr präsent. Selbst in Neu-Delhi gab es das Max-Müller-Bhawhan, benannt nach dem Sanskrit-Forscher Max Müller, in Caracas und Neu-Delhi gab es relativ große deutsche Schulen. Das schafft im Ausland Kontakte, fördert den kulturellen Austausch.

Lassen Sie mich kurz auf meine Arbeit eingehen, da dies vielleicht illustrieren kann, wie interessant Deutschland auch für Ausländer geworden ist. Für die englische Ausgabe der FAZ (E-FAZ) arbeiten inzwischen Amerikaner, Briten, Australier und Kanadier, die lange in Deutschland gelebt haben und das Land gut kennen. Einer meiner amerikanischen Kollegen drückt es so aus: „Deutschland ist für viele ein großes Fragezeichen“. Eine Deutsch-Dozentin an der Universität von South Carolina hat mir jedoch auch erzählt, daß dadurch, daß in dem Staat 120 deutsche Firmen angesiedelt sind, viele Studenten an der Uni Deutsch lernen.

Wir versuchen mit der E-FAZ, ein ausgewogenes Deutschland-Bild wiederzugeben, zu zeigen, daß die Deutschen Rechtsextremismus haben, aber auch andere politische Skandale; BSE, aber auch „putzigere“ Events, so wie Ally McBeal Parties mit Bundestagsabgeordneten. Der Zuspruch, den wir von Lesern, besonders auch über das Internet, erfahren haben, ist sehr groß: ein Zeichen, daß ein reges Interesse an Deutschland besteht.

Das alles sind nur einige Eindrücke, die ich gesammelt habe, und sie sind sehr persönlich. Ich denke, daß die Welt weiterhin interessiert auf Deutschland blicken wird, und ich kann mir nur wünschen, daß das Ausland Deutschland besser kennenlernen will.

(Ein Italiener hat einmal etwas zu mir gesagt, das ziemlich gut beschreibt, wie andere Nationen auf die Deutschen blicken: „Die Italiener bewundern die Deutschen, sie lieben sie aber nicht. Die Deutschen lieben die Italiener, sie bewundern sie aber nicht.“)

Inge Mißmahl

Zusammenfassung einiger Überlegungen zum Thema Ost-West in Deutschland aus tiefenpsychologischer Sicht.

Ausgehend von meinen Erfahrungen, die ich durch meine Performanceprojekte in Dresden und Meißen mit ostdeutschen Künstlerinnen und Künstlern während der letzten acht Jahre gewonnen habe, möchte ich ein paar Überlegungen zu dem schwierigen Prozeß des deutsch - deutschen Zusammenwachsens auf der Grundlage der analytischen Psychologie C. G. Jungs anstellen.

Zum besseren Verständnis meiner Ausführungen muß ich ein paar Worte über den Individuationsprozeß, dem Kernstück der analytischen Psychologie sagen. Der Individuationsprozeß ist ein Differenzierungsprozeß, der die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit zum Ziel hat. Bevor die Individuation Ziel sein kann, muß in der ersten Lebenshälfte eine Anpassung an das zur Existenz notwendige Minimum von diesen kollektiven Werten erfolgen.

Nach der geleisteten Anpassung sollte es dann zu einer Auseinandersetzung mit dem eigenen Schatten, mit dem persönlichen Unbewußten und mit Inhalten des kollektiven Unbewußten kommen. Die Individuation kann als Reifungsprozeß der menschlichen Seele aufgefaßt werden, als ein Prozeß der Anpassung an die äußere und die innere Realität.

C. G. Jung betont, daß eine Nichtanpassung an die innere Welt eine folgenschwere Unterlassung ist, eine ebenso große Notwendigkeit für das Individuum wie die Anpassung an die innere Welt.

Für alle Menschen in Ostdeutschland bedeutete die Wiedervereinigung, egal in welchem Lebensalter sie waren, eine immense Herausforderung im Sinne einer erneuten Anpassung an das Außen, an für sie neue kollektive Werte und Normen.

Zwei Haltungen erschienen manchmal lebensrettend:

Sich vor dem Neuen schützend, sich der Vergangenheit zu zuwenden.

Sich mit dem Neuen zu identifizieren, der Vergangenheit davonzulaufen

Die Forderung im Sinne des geglückten Individuationsprozesses heißt jedoch, sich nicht in den Gegensatz zur sozialen Umwelt zu setzen, sondern die eigenen Beziehungen zu ihr eigenverantwortlich und bewußt zu gestalten und zu verändern.

Hier wird die Notwendigkeit zur Hinwendung an das Innere deutlich. Was passiert jedoch, wenn diese Auseinandersetzung mit dem eigenen Inneren nicht erfolgt? Was bedeutet es, sich nicht mit dem eigenen Schatten auseinanderzusetzen.

Der persönliche Schatten läßt sich in etwa mit den verdrängten lebensgeschichtlichen Inhalten gleichsetzen. Es sind jedoch auch kollektive unbewußte Inhalte darin enthalten. Unser eigener Schatten tritt normalerweise in Projektionen auf, in persönlichen Projektionen, als das, was wir am Nachbarn nicht ausstehen können. Dies muß als Teil von uns erkannt werden. Ebenso kollektive Projektionen wie Fremdenhaß, Kriege oder verschiedene Formen des „Teufels“.

Durch die schnelle Übernahme westlicher Werte versank ein wichtiger Teil der Menschen der ehemaligen DDR im Unbewußten: Nämlich der berechtigte Stolz auf die Meisterung des eigenen Lebens unter schwierigen Bedingungen. Dies kommt dann als Neid, Mißgunst und Aggression oder als Sentimentalität und undifferenzierte Emotion wieder in der Projektion zum Vorschein.

Zu dieser Schattenproblematik gehört meines Erachtens auch die Aggression, die in der ehemaligen DDR notwendigerweise für die meisten Menschen in den Schatten fallen mußte, da ein Widerstand gegen das System lebensbedrohlich werden konnte. Jung sagte einmal, daß die Kinder den Schatten der Eltern leben würden. Wäre das vielleicht ein zaghafter Versuch, jenseits der sozialen Bedingtheiten die Aggressionen der jungen Menschen in den neuen Bundesländern zu verstehen?

Was ich in der Projektarbeit mit Menschen aus Ostdeutschland erfahren habe, ist ihre Schwierigkeit im Umgang mit Konflikten. Schnell führt jede Diskussion zu einer Polarisierung - in gut und schlecht, Freund und Feind. Die Möglichkeit der Synthese wird dadurch schwierig, es bedeutet ein sich positionieren als Abwehr und bedeutet ein entwicklungshemmendes Festhalten, Stillstand. Das weist auf die Notwendigkeit hin, Gegen-

sätze des Rationalen und des Irrationalen, des Bewußtseins und des Unbewußten, des Gestern und des Morgen zu akzeptieren und zu integrieren.

In einem nächsten Schritt möchte ich versuchen auf der kollektiven Ebene Deutschland subjektstufig zu verstehen, das heißt als ein Körper mit verschiedenen Anteilen. Die Frage lautet für beide Teile, welche Werte wurden propagiert und welche Werte wurden nicht gelebt und fielen in den Schatten?

Etwas vereinfacht könnte man sagen, daß im Westen die Freiheit propagiert wurde und die Gleichheit nicht gelebt wurde, im Osten dagegen die Gleichheit propagiert wurde und die Freiheit nicht gelebt wurde. Aus dem oben Gesagten wird deutlich daß nur durch die Integration und Bewußtmachung beider Teile ein neues Ganzes entstehen kann. Das gilt für West und Ost.

Das ist zugleich auch unsere wunderbare Chance.

Literatur

C. G. Jung : Gesammelte Werke. Walter Verlag 1995

Andrew Samuels: Political Psyche. Routledge, London 1993

Christiane Schifferdecker

Ich lebe seit 1992 in Meißen. Wie so viele hat es mich von Berufs wegen hierher verschlagen - verschlagen ist eigentlich das falsche Wort... ich war fasziniert von der alten Stadt, ihrem maroden Charme und vor allem der Atmosphäre in dieser fremd-vertrauten Welt. Das Lebensgefühl der ersten Monate läßt sich für mich heute noch rekonstruieren, aber so gut wie nicht beschreiben; es war ein Gewirr aus Irritation und Wohlgefühl.

Es gab Erlebnisse, die mir das Gefühl vermitteln, *fremd in Deutschland* zu sein.

Eines der ersten Wochenenden, die ich in Meißen verbringe. Ich bin erleichtert, daß mir die Strapazen der kilometerträchtigen Westreise, die schlechten Straßen voller Baustellen und Staus diesmal erspart bleiben.

Ich freue mich auf ausschlafen, gemütlich frühstücken und einfach so in den Tag hineintaumeln - und auf frische Brötchen. Gegen halb 10 Uhr gehe ich vom Burgberg in die Stadt hinunter. Es ist ein naßkalter Novembertag, alles grau in grau, Geruch von Braunkohle und menschenleere Altstadtgassen. Die Stadt wirkt unwirtlich, fast abweisend und tot. Ich bin froh, daß die Heizung in meinem möblierten Zimmer so gut funktioniert und sehne mich schon nach der Rückkehr in wohlige Wärme. Als ich die Bäckerei betrete, stelle ich verdutzt fest, daß die Besitzerin bereits die Regale putzt und offensichtlich im Begriff ist, ihren Laden zu schließen. Ich schaue nach, ob vielleicht meine Uhr stehen geblieben und es in Wahrheit viel später ist. Nein - auch die Uhr in der Bäckerei zeigt dieselbe Zeit. Ich frage nach frischen Brötchen.

Den Blick der Bäckerin werde ich bestimmt nie vergessen.... es ist eine Mischung aus Verwunderung, Unverständnis und Mitleid. „Die Brötchen sind seit über einer Stunde ausverkauft; wir schließen jetzt.“

Ich hatte mich klar als fremd geoutet - auf so eine Idee, nämlich um diese späte Stunde am Sonnabend (...niemand hier sagt Samstag...) ohne Vorbestellung Brötchen kaufen zu wollen, kommt kein Einheimischer.

Ungefähr um dieselbe Zeit tagte in der Fachhochschule, in der ich arbeite, zum ersten Mal das „Bibliothekskollektiv“. Meine Kollegin benutzte immer noch diesen für sie völlig normalen und vertrauten Begriff und wollte sich einfach nicht an „Bibliotheksausschuß“ gewöhnen.

Ich traue meinen Augen nicht, als ich die Einladung lese: „Beginn: 7.30 Uhr.“ Wie kann man nur um diese Uhrzeit eine Arbeitssitzung, die auch kreative Ergebnisse hervorbringen soll, anberaumen? (Erst im Verlauf der Sitzung erfahre ich, daß man eigentlich hätte bereits um 7 Uhr beginnen wollen und nur MIR zuliebe den Beginn um eine halbe Stunde nach hinten verlegt hatte....) Wir beginnen - wie hier üblich - ganz pünktlich und kommen gut voran. Es geht um die Aufstellsystematik, die unsere FH-Bibliothek bekommen soll, um die Frage, ob wir Karteikästen oder ein modernes edv-gestütztes System benutzen wollen etc. Mitten in der Diskussion, gegen 9 Uhr 15, geschieht für mich völlig Überraschendes: wie von Geisterhand gesteuert, pakken alle Beteiligten - außer mir - Brotbüchsen aus, es werden geschäftig Kaffeetassen auf den Tisch geräumt und unvermittelt drehen sich die Tischgespräche um Wochenenderlebnisse, Kinder und Fußball. Ich sitze dabei und staune noch, als ziemlich genau 15 Minuten später, wieder wie von Geisterhand, Geschirr und Brotbüchsen verschwinden und ebenso unvermittelt wie zuvor die Thematik der Gespräche erneut wechselt.

Heute weiß ich, daß das zweite Frühstück zu DDR-Zeiten eine eherne Institution darstellte, die auch heute noch von vielen meiner Kollegen gepflegt wird. Man beginnt früh mit der Arbeit und freut sich auf diese Viertelstunde Entspannung in der Gemeinschaft.

Ich fühlte mich damals oft wie ein Schulkind, das erst einmal einfachste Abläufe lernen muß.

Im nachhinein klingen diese Geschichten sicher wie nette Anekdoten. Sie stehen stellvertretend für viele Momente des Staunens, der Verblüffung und des Hinterfragens eigener Gewohnheiten und Rituale...

Oft waren derlei Eindrücke Anknüpfungspunkte für Gespräche darüber, wie es früher war „bei uns und bei Euch.“ Ich habe viel gelernt über die Hintergründe der OSTalgie, die

sich immer wieder breit macht und Kollegen und Freunde zu Sätzen wie „Soooo schlecht war es doch in der DDR gar nicht...“ verleitet.

Ohne meine Neugier hätte ich es sicher viel schwerer gehabt....

Ich werde hier bleiben. Die „Wiege Sachsens“ ist meine Heimat - geworden.

Multikulturalität - Rechtsradikalismus
Zwei Seiten einer Medaille?

Barbara John

„Woran glaubt der Westen?“ Diese Frage wurde Harold MacMillan, britischer Premierminister von 1957 bis 1963, gestellt, als die Welt noch in politische Blöcke aufgeteilt war. McMillan antwortete damals: „An das Christentum.“ Das mag vielen plausibel erscheinen, dennoch ist es falsch, weil die Frage auf das westliche Demokratiemodell und nicht auf die religiösen Überzeugungen bezogen war. In unseren demokratischen Staaten gibt es gerade keine dominante einheitliche Idee, der sich alle gleichermaßen unterzuordnen haben. Wir glauben nämlich an viele verschiedene Ideen, an richtige und falsche. Gäbe es das Korsett einer Idee, dann würden aus unseren freien Gesellschaften zwangsläufig intolerante Systeme. Das kennen wir aus der eigenen Geschichte. Diktaturen geben eine einheitliche Idee vor, um dann die Bürger zu kontrollieren und zu schikanieren, wenn sie sich diesen Ideen nicht unterordnen. Wir glauben also an verschiedene Ideen. Um die Verschiedenheit zu ordnen und für alle erträglich zu machen, bedarf es selbstverständlich verbindlicher demokratischer Spielregeln. Nur so kann die Vielfalt allen zugute kommen.

Gewalt und Ausgrenzung von Minderheiten, die wir in Teilen unseres Landes gegenwärtig erleben, sind der brutalste und sichtbarste Ausdruck, die Vielfalt von Ideen abzulehnen. Daneben gibt es noch weitere Formen der Ausgrenzung, die weniger gewalttätig daherkommen, aber sich auch aus dem Glauben an eine grundsätzliche Höherwertigkeit bestimmter Religionen speisen. So gelten manche muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, als nicht dazugehörend. Wer sich mit der Integration noch schwer tut und längere Zeit dafür braucht, wird als integrationsunwillig diffamiert.

Es ist verständlich, wenn wir angewidert auf die Gewalt von Rechts reagieren. Aber das reicht bei weitem nicht aus. Bloße Antihaltungen sind nie genug. Wir brauchen stattdessen Modelle und Vorstellungen, wie sich Vielfalt in unserem Land entwickeln und wie sie geschützt und gepflegt werden soll.

Es ist weithin bekannt, daß ausländerfeindliche Einstellungen dort am ausgeprägtesten sind, wo es kaum Ausländer gibt. In den neuen Bundesländern beträgt der prozentuale Anteil von Zuwanderern 1,5 % und durch Abwanderung werden es immer weniger.

Wer uns vor diesem Hintergrund erklären will, daß normales Konkurrenzverhalten die Triebfeder der Gewalt sein könnte, weiß nicht wovon er redet. In Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze treten Ausländer dort nicht. In den Köpfen rechtsradikaler Täter geht etwas anderes vor. Rechtsradikales Denken besteht auf den Mythos der Homogenität der eigenen Gruppe, verlangt also Erstarrung der Verhältnisse. Es handelt sich um ein Konzept, daß von vornherein andere ausschließt, gar zu Feinden erklärt, die nicht diesen Normen entsprechen.

Diese ungeheure Vorstellung muß als Herausforderung angenommen werden. Eine der wichtigsten Antworten darauf ist, Erziehung zur Demokratie als Erziehung zum Umgang mit Vielfalt zu lehren und zu praktizieren. Jede Art von Feindbild, jede Ausgrenzung von Minderheiten, jede Stimmungsmache, die Personen in den Mittelpunkt stellt, ist aufzugreifen und zu entkräften. In den Betrieben, in Schulen, in der öffentlichen Verwaltung, innerhalb aller gesellschaftlichen Institutionen gibt es tagtäglich Situationen, in denen sich diese Aufgabe stellt.

Eine Gesellschaft, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, Nationalität und Hautfarbe friedlich und produktiv zusammenleben, entsteht nicht von selbst. Sie muß gewollt und gestaltet werden. Das ist nicht allein eine Aufgabe für Ausländerbeauftragte, sondern sie ist in allen Institutionen und Organisationen zu verankern. Überall, wo die Gefahr von Ungleichbehandlung droht, z. B. der Vergabe von Wohnungen, von Arbeitsplätzen und beim Zutritt zu Freizeiteinrichtungen, sind neue Normen, sind Regelungen notwendig, die von vornherein Diskriminierungen aufgrund der Herkunft oder Religion ausschließen. Es ist ein dummer Mythos, zu glauben, daß eine homogene Gesellschaft ein konfliktfreies gesellschaftliches Zusammenleben automatisch schafft oder sogar garantiert. Konflikte sind ein Ausdruck der unterschiedlichen Vorstellungen von Menschen über ihr Leben und deren Einrichtung, sie haben also ihre Wurzeln in einer grundsätzlichen Vielfalt von Lebensentwürfen. Durch Zuwanderung entsteht also kein grundsätzlich neues Problem.

Deutschland ist vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland geworden. Das ist eine beachtliche, erstrebenswerte Karriere. Wir wissen aus der eigenen Geschichte, wieviel Zwang Gewalt und Not herrschten, bevor Menschen sich zur Auswanderung entschlossen. Einwanderungsland zu sein ist zweifelsohne der bessere Zustand. Es ist ein

Kompliment an die Art wie wir leben. Es ist gleichzeitig eine Herausforderung, unseren Werten für alle, die in Deutschland leben, Geltung zu verschaffen, gerade auch im Alltag.

1.

Rechtsradikalismus lediglich unter dem Aspekt einer Abwehrreaktion auf Multikulturalität zu betrachten, greift sicherlich zu kurz. Nichtsdestoweniger verweist der in der Ankündigung für dieses Forum angedeutete Zusammenhang zwischen Multikulturalität und Rechtsradikalismus fraglos auf einen wichtigen Aspekt unseres Themas, den ich einleitend beleuchten möchte.

Es hat sich in der Tat gezeigt, daß die Diskussion über die „multikulturelle Gesellschaft“ - wie auch der vor etwa einem Jahrzehnt von der Sozialwissenschaft aufgegriffene „Multikulturalismuskurs“ - letzten Endes, so gut gemeint sie auch waren, eher dazu beigetragen haben, daß die Zuwanderer von den Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft *in allererster Linie* als *Angehörige einer fremden Kultur* identifiziert und klassifiziert werden. Und daß sich diese Einordnung durch die Multikulturalismusdebatte in vielen Köpfen der Einheimischen verfestigt hat. Der Gedankenschritt war dann nicht mehr weit: Als solche „gehören diese Menschen eigentlich nicht hierher.“

Wohlgemerkt nicht unbedingt mit logischer Notwendigkeit. Denn im Grunde besitzt Kultur nicht primär Abgrenzungsfunktionen. Ihr Sinn besteht vielmehr darin, Horizonte zu öffnen und Verständigung zu ermöglichen. Wenn jedoch die Idee des Multikulturalismus als ein *Nebeneinander* homogener Kulturen gedacht wird und nicht als *ein Ineinander kulturell vielseitig und unterschiedlich geprägter Menschen bzw. Individuen*, so muß dies notgedrungen zur Spaltung der Gesellschaft in Einheimische und Fremde bzw. zur Ausgrenzung Fremder führen!

2.

Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, daß hierzulande eine lebhaftere Diskussion über „das Eigene und das Fremde“ in Gang kommen konnte, die man sonst eigentlich nur von Drittweltgesellschaften kennt, die ihre überlieferten Traditionen gegen die Übermacht und

die erdrückende Hegemonie einer globalisierten, areligiösen europäischen Moderne verzweifelt zu verteidigen suchen. Hier aber hat offenbar die erste ernsthafte Herausforderung der „modernen, liberalen, universalistisch verfaßten Gesellschaft“ (und all den in diesem Programm implizierten Attributen mit dem hohen Anspruch, der sich aus den Idealen der Aufklärung ableitet) - offenbar hat allein schon die *erste ernsthafte Herausforderung dieser Gesellschaft durch die Zuwanderung* genügt, um den populistischen, ja fundamentalistischen Schlachtruf zur Verteidigung des Eigenen gegen das Fremde wie auch zur Dämonisierung alles Fremden machtvoll ertönen zu lassen. Und bei breiten Massen zumindest stillschweigende Unterstützung zu finden! Denn wenn das hier diskutierte Phänomen lediglich das Problem einer gewaltbereiten, fremdenfeindlichen Minderheit wäre, würden wir heute - wie viele andere anderswo - darüber uns den Kopf nicht zerbrechen.

3.

Und was taten die Zuwanderer, die sich ständig auf eine ihnen zugeschriebene ‚fremde Kultur‘ zurückverwiesen sahen? In den meisten Fällen blieb ihnen nichts anderes übrig, als diese Zuschreibung zu übernehmen: *Ethnisierung und Selbstethnisierung sind eben zwei Seiten einer Medaille*. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Zuwanderern (vor allem in der muslimischen Gruppe) ging sogar erst recht dazu über, ihre ausschließliche Identifikation durch die Einheimischen als „Angehörige einer fremden Kultur“ radikal zu übernehmen und diese dann mit Akribie zu hegen und zu pflegen. Dies war gewissermaßen, wie es einmal treffend formuliert worden ist, „die Abgrenzungsgeste der Ausgegrenzten, ein Kampf um die Reste einer eigenen Würde, die nur so, in der Sprache des Ethnisch-kulturellen, noch bewahrt zu werden vermag“ (Kaschuba).

4.

Dies ist freilich lediglich das „Oberflächenphänomen“, bei dem man nicht stehen bleiben darf. Wir müssen sowohl zum einen nach den *sozialpsychologischen Befindlichkeiten* als auch zum anderen nach den *gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen* fragen, die

dem hier angesprochenen Trend zur Konzentration der gesellschaftlichen Diskussion auf ethnisch-kulturelle Aspekte Vorschub geleistet haben und noch leisten. Offenbar sind viele Menschen für die hier sogenannten „ethnisch-kulturellen Aspekte“ in der Weise ansprechbar, wie sie von den populistischen Ideologen der Fremdenfeindlichkeit thematisiert werden. Die hierdurch erfahrene Resonanz bestärkt diese wiederum in dem Gefühl, gewissermaßen „stellvertretend für eine schweigende Mehrheit zu handeln.“ Ein subjektives Gefühl, das leider immer wieder durch vielfältige authentische Erfahrungen im eigenen Umfeld eine nachhaltige Bestätigung finden kann. Denn dahinter stehen eben *bestimmte Befindlichkeiten* bei einer relativ großen Anzahl von Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft. Und es kommt noch hinzu, daß *bestimmte gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen* derartige Haltungen in anderer Weise zusätzlich begünstigen.

5.

Um zunächst die angesprochenen *Befindlichkeiten* kurz zu beleuchten: Selbst auf die Gefahr hin mißverstanden zu werden, möchte ich hier auf zwei sozialpsychologische Aspekte verweisen, die offenbar mit der subjektiven Erfahrung einer zeitweise doch relativ massiven Zuwanderung nach Deutschland durch viele Menschen (i. e. Angehörige der Mehrheitsgesellschaft) zusammenhängen.

Zum einen ist nicht zu verkennen, daß hierdurch bei vielen Deutschen regelrechte *Identitätsängste* hervorgerufen wurden, die nicht selten von bestimmten Politikern durch Ausmalen einer drohenden „Überfremdungsgefahr“ bewußt genährt worden sind. Wenn nötig, mußten auch entsprechende Horrorszenarien („Aussterben der Deutschen“, „Fremde im eigenen Land“, „drohender Verlust der Kontrolle über das eigene Schicksal“ u. ä.) beschworen werden. Und diese konnten sich in der Tat bei vielen Menschen auf subjektiv vorhandene Ängste in der einen oder anderen Form stützen!

6.

Und der zweite Aspekt der hier angesprochenen Befindlichkeiten? Viele Einheimischen scheinen große Probleme damit zu haben, sich innerlich auf die durch die Zuwanderung real vollzogenen Veränderungen in der deutschen Gesellschaft einzustellen. Offenbar ging ihnen dieser Strukturwandel viel zu schnell vonstatten, um ihn „bewußtseinsmäßig“ verarbeiten zu können. „Verarbeiten“ heißt hier, auf äußere Veränderungen in der sozialen Realität durch entsprechende innere Veränderungen - in den Haltungen und Einstellungen wie auch in den Wahrnehmungen - zu reagieren. In der Tat: ein Team junger Sozialwissenschaftler kommt bei der Analyse umfangreicher Materialien einer breit angelegten empirischen Studie in Duisburg (einer Stadt mit ziemlich hohem „Ausländeranteil“) zu dem Schluß, daß die hier angesprochenen erforderlichen inneren Veränderungen (Umorientierungen) von der Mehrheit der deutschen Stadtbevölkerung regelrecht verweigert werden. Die Wissenschaftler bringen dies meines Erachtens recht prägnant in der Formulierung auf den Begriff, daß hier eine erforderliche „*Veränderungsnotwendigkeit*“ auf eine breite „*Veränderungsunwilligkeit*“ stößt. Eine derartige *Befindlichkeit* macht Menschen freilich anfällig für Ideologien, die die „Abwehr des Fremden“ artikulieren; bringt sie doch eine solche *Abwehrhaltung* letzten Endes zum Ausdruck.

7.

Um zum Schluß nur noch in aller Kürze wenigstens einige *gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen* anzusprechen, die meines Erachtens der populistischen Ideologie des Rechtsradikalismus zusätzlich noch einen fruchtbaren Nährboden geboten haben - und bieten. Stichwortartig möchte ich hier auf drei Entwicklungen verweisen, die mir in dem Zusammenhang relevant erscheinen:

1. Abdrängen einer größer werdenden Gruppe von Menschen infolge *ökonomischer und sozialer Desintegrationsprozesse unter Bedingungen der „New Economy“* (Deregulierung; tendenzieller Rückzug des Wohlfahrtsstaates etc.) *in die Marginalität*, wie dies etwa in der Redeweise von der „Zweidrittelgesellschaft“ zum Ausdruck kommt. Diese Gruppe stellt freilich ein Potential dar, das für populistische Ideologien aller Art - so auch für Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit -

besonders anfällig ist. Zumal durch die Konzentration auf ethnisch-kulturelle Aspekte eine *Ethnisierung sozialer Probleme* sich umso leichter betreiben läßt - was den realen Hintergrund der Phänomene umso mehr verschleiert.

2. *Zunehmende Entpolitisierung der Öffentlichkeit* nach dem vermeintlichen „Ende der Ideologien“. Oft gebrauchte und inzwischen geläufige Schlagworte wie „programmatische Entleerung der Parteien“, „Trend zur Mitte“ oder die oft thematisierte „Ohnmacht der Politik“¹ bringen dies hinreichend deutlich zum Ausdruck. Dadurch entsteht ein *ideologisches Vakuum*, das geradezu nach dem Rückgriff auf populistische Themen und Ideologien, nicht zuletzt auf Herausstellung ethnisch-kultureller Bezüge verlangt. So werden anstelle echter politischer Auseinandersetzung populistische Themen in den Vordergrund geschoben - nicht zuletzt, um von politischer Tatenlosigkeit und inhaltlicher Substanzlosigkeit abzulenken.
3. *Trend zum repressiven Konformismus* in der Gesellschaft der „Spätmoderne“: Es ist dies meines Erachtens eine Erscheinung, die nicht zuletzt die Allgegenwart des Marktes und die „tendenzielle Kolonisierung aller Lebensbereiche durch die Ökonomie“ in heutigen spätkapitalistischen Gesellschaften (Habermas) reflektiert. Ganz sicher wird ein solcher Trend aber auch durch die modernen Medien ungemein unterstützt, die über enorme Bindungskräfte verfügen und zunehmend die Rolle einer Definitionsmacht übernehmen, so daß ein solcher Trend langsam zum Grundzug von Gesellschaften der „Spätmoderne“ zu werden droht.

Der hier angesprochene *Konformitätsdruck* trägt nicht gerade dazu bei, die Akzeptanz von *kultureller Andersheit* und von *Differenz überhaupt* zu unterstützen. Vor allem, wenn eine solche Andersheit Erscheinungsformen annimmt, die den Rahmen des zulässigen Variationsspektrums des modernen Lebensstils zu sprengen scheinen, und somit gewissermaßen als „*Abweichung von der gängigen Norm*“ eingestuft werden. Vielmehr ist die hier angedeutete *Uniformierung innerhalb klar definierter Variationsgrenzen* eher dazu geeignet, bei manchen Menschen vehemente *emotionale Abwehrreaktionen* auf jegliche

¹ Dies wurde auch Thema der 2. Karlsruher Gespräche. Die Beiträge sind nachzulesen in: Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hrsg.): (Ohn)Macht der Politik. (= Problemkreise der Angewandten Kulturwissenschaft, Heft 1/98, Jg. 2).

Abweichungen kultureller Art auszulösen, wie sie durch die Zuwanderer repräsentiert werden. Im gesellschaftlichen Klima insgesamt scheint mir dies zuweilen Ausmaße anzunehmen, die konstitutive Merkmale und anerkannte Ideale von „Aufklärung“, „Moderne“, „Pluralismus“ oder auch „Toleranz“ zur Farce werden lassen! Auf alle Fälle schafft der hier angesprochene Trend - zumal in Kombination mit den beiden ersten Entwicklungen - *gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen*, die der Ideologie des Rechtsradikalismus einen fruchtbaren Boden bieten.

Helena Saña

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich gleich das Grundprinzip nennen, das die Richtschnur meiner Ausführungen sein wird. Es lautet: die „*conditio humana*“ ist eine für sämtliche Menschen der Erde geltende Seinskategorie. Sie schließt kein einziges Individuum, kein ethnisches Kollektiv, kein Volk aus. Sie stellt einen universalen und übergeordneten Wert dar, deren Validität unbedingten Vorrang vor dem positiven Recht der jeweiligen Nationalstaaten bzw. supranationalen Organisationen hat. Sie gilt deshalb nicht nur für die Menschen, die in ihrer eigenen Heimat leben, sondern genauso für die Fremden, die aus anderen Ländern kommen, eine andere Sprache sprechen, anders aussehen, an einen anderen Gott glauben und von einer anderen Kultur geprägt worden sind. Deshalb lehrt uns Kant, daß die einzig in Frage kommende Haltung im Umgang mit Fremden die Hospitalität ist. Und ein anderer Aufklärer - Condorcet - leitete seine „*Epître aux nègres*“ mit folgenden Worten ein: „Obwohl ich nicht dieselbe Farbe habe wie ihr, habe ich euch stets als meine Brüder betrachtet. Die Natur hat euch so gebildet, daß ihr den gleichen Geist, die gleiche Vernunft, die gleichen Tugenden besitzt wie die Weissen.“ So dachten und schrieben die Aufklärer. Und ich halte mich an ihre Botschaft, mögen die deutschen Rassisten und Suprapatrioten allen Ernstes glauben, sie seien ein begnadetes Produkt der Schöpfung, das höher steht als die ethnisch-kulturellen Minderheiten, die hier leben.

Wer die prinzipielle Gleichwertigkeit des Menschen nicht anerkennt und die Gesetze und Wertvorstellungen des eigenen Landes über die Gesetze der Humanität stellt, den betrachte ich als einen potentiellen Nationalisten bzw. Rassisten. Und dazu zählen in diesem Lande nicht nur die militanten Neonazis, die wehrlose Ausländer beschimpfen, anpöbeln, schlagen oder auch töten, sondern auch eine viel größere Anzahl von ansonsten harmlosen und braven Bürgern, die, ohne die Zuwanderer physisch oder verbal anzugreifen, sie als Menschen zweiter Klasse einstufen.

Die Meinung von Herrn Johannes Rau, die Deutschen seien kein fremdenfeindliches Volk, teile ich nicht. Ich betrachte ein solches Statement als Schönfärberei und als nicht

gerade sehr rücksichts- und taktvoll gegenüber den unzähligen Ausländern, die in der Bundesrepublik Opfer von rassistischer Gewalt gewesen sind. Die Äußerung vom Bundespräsidenten geht völlig an den realen Verhältnissen vorbei. In Nordrhein-Westfalen, wo er lange Jahre regierte, wurden im vergangenen Jahr 1450 rechtsextremistische Straftaten begangen, mehr als doppelt so viele wie in den zwölf Monaten zuvor. Bundesweit haben sich die Straftaten gegen Ausländer in den letzten zehn Jahren vervierfacht, allein im letzten Jahr um 50 Prozent, die Gewalttaten um 40 Prozent, wie Innenminister Otto Schily unlängst bekannt gab.

Die Deuschtümelei meldet sich immer ungehemmter. Rapide wächst die Zahl der Bundesbürger, die, wie der Generalsekretär der CDU, Laurenz Meyer, stolz sind, Deutsche zu sein. Vom Forsa-Institut erfahren wir, daß 46 Prozent der Jugendlichen in Ostdeutschland und 40 Prozent in Westdeutschland meinen, daß es in der Bundesrepublik zu viele Ausländer gibt. Selbst die Linke, die sich traditionell als internationalistisch verstand, beginnt, sich der grassierenden teutonischen Selbstanbetung anzuschließen. So schockierte die neue Vorsitzende der PDS, Gabriele Zimmer, im Cottbuser Parteitag ihre Genossen mit dem markigen Bekenntnis: „Ich liebe Deutschland“, eine Aussage, die trotz des ergänzenden und relativierenden Hinweises auf die Arroganz dieses Landes ein klares Zugeständnis an die zunehmende Re-Nationalisierung der deutschen Gesinnung und der deutschen Politik darstellt.

Verehrtes Auditorium: auch wir Ausländer denken über Deutschland nach, aber wir tun es aus der Sicht des Andersseins. Deshalb kommen wir fast immer zu ganz anderen Schlußfolgerungen als die Deutschen selbst oder genauer: als die Deutschen, die das geistige Stadium des Stammesdenkens nicht überschritten haben. Wie wichtig die Frage der Perspektive für die Wahrheitsfindung und für die Selbstorientierung ist, weiß jeder, der sich mit der Philosophie Platons nur flüchtig befaßt hat. Was ich hier über Deutschland sage, ist das Ergebnis dessen, was Jean-Paul Sartre „le regard de l'autre“ genannt hat.

Die Deutschen, die keine Sympathie für die hier lebenden Minoritäten empfinden, beanspruchen für sich das Recht, uns „ad libitum“ zu kritisieren. Aber umgekehrt steht uns Ausländern dasselbe Recht zu, zumal wir und nicht sie die Diskriminierten und Ausgegrenzten sind, schon auf medialer Ebene. Denn die täglichen Talkshows am Bildschirm

finden weitgehend ohne die Teilnahme der Zuwanderer und Asylsuchenden statt. Politiker, Journalisten und Wissenschaftler dozieren rund um die Uhr über Rechtsextremismus, ohne jedoch den Hauptbetroffenen selbst die Chance zu geben, das Wort zu ergreifen. Sie bleiben meist draußen vor der Tür.

Wenn aber eine Diskussion über Multikulturalität einen Sinn haben kann, dann nur den, daß wir offen über unsere jeweiligen Vorstellungen, Ansichten und Erfahrungen sprechen. Wenn wir diese Chance in den Wind schlagen, sind wir dazu verdammt, aneinander vorbei zu reden und in unseren jeweiligen Revieren und Reservoirs zu verbleiben.

Der Kampf des deutschen Rechtsextremismus gegen die ausländischen Minderheiten ist durch die paranoide Angst bedingt, ihre Anwesenheit und ihr voraussichtlicher Zuwachs könnten die heilige deutsche Identität, die heiligen deutschen Werte und die heilige deutsche Volksseele unterwandern und verunreinigen. Denn für den fremdenfeindlichen Teil der deutschen Bevölkerung ist die Sache doch sonnenklar: die Ausländer bringen nur Ärger, ohne sie wäre die Bundesrepublik ein Idyll.

Das ist freilich reine Mythenbildung. Die Probleme und Aporien, mit denen dieses Land zu ringen hat, sind keineswegs exogen, sondern endogenen Ursprungs. Sie sind von innen her entstanden, nicht von außen gekommen. Sie haben entsprechend mit der Präsenz der Migranten nichts zu tun. Seit seiner Entstehung als Nation ist Deutschland das gerade Gegenteil von einem Idyll gewesen; es war oft eher eine Hölle. Die Bundesrepublik war auch kein Idyll, als hier keine sieben oder acht Millionen Nichtdeutsche ihr Brot verdienten oder Zuflucht vor Verfolgung oder Folter suchten.

Die Deutschen sprechen gern und häufig über das, was sie lapidar das „Ausländerproblem“ nennen. Und obwohl dieser Begriff „ab ovo“ relationaler Natur ist, schließen sie sich ganz vornehm von ihm aus. Ich meinerseits meine, daß das sogenannte Ausländerproblem nicht nur, aber auch und in erster Linie ein deutsches Problem ist, das Problem eines Volkes, das noch heute große Schwierigkeiten hat, mit Menschen anderer Kultur gelassen und souverän umzugehen.

Ich lebe in der Bundesrepublik seit über vierzig Jahren, und aus eigener Beobachtung habe ich feststellen können, in welchem Ausmaß die von Hause aus dürftige deutsche All-

tagskultur von den hier ansässigen Ausländern bereichert worden ist, nicht nur auf dem Gebiet der Gastronomie. Der deutsche Alltag ist heute weniger langweilig, weniger uniform und weniger trostlos als er es war, als ich deutschen Boden betrat. Und das ist nicht unbedingt unwichtig in einem Land, in dem „die große Gefahr immer die Leere und Langeweile“ war, wie Sebastian Haffner in seinem post mortem veröffentlichten autobiographischen Buch „Geschichte eines Deutschen“ feststellte.

Haben die Deutschen erkannt, was sie den von ihnen im allgemeinen wenig geschätzten Ausländern verdanken? Manche sicher, aber im großen und ganzen nicht oder nur halbherzig. Dies empfinde ich als einen unverzeihlichen Akt der Undankbarkeit. Ich persönlich bin für alles dankbar, was ich in diesem Land gelernt und an Positivem empfangen habe, eine Dankbarkeit, die natürlich an erster Stelle für die Liebe meiner deutschen Frau gilt.

Ob es den Rechtsextremisten und ihrer stillen Gefolgschaft gefällt oder nicht: die Völker Europas sind längst multikulturell geworden. Diese Entwicklung ist keine Katastrophe, sondern eine Chance, um nach und nach die Deformationen und Pathologien des Nationalstaates zu überwinden.

Ethnische und kulturelle Gegensätze, meine Damen und Herren, müssen nicht unbedingt Entfremdung und gegenseitige Ablehnung hervorrufen; sie können auch zu einer Vertiefung und Vervollständigung unseres eigenen Selbst beitragen und zu einer fruchtbaren Synthese von verschiedenen Werten und Lebensweisen führen.

Die meisten Werturteile, die über die Migranten gefällt werden, beruhen auf tief eingestützten Vorurteilen. Das hat wieder einmal eine im Auftrag des Hamburger Senats durchgeführte Untersuchung belegt, die neulich veröffentlicht wurde. Die Studie zeigt, daß Deutsche, die persönlichen Kontakt zu Ausländern pflegen, eine positivere Meinung über sie haben als Deutsche, die sich von ihnen fern halten. Nicht zufällig grassiert der Rassenhaß insbesondere in jenem Teil der Bundesrepublik, wo der Anteil der Ausländer sehr gering ist, nämlich in Ostdeutschland.

Nationale Kriterien sind immer einseitig und deshalb dazu prädestiniert, sich zu verabsolutieren und die Attribute anderer Kulturen zu ignorieren oder zu negieren. Die Zukunft

der Menschheit liegt in der Überwindung des Stammes- und Selektionsdenkens und in der Bejahung und Pflege der Multidimensionalität der menschlichen Beziehungswelt. Wenn der sonst viel strapazierte Begriff der „open society“ einen Sinn hat, dann gerade hier.

Das Ziel einer multikulturellen Gesellschaft, die dieser Bezeichnung würdig ist, ist weit mehr als bloße, rein äußere Koexistenz zwischen ihren ethnisch-kulturellen Kollektiven. Parallelgesellschaften sind kein Unheil, aber nicht das eigentliche Ziel, genausowenig wie das Ziel eines sinnvollen und erfüllten Daseins darin besteht, sich in die eigene Ich-Sphäre zurückzuziehen. Wahre Multikulturalität wird nur durch zwischenmenschliche Kommunikation und durch eine Kultur des Aufeinanderzugehens gedeihen können. Wir alle müssen uns gegenseitig suchen und lernen, uns ohne ideologische Scheuklappen und ohne vorgefaßte Klischees begegnen. Daß eine solch dialogische Kultur auf der Grundlage der absoluten Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung erfolgen muß, brauche ich nach meinen Ausführungen nicht zu unterstreichen.

1. Multikulturalität

- Multikulturalität greift die Probleme des Zusammenlebens verschiedener Kulturen innerhalb einer Gesellschaft auf und geht von der Existenz klar unterschiedener, in sich homogener Kulturen aus. Das Multikulturalitätskonzept sucht dann nach Chancen der Toleranz, Verständigung, Akzeptanz und Konfliktvermeidung oder der Konflikttherapie.
- Im Kontext der Veranstaltung könnte mit Multikulturalität allerdings auch lediglich die Existenz von Ausländern gemeint sein.

Fakten:

- Sehr ungleiche Verteilung von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland
- Ende 1997 lebten allein in den vier Flächenländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen gut 70 % aller Migranten.
- Die großen Agglomerationsräume in den alten Bundesländern weisen einen mehr als doppelt so hohen Migrantenanteil wie die ländlichen Räume auf, wobei die Kernstädte einen fast dreimal so hohen Anteil haben. Hier erreicht der Migrantenanteil eine durchschnittliche Größenordnung von 15 % an der Gesamtbevölkerung, während er in einigen Fällen sogar deutlich darüber liegt.
- So nehmen 1995 Frankfurt am Main (30,1 %), Stuttgart (24,1 %) und München (23,6 %) Spitzenwerte unter den deutschen Großstädten ein.
- In den neuen Bundesländern sind die Migrantenanteile sehr gering. Mit Ausnahme von Brandenburg (2,3 %) liegen sie unter zwei Prozent und erreichen selbst in den Ballungsgebieten Leipzig, Halle, Dresden, Rostock und Magdeburg nur Spannbreiten von 1,8 % bis 2,8 %.

2. Rechtsradikalismus

- Rechtsradikalismus ist ein sehr diffuser Begriff, der nicht eindeutig definiert werden kann. Er unterscheidet sich von „Rechtsextremismus“ insofern, als daß beispielsweise extremistische Parteien verfassungsfeindliche Ziele verfolgen und somit vom Verfassungsschutz beobachtet werden, während rechtsradikale Parteien als verfassungskonform gelten. Beiden Begriffen ist aber gemein, daß sie viel mehr als Fremdenfeindlichkeit beinhalten.

- In diesem Zusammenhang könnte aber lediglich der fremdenfeindliche Aspekt gemeint sein.

Fakten:

Am 7. 2. 2001 gab Innenminister Schily neueste Zahlen zum Rechtsextremismus bekannt:

- von Januar bis November 2000 wurden 13.753 rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten registriert. (im Vorjahr: 9456)

- eine 40prozentige Zunahme fremdenfeindlicher Gewaltdelikte von 397 auf 553

- Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Brand- und Sprengstoffanschläge erreichten einen Anteil von 18 % aller fremdenfeindlichen Straftaten.

- Von 1990 bis Juli 2000 kamen 36 Menschen durch rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten zu Tode.

- Auf 100.000 Einwohner in den neuen Bundesländern entfallen dreimal so viele rechtsextremistische Straftaten wie im Westen. Die Relation beträgt 23 zu 7.

Die Gegenüberstellung von Ausländerpräsenz und Fremdenfeindlichkeit zeigt also, daß im Bundesdurchschnitt die Fremdenfeindlichkeit dort besonders hoch ist, wo extrem wenige Ausländer leben. Da es - beispielsweise auf Stadtteilebene - auch entgegengesetzte Beobachtungen gibt, kann man einen Zusammenhang von „Multikulturalität“ und „Rechtsradikalismus“ verneinen.

Wahrnehmung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit durch Türken

- 1998 wurden im Rahmen einer qualitativen Studie für das Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen 60 türkische Migranten zu ihrer Wahrnehmung von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit im Land interviewt.

- Außerdem wird im Rahmen der seit 1998 durchgeführten jährlichen Erhebung der Lebenssituation von Türken in Nordrhein-Westfalen in den 1000 standardisierten, repräsentativen Interviews auch die Erfahrung mit Diskriminierung und Ausländerfeindlichkeit abgefragt.

Als gesicherte Ergebnisse können gelten:

- Die Konkurrenz um knappe Arbeitsplätze und Sozialneid beschwöre bei der deutschen Mehrheitsbevölkerung immer mehr Haßgefühle herauf. Speziell Ostdeutsche glaubten, Ausländer würden ihnen den Arbeitsplatz wegnehmen.

- Berichte über Angriffe auf Ausländer haben bei fast allen Befragten nachhaltige Spuren hinterlassen. Insbesondere nach den Brandanschlägen von Mölln und Solingen habe sich für die meisten das allgemeine Bild von den Deutschen verschlechtert.

- Die Art und Weise der Debatte um rechtliche Regelung von Zuwanderung wird von der Großzahl der Befragten als verletzend interpretiert.

- Die Befragten bemerkten eine generell negative Darstellung der Türkei und der Türken in Deutschland in den deutschen Medien. Die mediale Präsentation der Türkei belastete auch das interethnische Freundschafts- und Bekanntschaftsgefüge. Viele Befragte beklagten sich über den zunehmenden Rechtfertigungsdruck gegenüber deutschen Kollegen und Freunden.

- Insgesamt haben über ein Viertel Diskriminierungen erfahren: 9 % einmal und 17 % mehrfach.

- Von denen, die Diskriminierung erfahren haben, verteilten sich die Diskriminierungen folgendermaßen:

In Gastronomie, Justiz, Polizei: 80-90 % haben keine Ungleichbehandlung beobachtet.



Am Arbeits-/Ausbildungsplatz, bei der Arbeits- und Wohnungssuche haben 38-43 % Ungleichbehandlungen beobachtet.

Bei Einkauf und Nachbarschaft fühlen sich 25 % diskriminiert.

31 % haben bei Behörden mindestens einmal Diskriminierung erlebt.

- 1999 wurde von 76 % Ausländerfeindlichkeit als wichtigstes, von der Politik zu bearbeitendes Problem genannt.

- Die jüngere Generation ist sensibler gegenüber Diskriminierungen, da sie selbstbewußter ist und besser informiert.

Made in Germany
Ist Deutschland fit für den globalen Markt?

Helmut Haussmann

Deutschland ist in bezug auf Globalisierung zweigeteilt: während Führungskräfte in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft weitgehend auf die globale Realität eingestellt sind - unabhängig davon, ob sie alle Begleiterscheinungen des Globalisierungsprozesses begrüßen oder nicht - steht eine große Mehrheit der Bevölkerung dem Phänomen Globalisierung mit Unkenntnis und Ablehnung gegenüber. In einem Land, das jahrelang Exportweltmeister war und dadurch ein vorher nie gekanntes Wohlstandsniveau erreicht hat, ist es nicht gelungen, eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung von den Vorteilen der Globalisierung zu überzeugen. Es ist im Gegenteil die paradoxe Situation entstanden, daß in der Öffentlichkeit ausschließlich die negativen Aspekte gesehen werden. Wenn Arbeitsplätze durch eine Firmenverlagerung ins Ausland verloren gehen, ist eindeutig die Globalisierung schuld. Wie viele Arbeitsplätze jedoch durch die verbesserten Exportmöglichkeiten hier erst geschaffen und über Jahre hinweg erhalten wurden, ist kaum ein Thema.

Diese Einstellung hat in einer Demokratie, in der Politik um Mehrheiten kämpfen muß, problematische Folgen. Durch die Globalisierung werden Strukturanpassungen notwendig, die soziale Härten erzeugen. Ohne diese Anpassungen wäre unser Wohlstandsniveau nicht zu halten. Da diejenigen, die durch diesen Prozeß Verluste erleiden, meist eindeutig identifizierbar sind, entsteht ein hoher Druck, diese Verluste durch protektionistische Maßnahmen und Subventionen zu begrenzen. Dadurch werden allerdings die jetzt noch wettbewerbsfähigen Branchen und Unternehmen stärker belastet. Gleichzeitig fehlen die aufgewendeten Mittel zur Erhaltung nicht-wettbewerbsfähiger Branchen für die zukunfts-trächtigen Bereiche in Forschung und Bildung. Denn das Arbeitslosigkeitsproblem in Deutschland beruht nicht darauf, daß zu viele Arbeitsplätze verloren gehen, sondern daß zu wenig neue, innovative Arbeitsplätze geschaffen werden. Die durch Globalisierung und Freihandel Begünstigten sind dagegen weit gestreut und formieren sich nicht zu einer politisch wirksamen Lobby. In erster Linie ist es jeder Konsument, der aus einem wesentlich größeren und preiswerteren Angebot auswählen kann, als es in einer abgeschotteten

Volkswirtschaft möglich wäre. Dazu gehören aber auch alle Beschäftigten in exportstarken Branchen.

Hier eine Bewußtseinsänderung zu erreichen, daß Wandel zur langfristigen Wohlstandssicherung unumgänglich ist, kann nicht allein die Politik leisten. Medien und Wissenschaft und vor allem auch die große Anzahl der Globalisierungs-Gewinner müssen sich stärker zu Wort melden. Gleichzeitig muß ein Konzept entwickelt werden, daß es auch denjenigen Bürgern, die im globalen Wettbewerb nicht, noch nicht oder nicht mehr mithalten können, ermöglicht, eine Perspektive zu entwickeln. Dazu gehört in erster Linie Qualifizierung, aber auch, wo dies nicht möglich ist, die Einrichtung von Niedriglohnsektoren, kombiniert mit staatlicher Unterstützung, etwa im Rahmen eines Bürgergelds.

Deutschland kann sich dem Globalisierungsprozeß nicht verschließen, ohne extreme Wohlstandsverluste in Kauf zu nehmen. Deshalb sind die Bemühungen zur Liberalisierung des Arbeitsmarktes, zur Reformierung der Sozialsysteme, zur Haushaltskonsolidierung und zum Bürokratieabbau kein Selbstzweck, sondern Mittel, auch in Zukunft die herausragende deutsche Stellung in der Weltwirtschaft zu sichern.

Rolf Hoffmann

"Wenn [...] die Erstsemester ihr Studium an Deutschlands Universitäten antreten,
dann treten sie in der zweiten Liga an."

So stand es im Herbst letzten Jahres in der Zeitschrift Capital. Es folgte dann ein Generalangriff auf das deutsche Bildungssystem. Wenn man dem Glauben schenkt, dann kann jeder froh sein, der einer akademischen Ausbildung in Deutschland entkommen kann.

Im Eingangsfilm schien sich dieser Eindruck aus der ganz persönlichen Sicht eines internationalen Studierenden in Deutschland zu bestätigen - 'ich kann mir nicht vorstellen, in Deutschland zu leben.'

Wenn man dann noch aus der neuesten Studie zur deutsch-amerikanischen wissenschaftlichen Kooperation erfährt, daß ca. 10 % der besten deutschen Nachwuchswissenschaftler längerfristig in den USA leben und forschen, so stellt sich einem die Frage, ob der Studien- und Wissenschaftsstandort Deutschland - unabhängig von den für uns so typischen Selbstzweifeln - nicht wirklich an Qualität verloren hat.

Auf den ersten Blick erscheint allerdings die Statistik durchaus zufriedenstellend:

Deutschland ist eines der aktivsten Entsende- und Zielländer im internationalen Austausch - es liegt im internationalen Vergleich auf Platz 5.

Es verfügt über eine vielfältige, leistungsstarke und gut organisierte Forschungslandschaft, besonders auch im außeruniversitären Bereich mit der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren und der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz. Dieses von Bund und Länder finanzierte Netzwerk bildet im Verbund mit den Labors der Hochschulen ein qualitativ herausragendes Forschungspotential.

Der Internationalisierungsgrad kann sich in der Forschung ebenfalls sehen lassen: So wurden 1998 mehr als 11.000 Gastwissenschaftler aus öffentlichen Mitteln gefördert. Die permanente Präsenz internationaler Wissenschaftler ist eine Selbstverständlichkeit: So haben von den 248 Direktoren der Max-Planck-Gesellschaft 102 eine ausländische

Staatsbürgerschaft.

Warum also müssen wir uns trotzdem die Frage stellen, ob wir im internationalen Wettkampf um die besten Köpfe an Boden verlieren?

Zwar ist der Anteil internationaler Studierender an deutschen Hochschulen (ca. 8 %) recht zufriedenstellend, tatsächlich aber sind rund ein Drittel (60.000) Bildungsinländer.

Deutschland verliert als Zielland in entscheidenden Regionen der Welt zunehmend an Attraktivität: dies gilt besonders für Länder, mit denen wir früher einen sehr intensiven kulturellen und wissenschaftlichen Austausch pflegten, also z. B. Japan, Indonesien, Indien und einzelne Länder in Südamerika. Die Eltern studierten vor 20 Jahren an traditionsreichen deutschen Hochschulen, haben häufig einen deutschen Abschluß, sprechen fließend Deutsch und schicken ihren Nachwuchs jetzt nicht selten in die USA.

Schauen wir einmal mehr in Richtung USA: 1990 kamen 4.200 Amerikaner zum Studium nach Deutschland; 1999 waren es nur noch rund 3.700. Das hört sich weniger dramatisch an, als es tatsächlich ist: Im gleichen Zeitraum verdoppelte sich nämlich die Zahl der (damals 24.000) Amerikaner, die im Ausland studieren, und von dieser Zunahme profitieren andere Länder (z. B. Großbritannien und Australien).

Betrachten wir den Fluß Studierender global, so stellen wir fest, daß von den rund 1,4 Millionen internationalen Studierenden weltweit fast die Hälfte in ein englischsprachiges Land und zwar mehrheitlich in die USA und nach Großbritannien geht; weitere 10 % wählen Frankreich und nur 8 % Deutschland.

Bei diesen Gruppen handelt es sich häufig um die Bildungseliten, und ihre Arbeit kommt in der Regel dem wissenschaftlichen Gesamtertrag des Ziellandes zugute: nicht wenige der deutschen Nobelpreisträger der letzten Jahre leben und forschen seit Jahrzehnten in den USA, an deren Hochschulen die Hälfte der forschenden post-docs schon heute keine Amerikaner mehr sind; sie kommen vor allem aus Asien, aber auch aus Westeuropa (und hier insbesondere aus Deutschland). Ganz offensichtlich produzieren wir also nach wie vor erstklassigen Nachwuchs, vor allem in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, nur scheinen die Rahmenbedingungen für die spätere Laufbahn als Wissenschaftler im

Ausland erheblich attraktiver - für deutsche und internationale Nachwuchswissenschaftler.

Gleichzeitig haben sich unsere Investitionen in Forschung und Entwicklung - am Bruttoinlandsprodukt gemessen - in den vergangenen sieben Jahren fortlaufend zu unseren Ungunsten verschoben, wenn wir uns an den Spitzenreitern USA und Japan orientieren. Auch im Bildungsbereich investiert Deutschland im OECD-Vergleich immer weniger, nur noch 1,1 % des Bruttoinlandsproduktes für die Hochschulen, im Vergleich dazu sind es in Kanada 2 %, in Südkorea 2,5 % und in den USA 2,7 %.

Die Zahl der Studierenden - also der eigene Nachwuchs - stagniert, und die Einschreibungen deutscher Abiturienten in den traditionell starken deutschen Fächern, den Natur- und Ingenieurwissenschaften, sind in den letzten Jahren so deutlich zurückgegangen, daß einzelne Lehrstühle mittlerweile um ihre Existenz - und die Hochschullehrer um ihren Nachwuchs in diesen Fächern - bangen dürften.

Tatsächlich sind wir mit Bezug auf die Investitionen in Bildung und Forschung unter den entwickelten (und mit uns um die besten Köpfe konkurrierenden) Ländern allenfalls im oberen Mittelfeld. Das reicht nicht, wenn wir an der Spitze mithalten wollen. Die neuen Zuwächse sind also nicht nur dringend notwendig, wenn wir international Schritt halten wollen: Sie reichen auch nur dann aus, wenn wir gleichzeitig enorme Anstrengungen unternehmen, um Deutschland auch für internationale Studierende und Nachwuchswissenschaftler wieder zu einer ersten Adresse zu machen.

In einem Punkt haben die Kritiker unseres Bildungssystems völlig recht: Wenn wir im Ausland für unseren Bildungs- und Forschungsstandort werben wollen, dann brauchen wir ein ungeschminktes Bild von der Güte und der Konkurrenzfähigkeit dessen, was wir unseren ausländischen Gästen bieten. Unsere verstärkten Marketingaktivitäten sehe ich in diesem Zusammenhang als große Chance: Wir lernen, unser Angebot mit den Augen ausländischer Studierender und Forschender zu sehen - und es gegebenenfalls weiter zu verbessern.

Dies kommt nicht zuletzt auch unseren deutschen Studierenden zugute. Man kann also ohne Übertreibung sagen: Auslandsmarketing führt zur Inlandsreform.

Wer zum Studium zu uns nach Deutschland kommt, wünscht sich zumindest zweierlei: eine gute Ausbildung und gute Lebens- und Rahmenbedingungen. Haben wir das denn nicht (mehr) zu bieten?

Lassen Sie mich kurz aus der Sicht des DAAD - der jährlich etwa 60.000 deutsche und internationale Studierende, Doktoranden, post-docs und Wissenschaftler weltweit fördert - einige der Gründe nennen, warum wir an Attraktivität verloren haben:

Sprache - Englisch ist unangefochten die weltweit gebrochen gesprochene lingua franca des Bildungs- und Wissenschaftsbetriebs; diese Entwicklung verstärkt sich in dem Maße, in dem auch Wirtschaftsbetriebe im Rahmen der Globalisierung auf Englisch als Konzernsprache umstellen und von ihren Angestellten entsprechende Sprachfertigkeiten erwarten. Das Erlernen einer weiteren Sprache, nur um in Deutschland zu studieren (und danach zu Hause doch wieder Englisch zu sprechen, selbst in dem regionalen Ableger eines deutschen global agierenden Konzerns) wird immer weniger akzeptiert.

Inkompatible Studienstruktur und Abschlüsse – Deutsche Abschlüsse werden international nur in Einzelfällen anerkannt (unabhängig von der gerade in den Natur- und Ingenieurwissenschaften hohen und weltweit bekannten Qualität). Ferner ist die Dauer des Studiums bis zum Abschluß im internationalen Vergleich viel zu lange. Beides führt dazu, daß internationale Studierende trotz der qualitativen Komponente eher einen weltweit akzeptierten Master einer anerkannten Institution z. B. in den USA wählen, die den Abschluß in strukturierten, übersichtlichen Studiengängen in viel kürzerer Zeit garantiert. Selbst wenn dies auf den ersten Blick viel Geld kostet, so ist es doch gut investiert, wenn es danach garantiert zu guten Jobangeboten in großen weltweit arbeitenden Firmen führt.

Bekanntheitsgrad - Auf Grund des bisher nicht ausgeprägten (weil nicht notwendigen) ökonomischen Interesses deutscher Hochschulen ist ihr Bekanntheitsgrad im Ausland im internationalen Vergleich eher gering, weil es nicht notwendig war, für ‚sich selbst‘ zu werben. Weltweit finden jährlich ca. 150 große Studententagen statt, auf denen Hochschulen aus den USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, aber auch den Niederlanden und anderen europäischen Ländern einzeln oder als Konsortien Studenten anwerben. Bis vor wenigen Jahren waren deutsche Hochschulen im internationalen Marketing hingegen kaum vertreten.

Rahmenbedingungen - Nur 90 Tage dürfen internationale Studenten jährlich in Deutschland arbeiten, um sich ein Zubrot zu ihrem Studium zu verdienen. Oft gilt eine Beschäftigung für 1-2 Stunden täglich dann als ein Tag (von den 90 zur Verfügung stehenden Tagen...). Eine Arbeitserlaubnis nach vollendetem Studium wird nur selten ausgestellt, womit ein Hauptgrund vieler der besten Studierenden für die mögliche Wahl Deutschlands als Zielland - nämlich der Start der beruflichen Karriere in einer international agierenden deutschen Firma aus Deutschland heraus - wegfallen dürfte.

Daß zudem ein einziger rechtsradikaler Vorfall gegen Ausländer jahrelange Bemühungen in der Imagepflege Deutschlands im Ausland zunichte machen kann, erfahren wir fast täglich durch die besorgten Nachfragen potentieller Interessenten bei unseren Außenstellen und Internationalen Beratungszentren weltweit.

Die mit Globalisierung des Wirtschaftssektors einhergehende Internationalisierung der Bildungs- und Ausbildungsangebote führt zudem in den Ländern, in denen Bildung jetzt schon teilweise oder gar ganz durch private Mittel ‚erworben‘ werden muß, zu einem Marktbewußtsein, das auch Hochschulen neuen Spielregeln unterwirft: Um sich im internationalen Vergleich optimal zu positionieren, ist nicht nur eine unablässige Qualitätskontrolle der ‚Produkte‘, d. h. der angebotenen Studieninhalte, Abschlüsse und Rahmenbedingungen notwendig, sondern auch die Vermarktung dieser Produkte, die dem Wettbewerb standhalten müssen. Diesem Wettbewerb wird sich die deutsche Hochschullandschaft stellen müssen.

Dafür ist sie jedoch grundsätzlich gut gerüstet:

Zu den Spitzenangeboten der akademischen Markenartikel zählt die deutsche Ingenieurausbildung, die mit ihrer Kombination aus anspruchsvoller Theorie und obligatorischer Praxis weltweit einen guten Ruf hat. Unterstützend wirkt dabei unsere gute Marktposition in Bereichen wie dem Maschinenbau, der Verpackungstechnologie oder auch dem Topsegment des Automobilmarktes.

Führend sind wir auch in der Umwelttechnologie, und wenn ein japanischer Student know-how in diesem Fach erwerben will, dann denkt er sehr wahrscheinlich zunächst an Deutschland und nicht an die USA.

Unsere Angebote im Bereich Europastudien haben in der Welt ebenfalls einen guten Klang, mit besonders hoher Nachfrage nach Europarecht (vor allem aus Osteuropa, z. B. Polen). Auch der bevorstehende Beitritt Chinas zur World Trade Organisation (WTO) wird zu einem erhöhten Bedarf an Studienangeboten führen, die Europakompetenz vermitteln.

Solch erstklassige Bildungsangebote "Made in Germany" werden wir zukünftig auch jenseits unserer Landesgrenzen anbieten. Ich nenne hier als bereits vorhandene Basen im Ausland das Deutsche Haus in Hanoi und das Tongji-Kolleg in Shanghai - Projekte, an denen der Stifterverband aktiv beteiligt ist.

Die Beseitigung der oben genannten anderen Hindernisse ist ebenfalls vordringlich. Ich nenne die wichtigsten Aktionslinien:

Erstens: Ein europaweites Kreditpunktsystem (ECTS) ist inzwischen im deutschen Hochschulrahmengesetz festgeschrieben und erleichtert die Mobilität innerhalb der EU-Länder.

Darüber hinaus gibt es eine zunehmende Zahl an Doppeldiplomen, gemeinsamen Curricula und Abkommen, die auch jenseits der europäischen Grenzen für eine größere Kompatibilität von Studienleistungen sorgen.

Zweitens: International übliche Abschlüsse wie Bachelor und Master kann man in Deutschland in inzwischen über 500 Studiengängen erwerben. Sie sind nicht nur für ausländische, sondern auch für deutsche Studierende attraktiv: Besonders denjenigen, die im Studium eher eine berufsqualifizierende Funktion als einen Zugang zu akademischer Arbeit sehen, kommt der Bachelorabschluß zugute.

Drittens: Rund 200 auslandsorientierte Studiengänge bieten in den ersten Semestern Lehrveranstaltungen in englischer Sprache an und senken die Hemmschwelle, die die deutsche Sprache für viele mobile Studierende darstellt.

Viertens: Mit den neuen, vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Programmen, die aus Erlösen der UMTS-Versteigerungen finanziert werden, wird die Internationalisierung deutscher Hochschulen mit Hochdruck vorangetrieben: mit PHD (Promotion an Hochschulen in Deutschland) wollen DFG und DAAD dazu beitra-

gen, die Promotionszeit in Deutschland über mehr Strukturierung und bessere Betreuung kalkulierbarer zu machen und damit mehr internationale Doktoranden anzuziehen. Das Gastdozentenprogramm des DAAD soll verstärkt internationale Gastdozenten anwerben, eigens für die Betreuung Studierender zur Verfügung gestellte Sondermittel (STIBET-Programm des DAAD) und neu eingerichtete Internationale Qualitätsnetze (IQN) ergänzen im Lande die Bemühungen, deutschen Hochschulen über Sondermittel den Export deutscher Studienangebote ins Ausland zu erleichtern (offshore-Programme des DAAD).

Gleichzeitig gilt es natürlich, unseren akademischen Gästen auch Gelegenheit zu geben, die deutsche Sprache und Kultur kennenzulernen, und dies geht nur über ausreichende Angebote in den Bereichen Spracherwerb und Betreuung.

Wie oben erwähnt, sind gastfreundliche Rahmenbedingungen neben einem attraktiven Ausbildungsangebot der entscheidende Faktor für einen ausländischen Studieninteressenten.

Es hat sich in den letzten Monaten im Rahmen der ‚Konzertierten Aktion für das Internationale Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland‘ eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, die die Probleme im Arbeits- und Aufenthaltsrecht aufgegriffen hat und einer breit getragenen Lösung zuführen will.

Wir brauchen zu einer Verbesserung der arbeits- und aufenthaltsrechtlichen Bedingungen tatsächlich weniger Gesetzesänderungen als vielmehr eine gastfreundliche und kundenorientierte Handhabung der vorhandenen rechtlichen Grundlagen.

Ich glaube, daß Deutschland mit dem Erfolg unserer Marketingbemühungen auch weltoffener und toleranter werden wird: Je mehr ausländische Gäste wir bei uns begrüßen können, um so eher kommen die Deutschen auch mit ihnen in Kontakt. Das ist offensichtlich notwendig, denn dort, wo es zu Ausschreitungen kommt, ist der Ausländeranteil in aller Regel besonders niedrig.

Schließlich möchte ich Ihnen in einem Überblick zeigen, in welcher Weise der dritte Bereich - die neben der Verbesserung der Produkte und der Rahmenbedingungen so wichtige Vermarktung im Ausland - intensiviert und professionalisiert werden soll.

So hat die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung Ende Oktober letzten Jahres die schon oben erwähnte 'Konzertierte Aktion Internationales Marketing für den Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland' ins Leben gerufen, die möglichst viele Akteure in eine umfassende Imagewerbung für den Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland einbinden soll. Dazu werden die Bereiche Politik (über Bund-, Länder- und Kommunalvertreter), Wirtschaft, Wissenschaft und Gewerkschaften gemeinsam eine sogenannte 'Dachkampagne' planen. Dieses 'Dach' soll den Akteuren auf dem deutschen Bildungsmarkt ein Werben für sich und ihre Produkte in aller Welt - sozusagen unter einem gemeinsamen Markenzeichen - erleichtern. Ich freue mich darüber, daß das Sekretariat der Konzertierten Aktion beim DAAD angesiedelt ist.

Des weiteren haben wir gemeinsam mit der Hochschulrektorenkonferenz und in Absprache mit unseren Partnern in Politik und Wirtschaft zum 1. Januar ein Konsortium für internationales Hochschulmarketing mit dem Namen GATE Germany gegründet. 'GATE' ist die Abkürzung für "Guide to Academic Training and Education" und soll für möglichst viele internationale Studierende und Wissenschaftler das Tor nach Deutschland öffnen.

Ordentliche Mitglieder dieses Konsortiums können deutsche Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden, die auf internationaler Ebene für ihre Angebote werben wollen. Ihnen bieten wir gegen eine Kostenbeteiligung professionelle Marketing-Leistungen - von Messeteilnahmen und Informationstouren in ausgewählten Zielländern über Schulungsangebote bis zu individuell zugeschnittenen Beratungsleistungen.

Die "Mitgift" des DAAD besteht zum einen in einem internationalen Netzwerk von 13 Außenstellen, 20 Informations- und Beratungszentren, 600 Lektoren und Dozenten sowie 130.000 Alumni. Zum anderen können wir die Erfahrungen und Kompetenzen beisteuern, die wir in den letzten Jahren im in- und ausländischen Marketing erwerben konnten. Inzwischen haben wir im Bildungsmarketing keine Zeit mehr zu verlieren. Ich bin froh darüber, daß wir unsere Erfahrungen nun den Konsortialmitgliedern zur Verfügung stellen können.

Wir erhoffen uns von **GATE Germany** zweierlei: Zum einen sollen sich die Mitgliedshochschulen mit Hilfe der konkreten Werbemaßnahmen besser international platzieren.

Zum anderen soll das Konsortium aber auch ein Forum für den politischen und strategischen Diskurs bieten. Von den Mitgliedern der Konzertierten Aktion erhoffen wir uns dabei wichtige Impulse, die das Gesamtvorhaben weiterbringen.

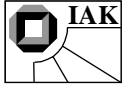
Das BMBF unterstützt das Konsortium sehr großzügig und ermöglicht damit zusammen mit der von ihm finanzierten Dachkampagne eine weltweite gemeinsame Anstrengung aller Beteiligten zur besseren Positionierung deutscher Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Sowohl die Konzertierte Aktion als auch GATE Germany sind auf eine möglichst dichte internationale Präsenz deutscher Beratungsangebote angewiesen. Mit Promotions-touren und Messen allein ist es nicht getan: Ein kontinuierliches Beratungsangebot und die Pflege lokaler Netzwerke bringen nachweislich den größten Erfolg.

Der DAAD ist zwar wie bereits erwähnt weltweit präsent. Darüber hinaus sind aber strategische Allianzen zwischen den verschiedenen Akteuren notwendig, um dieses Netz noch enger zu stricken. Ich nenne zwei Beispiele:

1. Mit dem Goethe-Institut haben wir vereinbart, daß wir an vielen Orten der Welt Büroräume und teilweise auch Infrastruktur für Informations- und Beratungszentren nutzen können, so daß DAAD-Lektoren zusammen mit Ortskräften kontinuierlich Ausländer beraten können, die sich für einen Lehr-, Lern- oder Forschungsaufenthalt in Deutschland interessieren. Der Deutsche Industrie- und Handelstag und der DAAD haben im vergangenen November eine strategische Partnerschaft vereinbart. Mit den vereinten Kräften der Auslandshandelskammern und der DAAD-Büros wollen wir in über 80 Ländern über Studien- und Forschungsmöglichkeiten in Deutschland informieren.
2. Mit der Deutschen Welle online (DW online) hat der DAAD einen Rahmenvertrag abgeschlossen, um ein intelligent geführtes, kundenorientiertes, web-basiertes Informationssystem für Interessierte aus aller Welt am Studien- und Forschungsstandort Deutschland aufzubauen.

Im Hochschulmarketing sind uns bisher die angelsächsischen Länder (USA, GB, Australien) um einiges voraus. Die neuen Initiativen werden - da bin ich zuversichtlich -



die Qualität unserer Ausbildungs- und Forschungsangebote weit besser als bisher herausstreichen.

Es sollte das Ziel unserer gemeinsamen Anstrengungen sein, den besten Köpfen weltweit mit deutschen Hochschulen Studien- und Forschungsmöglichkeiten anbieten zu können, die es an Qualität und Attraktivität mit den besten Angeboten der anderen Hauptzielländer aufnehmen.

Siegmar Mosdorf

„Die digitale Revolution zerlegt das Gemeinwesen in tausend kleine Welten. Diese zu einer neuen Gesellschaft zusammenzufügen - das ist die Kardinalaufgabe, vor die uns die vernetzte Zukunft stellt.“¹

Als Mitte der 80er Jahre Soziologen wie Jürgen Habermas, Niklas Luhmann und Ulrich Beck eine Debatte über gesellschaftliche Prozesse der Individualisierung entfacht hatten, war die New Economy noch ein kleiner Embryo - mit bloßem Auge nur für wenige sichtbar. Heute ist die New Economy dabei, mit allen Wachstumsschmerzen erwachsen zu werden, und hat dabei in einer kaum vorstellbaren Weise Prozesse der Individualisierung katalysiert. Die gesellschaftlichen Kernfragen damals wie heute sind dieselben geblieben, sie stellen sich nur drängender.

Was hält eine Gesellschaft, die dem einzelnen immer mehr Optionen individueller Selbstverantwortung und Lebensgestaltung gibt, eigentlich zusammen? Auf welchem Fundament kann Gemeinwohl entwickelt werden, wenn traditionelle Institutionen des Staates mehr und mehr in eine Legitimitäts- und Finanzierungskrise schlittern? Wie können die traditionellen Gravitationszentren gesellschaftlichen Zusammenhalts wie Vereine, Parteien und Gewerkschaften, aber auch die Familie ihre Integrationskraft und ihre Verankerung behalten? Kurz: Wie kann die zivile Bürgergesellschaft in Zeiten der New Economy und Globalisierung gestaltet werden?

1. Globalisierung, Individualisierung, New Economy

Das sich herausbildende Relief der „Neuen Ökonomie“ zu untersuchen, ist für die Antwort auf diese Fragen unerlässlich, denn die New Economy entsteht durch die erste Revolution, die nicht in akademischen Clubs oder Salons von gesellschaftlichen Eliten ausge-

¹ Heuser, Uwe Jean: Tausend Welten. Die Auflösung der Gesellschaft im digitalen Zeitalter, Berlin 1996.

dacht wurde, sondern sie ist eine „bottom-up revolution“. Durch neue technologische Möglichkeiten wird nicht nur die Wirtschaft verändert, sondern auch unsere Gesellschaft. Dies eröffnet für den Menschen nicht nur als Unternehmer, sondern auch als Arbeitnehmer, Konsument und Kunde mannigfach neue Optionen. Dabei geht es nicht nur um hunderte Zeitschriften und Zeitungen, 500 TV-Kanäle oder 1.000.000 Web-Sites, sondern vielmehr um Bildungs- und Karriereoptionen oder differenzierte Möglichkeiten, die eigene Identität über Habitus, Moden und Stilrichtungen geradezu in einem täglich neuen „window of opportunity“ zu definieren. Die Welt ist für den Menschen im 21. Jahrhundert flexibler, aber auch volatiler und somit unsicherer geworden. Hieraus eröffnen sich Chancen, aber auch das eingangs erwähnte Panorama von Fragen nach Stabilität und Verlässlichkeit, Werten und Institutionen. Zunächst zu den Chancen.

2. Wissen und Talente - das neue Gesicht der Arbeitswelt

Während in der frühen Industriegesellschaft die vom Hunger in die Städte getriebenen Arbeiter Objekte der Wertschöpfung in den Fabriken waren, die einfach nur funktionieren mußten. Während es damals vor 100 Jahren noch keinen Zugang zu Informationen für die Arbeiter gab, sondern ihre „Funktion“ darin bestand, Rädchen im Räderwerk der Fabrikation zu sein, dreht sich das Verhältnis im 21. Jahrhundert.

Informierte, gebildete Menschen werden nun Subjekt moderner Wertschöpfung. Wissen wird zum zentralen Rohstoff der New Economy - und er ist übrigens der einzige Rohstoff, der sich bei Gebrauch auch noch vermehrt. Insofern kann man dem Star der Stockholm School of Economics, Jonas Ridderstrale nur zustimmen, wenn er provokant formuliert: „Marx hatte Recht. Die Arbeiter kontrollieren die Produktionsmittel. Denn das Produktionsmittel der Zukunft ist unser Gehirn. Kreative Köpfe bringen das Kapital zum Tanzen. Unternehmen sind nur erfolgreich, wenn die Leute dort anders denken können. Business as usual ist langweilig. Doch wo es langweilig ist, wollen die guten Leute nicht arbeiten - und die Kunden nichts kaufen.“²

² Ridderstrale, Jonas/ Nordström, Kjell A.: Funky Business. Wie kluge Köpfe das Kapital zum Tanzen bringen, London/München 2000.

Nicht die Landarbeiter also streben in die verheißungsvollen Städte, sondern die Weltkonzerne eröffnen den Wettbewerb um die Talente von morgen, indem sie moderne Laboratorien, industry-solution-labs oder den mechanischen Ateliers aus der Bauhaus-Zeit nachempfundene elektronische Ateliers an den Bildungs-Clustern der Welt eröffnen, um möglichst früh, möglichst nah an den Talenten zu sein, die die Produkte und die Wertschöpfung von morgen erfinden. Denn auch der Bildungs- und Forschungsmarkt wird global. Und deshalb werden nur offene Gesellschaften - und das bedeutet heute weltoffene Gesellschaften - zur Avantgarde gehören.

Künftig werden nur die Unternehmen überleben, die sich in kreative und unkonventionelle Denkfabriken verwandeln. Die durch die Internet-Wirtschaft ausgelösten Veränderungsprozesse führen zu veränderten Unternehmensstrukturen, die auch mit anderen Managementkonzepten verbunden sind. Der Wandel der Arbeitsorganisation von der kolonnenhaften, hierarchischen Arbeitsteilung in Richtung prozeßorientierter, kooperativer Arbeitsformen mit flachen Hierarchien stellt deshalb andere Anforderungen an Wissen und Kompetenzen. Die andauernde Verbreiterung des eigenen Wissens im Sinne eines „lebenslangen Lernens“ wird zum entscheidenden Faktor, denn besonders in technischen Bereichen sinkt die Halbwertszeit des Wissens rapide. Wir werden daher sehr genau differenzieren müssen, was zum Grundstock zukünftigen Wissens gehört und was leicht verderbliche Wissensware ist.

Um Talente an Unternehmen zu binden, reicht heute meist nicht mehr nur eine gute Bezahlung, sondern es geht um die persönliche Entwicklungschance und die Teilhabe. Bei der persönlichen Entwicklung spielt die Weiterbildung eine große Rolle. Viele Weltfirmen gründen deshalb Corporate Universities. In Zusammenarbeit mit traditionellen Universitäten werden so Weiterbildungsangebote auf universitärem Niveau organisiert. Die Teilhabewünsche richten sich nicht nur auf materielle Aspekte. Natürlich werden Aktienoptionen, Stockoptions-Pläne und Vermögensbeteiligungskonzepte an Bedeutung gewinnen. Dieses übrigens umso mehr, je mehr die Altersvorsorge zusätzlicher kapitalgedeckter Anstrengungen bedarf. Ein modern geführtes Unternehmen wird also nicht nur auf eine intakte investor-relation achten, sondern auch gute talent-relations aufbauen. Der shareholdervalue wird übrigens spätestens dann als Maßstab akzeptiert, wenn auch die Mitar-

beiter als stakeholder beteiligt sind. Mitarbeiter werden mehr und mehr Mit-Unternehmer werden.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts gibt es erstmals mehr Aktionäre als Gewerkschaftsmitglieder. Die zum Rheinischen Kapitalismus gehörende Mitbestimmungstradition, die ursprünglich den Kapitaleignern abgerungen wurde und die bis heute von vielen mehr klassenkämpferisch orientierten Gewerkschaften in der ganzen Welt als Kooperativismus und als Co-Management abgelehnt wird, kann auf dem Weg in die neue Wirtschaft durchaus eine Brückenfunktion haben. Denn schon jetzt gleichen sich die Standpunkte der Kapitalvertreter, der Vertreter der leitenden Angestellten und der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat an, wenn es um die Zukunft des Unternehmens geht. Allerdings wird sich die Mitbestimmungskultur unterhalb des Aufsichtsrates ändern. Und das stellt die Gewerkschaften vor enorme neue Herausforderungen.

Die anspruchsvollen, gebildeten und zumeist gut informierten Beschäftigten des 21. Jahrhunderts haben entsprechende Erwartungen an eine qualifizierte, betriebsinterne Interessensvertretung, ohne daß die gemeinsamen Unternehmensziele gefährdet werden.

3. New Society - Die zivile Bürgergesellschaft im 21. Jahrhundert

Die aufgeklärten modernen Arbeitnehmer des 21. Jahrhunderts haben aber noch andere Ansprüche. Sie wollen sich mit ihrem Job, mit ihrem Unternehmen identifizieren. Deshalb steigen auch die Ansprüche nicht nur der Kunden im direkten „people business“, sondern auch die der Gesellschaft an die Unternehmen. Corporate Citizenship ist deshalb ein weiterer wichtiger Baustein für den Erfolg eines Unternehmens in der Neuen Wirtschaft und der Neuen Gesellschaft, für das Wirken eines Unternehmens im öffentlichen Raum. Entscheidend ist aber, daß die New Economy nicht nur Einfluß auf die Bürgergesellschaft hat, sondern auch umgekehrt: Da die Mitarbeiter mehr und mehr zur zentralen Ressource der Unternehmen werden, geht es im Wirtschaftsleben zunehmend um mehr *Teilhabe* und *Mit-Verantwortung*.

Die Generation '21, die unter diesen Bedingungen nach der Ausbildung selbstbewußt ins Arbeitsleben eintritt, hat auch neue Vorstellungen von Lebensstilen und vom Zusam-

menleben in der Gesellschaft. Bei dieser Generation, die beruflich kosmopolitisch sein muß, wird sich wieder eine größere Sehnsucht nach Verortung entwickeln. Das wird sich in heimatlicher Verwurzelung und - davon bin ich überzeugt - in der *Renaissance der Familie neuen Typs* abbilden.

Diese Generation wird anders als die „Generation Golf“ (F. Illies) wertkonservativ, aber nicht strukturkonservativ sein. Sie wird die Ich-Bezogenheit und das „Selbstbewußtsein ohne Bewußtsein“ (Achternbusch) der Postmoderne hinter sich lassen und pragmatisch für Werte eintreten. Es wird eine Generation sein, die von der Plausibilität der Marktwirtschaft nicht erst überzeugt werden muß, die aber keine Marktgesellschaft will. Sie wird fragen, wie „der flexible Mensch“ (R. Sennett) trotzdem noch gemeinschaftsfähig bleibt.

Diese Generation wird fragen, ob ein Staat mit 50 % Staatsquote noch zeitgemäß ist. Sie will keinen Rückfall in den Nachtwächterstaat, sondern einen leistungsfähigen und zur Not auch starken Ordnungsstaat, der aber nur noch das macht, was er besser kann als Private. Das heißt: die Staatsquote runter auf 40 %, die Selbstständigenquote rauf auf 15 %.

Und diese Generation wird ein neues an Fairneß orientiertes Gerechtigkeitsverständnis haben, sie wird eine neue Balance zwischen Leistung und Gerechtigkeit suchen. In der von ihnen gewünschten „zivilen Bürgergesellschaft“ besteht Klarheit darüber, daß mehr Staat nicht das beste Mittel für mehr Gerechtigkeit ist“ (Gerhard Schröder).³

Der Satz von Kennedy: „Frag nicht, was die Gesellschaft für dich tun kann, frag, was du für die Gesellschaft tun kannst“ wird eine Renaissance erfahren. Nicht unbedingt im Sinne von Olasky, dem Chefdenker der neuen republikanischen Mehrheit von George W. Bush in den USA, der von einer neuen Zeit des „compassionate conservatism“ spricht, sondern eher im Sinne von Fairneß, von einem freiheitlich-liberalen Kommunitarismus. Formen neuer sozialer Verantwortung, die nicht gebunden ist an traditionelle Institutionen, gibt es etwa in „Volunteers“-Netzwerken, die mittlerweile in vielen Kommunen entstehen, wo sich Bürger ehrenamtlich um alte und kranke Menschen innerhalb des Gemein-

³ Schröder, Gerhard: Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 4/2000.

wesens kümmern. Diese neuen Formen der Bürgerarbeit lassen neue Netzwerke entstehen.

Das lose verbundene Netzwerk wird dabei zu einem zentralen Organisationsprinzip der „zivilen Bürgergesellschaft“. Verbindungen oder, um in der New-Economy-Sprache zu bleiben, „links“ zu diesen Netzwerken herzustellen und somit selbst Teil dieser Netzwerke zu werden, wird eine wichtige Aufgabe für Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften. Insofern ist der Weg von der „Organisations- zur Netzwerkpartei“ ein richtiger Ansatz.⁴

Die technologische Revolution, die die New Economy hervorgebracht hat, wird also auch zum Epizentrum der langsamen aber nachhaltigen Veränderung unserer Gesellschaft, deren Organisationen und Institutionen. Zunächst vor allem für eine allerdings wachsende Generation '21. Das gesellschaftspolitische Libretto des 21. Jahrhunderts heißt Freiheit und Selbständigkeit, mehr Subsidiarität, ein anderer Staat, aber auch Fairneß, Teilhabe und Verantwortung.

Globalisierung, Individualisierung, Ökonomisierung und Digitalisierung werden dabei begleitet werden von der Herausbildung neuer Gemeinschaft. „Wenn eine sozialkreative Entwicklung erst einmal sichtbar wird, nimmt das Unbehagen über die unsicheren Zustände ab. Dann weicht der Druck, auf jeden neuen Reiz am Markt reagieren zu müssen. Dem ökonomischen folgt dann - *best case scenario* - der gemeinschaftliche Aufbruch.“⁵ Insofern braucht die New Economy jetzt auch die New Society und so etwas wie „Sicherheit im Wandel“ - oder wie Herbert Grönemeyer es in einem Paradox ausdrückt: „Bleibt alles anders?“

⁴ Machnig, Matthias: Von der Organisations- zur Netzwerkpartei, in: Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 10/2000.

⁵ Heuser, Uwe Jean: Der verlockende Markt. Die Menschen wollen den ökonomischen Fortschritt - und fürchten die ökonomisierte Gesellschaft, in: DIE ZEIT vom 4. 1. 2001.

Dagmar Schipanski

Über die Definition von Wissensgesellschaft ist schon viel philosophiert worden. Ich möchte mich nicht in die Reihe derer einordnen, die sich in der Definition versuchen, aber ich möchte sie kurz schlaglichtartig beleuchten:

- Alle 5 - 7 Jahre verdoppelt sich das weltweit verfügbare Wissen.
- Jeden Tag erscheinen mehr als 20.000 wissenschaftliche Publikationen.
- Es arbeiten zur Zeit so viele Wissenschaftler auf der Welt wie die Anzahl der Wissenschaftler der letzten 2000 Jahre zusammengenommen.
- Wissen ist weltweit verfügbar und abrufbar im Internet.
- Die Raum-Zeit-Dimension ist damit aufgelöst.

Das zuletzt genannte Charakteristikum der Wissensgesellschaft schlägt die Brücke zum weiteren beherrschenden Aspekt unserer Zeit: der Globalisierung. In einer Broschüre zum Thema Globalisierung, die vom Rat für Forschung, Technologie und Innovation der letzten Bundesregierung, dessen Mitglied ich war, erarbeitet wurde, heißt es:

„Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft ist Konsequenz eines andauernden Integrationsprozesses der Weltmärkte zu einem Weltbinnenmarkt. Globalisierung bedeutet dabei internationale Arbeitsteilung, Wettbewerbsfähigkeit nationaler Systeme und Standortoptimierung.“

„Kompetenz in diesem Prozeß bedeutet Wissen, Erfahrung und Urteilskraft für die verschiedenen Bereiche in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Gesellschaft.“

In der globalisierten Wissensgesellschaft sind Bildung und Wissen das entscheidende Kapital für unsere Zukunft. Sie entscheiden über die Chancen des einzelnen und das Potential der Volkswirtschaft. In dieser Gesellschaft, deren wirtschaftliche Entwicklung entscheidend von der Produktion neuen Wissens und dessen Weitergabe abhängt, müssen Wissenschaft und Forschung den ihnen gebührenden Platz einnehmen.

Die Frage, die uns heute beschäftigt, lautet: „Hat die Gesellschaft verinnerlicht, daß Bildung unser wichtigstes Kapital ist?“

Als Politikerin und Wissenschaftlerin muß ich diese Frage leider verneinen. Mein Eindruck ist, daß noch nicht alle erkannt haben, daß die neue Wissens- und Informationsgesellschaft direkt auf Bildung und Forschung basiert. Dies läßt sich an den Ausgaben für Bildung und Forschung belegen. Als eine der führenden Industrienationen in Europa gibt Deutschland für seine Bildung prozentual nur soviel aus wie auch ärmere Länder wie Tschechien oder Polen, nämlich 5 - 6 % des Bruttoinlandprodukts. Österreich, Dänemark, Finnland, die Schweiz und die USA wenden bis zu 7 % auf, Korea sogar 7 - 8 %.

Auch bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung belegt die Bundesrepublik laut OECD Studie keinen Spitzenplatz. Wir brauchen wesentlich mehr staatliche und private Gelder, um an den Hochschulen eine exzellente Ausbildung anzubieten und in möglichst vielen Bereichen der Wissenschaft Weltspitze zu sein. Dazu benötigen wir auch neue Finanzierungsmodelle!

Bislang werden die Hochschulen für Versäumnisse verantwortlich gemacht - wie zuletzt bei der Diskussion um die fehlenden Fachkräfte in der Informatikbranche - die sie jedoch gar nicht zu verantworten haben. Wenn Technik und Naturwissenschaften in der Gesellschaft nicht den entsprechenden Stellenwert einnehmen, dann ist es nicht verwunderlich, daß Abiturienten diese Studienfächer selten wählen! So kommen auf 100.000 Beschäftigte in der Bundesrepublik gerade 1040 graduierte Ingenieure, Natur- und Biowissenschaftler. In Finnland und Frankreich sind es doppelt so viele!

Doch dem deutschen Hochschulsystem wird nicht nur vorgeworfen, am Bedarf und am Markt vorbei auszubilden. Es heißt auch, die Ausbildung sei zu theorielastig, Ausbildungszeiten seien zu lang, die Absolventen zu alt und dadurch weniger flexibel als ihre europäischen Konkurrenten.

Diese Vorwürfe sind pauschal und undifferenziert, und ich möchte sie entkräften vor allem im Hinblick auf die Ausbildungsstätten in den neuen Bundesländern. Als dort im Jahr 1990 das gesellschaftliche System zusammenbrach, bedeutete das gleichzeitig auch

den Untergang der industriellen Strukturen. Mit Schrecken mußten wir feststellen, daß wir fast über Nacht zu einem de-industrialisierten Land geworden waren.

Die Überleitung des Hochschulsystems der DDR in die bestehende Struktur der Bundesrepublik wurde durch den Wissenschaftsrat, die DFG und die Hochschulen aufmerksam vorbereitet und geplant, wenngleich der Zeitdruck enorm war. Die Umgestaltung zielte auf eine klare Profilbildung der Hochschulen in den neuen Ländern. Dementsprechend haben wir unsere Hochschulen umgestaltet, Bewährtes erhalten und Neues eingeführt. Wir haben Fachhochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gegründet. Fachhochschulen und Universitäten haben durch Schwerpunktbildung ein eigenes Profil erhalten. Darüber hinaus haben wir neue, innovative Studiengänge eingeführt, wie z. B. die Medienstudiengänge. Das Studium ist in den naturwissenschaftlichen und technischen Disziplinen praxisnah ausgerichtet und straff organisiert. In der Regelstudienzeit schließen 95 % aller Studenten ihr Studium ab. Nach nur zwölfjährigem Abitur sind unsere Absolventen damit 23 oder 24 Jahre alt. Sie haben also genau das Alter, daß sich die Wirtschaft für ihren Nachwuchs wünscht.

Noch sind aber auch wir nicht am Ziel angekommen. Um die Leistungsfähigkeit der Universitäten zu stärken, muß noch einiges geschehen. Neben deregulierenden Maßnahmen und der Übertragung von Entscheidungskompetenzen auf die Hochschulen denke ich an neue Formen effizienter Hochschulorganisation, die zur Probe eingeführt werden sollten. In die Hochschulräte müssen Vertreter der Industrie eingebunden werden. Dadurch können wir die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessern.

An den Hochschulen brauchen wir eine kreative Mischung aus wissenschaftlichem Nachwuchs und bewährten Professoren, die hinderliche Fakultätsstrukturen, auch im Denken der Universitätsangehörigen, überwinden können.

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft haben große Anstrengungen unternommen, um Existenzgründungen im Bereich neuer Technologien zu fördern. Studierende technischer oder naturwissenschaftlicher Fächer müssen schon während des Studiums die Möglichkeit erhalten, betriebswirtschaftliche Kenntnisse und fundiertes Wissen über die Grundlagen der Unternehmensführung zu erwerben.

Die Friedrich-Schiller-Universität in Jena bietet zum Beispiel eine ganze Fülle fächer- und fakultätsübergreifender Initiativen an, die dazu beitragen, den Studierenden die Kultur unternehmerischer Selbständigkeit nahe zu bringen. Das reicht von der Ferienakademie zum Gründungsmanagement über Einführungskurse zur Selbständigkeit bis zu Projektwochen zur Erarbeitung von Businessplänen. Darüber hinaus besitzen wir mit der vom Bund prämierten Initiative GET-UP ein ausgezeichnetes Instrumentarium, um Unternehmensgründern in der schwierigen Startphase mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Allein die Veränderungen in der Hochschullandschaft machen die Bundesrepublik noch nicht fit für den globalen Markt, denn die benötigten Kompetenzen können immer weniger durch einzelne Akteure bereitgestellt werden.

Was wir brauchen, das sind Netzwerkstrukturen zwischen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Politik, wobei der Wirtschaft und der Wissenschaft zentrale Rollen zukommen, in die die Politik mit ihren Entscheidungen eingebunden sein muß. Die enge Kooperation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik ist ein entscheidender Punkt, um auch zukünftig auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein und entsprechend agieren zu können.

Im Zusammenhang mit den neuen Problemstellungen gewinnen die sogenannten Kompetenzcluster eine besondere Bedeutung. Gemeint sind Netzwerke aus Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie Unternehmen mit hohem Kreativitätspotential und Wertschöpfung. Die Hochschuleinrichtungen bilden das Kernstück dieser Cluster, weil sie den Nachwuchs und die Fachkräfte für die Regionen ausbilden und zugleich Stätten der Einheit von Forschung und Lehre darstellen. Das Besondere dieser Cluster ist ihre Interdisziplinarität.

Gerade die Verknüpfung unterschiedlicher disziplinärer Kompetenzen macht ein hohes Innovationspotential aus. Kompetenzcluster dieser Art konzentrieren sich oftmals auf bestimmte Produkt- und Technologiebereiche. Wesentlich ist, daß sie alle Unternehmensbereiche umfassen, also Forschung und Entwicklung, Produktion, Vermarktung bis auf die Zulieferstrukturen. Sie sollten in der Regel international vernetzt sein, in dem sie international verfügbares Wissen für Lösungsstrategien nutzbar machen. Im Vordergrund steht

die Suche nach bedarfsgerechten Lösungsstrategien, die sich an konkreten Erfordernissen, nicht zuletzt des Marktes, orientieren.

Die hohe Attraktivität von Kompetenzclustern zeigt das Beispiel Silicon Valley in den USA für die Informations- und Kommunikationstechnologie, aber auch der Aachener Raum für physikalische Technologien, das Gebiet Karlsruhe/Straßburg für Nanotechnologien, die Region München/Martinsried für die Biotechnologie oder, um ein Beispiel aus den neuen Ländern zu nennen, auch die Region Jena, die zu einem Kompetenzcluster im Bereich Bio- und Software-Technologie geworden ist.

Eine zentrale Aufgabe einer zukunftsorientierten Standortpolitik für die Bundesrepublik und die Regionen ist somit die Herstellung der notwendigen innovationsfördernden Rahmenbedingungen für derartige Kompetenzcluster. Vor diesem Hintergrund ist eine umfassende Modernisierungsoffensive erforderlich, die nicht nur die Ausbildung betrifft, sondern sich auch auf andere gesellschaftliche Bereiche erstreckt und das Ziel verfolgt, die Problemlösungsmechanismen und die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft und ihrer Teilsysteme zu verbessern.

Dabei muß deutlich werden, daß eine Weiterentwicklung bzw. Optimierung des Bildungs- und Beschäftigungssystems allein nicht ausreicht, um die Herausforderung von Globalisierung und Wissensgesellschaft wirkungsvoll zu beantworten. Allein auf Veränderungen in diesen Bereichen zu setzen, würde das Bildungs- und Beschäftigungssystem überfordern.

Erforderlich ist vielmehr eine grundsätzliche Neuorientierung, allerdings auch ein Grundverständnis, das nicht vorschnell wettbewerbsbewährte Grundlagen und Erfolge unseres Bildungs- und Beschäftigungssystems in Frage stellt, sondern die vorhandenen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten in innovativer Weise erkennt und ausschöpft. Notwendig ist ein verändertes gesellschaftliches Bewußtsein, das den zu beobachtenden Wandel als neue Chance begreift. Hier liegt für mich ein guter Ansatzpunkt: Der Wandel ist eine Chance und keine Bedrohung.

Zum heute diskutierten Thema gehören für mich drei Dinge:

1. Wissen
2. Sprachen
3. Flexibilität

1. Wissen

Das Grundwissen ist die Basis, das Gerüst, welches uns Halt gibt, die Plattform, die wir uns selbst schaffen und auf der wir stehen.

Ich bin Diplom-Ingenieurin der Elektrotechnik mit dem Vertiefungsgebiet Hochspannungstechnik sowie Diplom-Gewerbelehrerin in den Fächern Elektrotechnik und Physik. Das Grund- und Hauptstudium habe ich hier an der Technischen Hochschule an der Fakultät für Elektrotechnik und der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften in Karlsruhe abgelegt. Meine Diplomarbeit habe ich dank der Auslandskontakte und der europäischen Förderprogramme, welche an der Universität Karlsruhe angeboten wurden, sowie einem Stipendium der Firma Schlumberger an der Königlich Technischen Hochschule in Stockholm geschrieben, welche später mit dem Europäischen Hochschulpreis ausgezeichnet wurde. Nach dem Abschluß meines Doppelstudiengangs habe ich mich dann der Herausforderung Industrie gestellt und mich für einen globalen Konzern entschieden, welcher in über 100 Ländern vertreten ist.

Mein Arbeitgeber mißt nicht das Anlagekapital, sondern die Brainpower. Mit 160.000 Mitarbeitern sind das 12,8 Mio. Kg BRAIN Power. Knowledge Management ist unser Warenkapital. Im Mittelpunkt stehen dabei nicht etwa die Fabrik oder das Produkt, sondern der Kunde.

“Made in Germany” ist für mich eher eine Bezeichnung von gestern. “Made by ABB”, “Made by Mercedes” oder einen anderen Firmennamen ist häufig zutreffender, da die Produkte oft aus Teilen zusammengesetzt sind, die in verschiedenen Staaten gefertigt werden. Ich assoziiere mit “Made in Germany” hohe Qualität und hohe Preise. Und das ruft einen

Widerspruch in mir hervor, wenn ich mir die Frage stelle, ob Deutschland für den globalen Markt fit ist.

Unter globalen Wettbewerbsbedingungen sind an einem Industriestandort wie Deutschland vor allem solche Arbeitsplätze gefährdet, für die schon einfache Qualifikationen ausreichen. Gefragt sind dagegen ein hohes internationales Ausbildungsniveau und innovative Fähigkeiten, die zudem weltweit eingesetzt werden können.

Die Universitäten tragen dabei ein hohes Maß an Verantwortung. Sie müssen sich genauso wie eine Firma im globalen Markt mit den steigenden Anforderungen und der Konkurrenz messen und sich somit dem internationalen Wettbewerb aussetzen. Die Übermittlung von Sozial- und Führungskompetenz sehe ich neben der Übermittlung von Fachkompetenz entscheidend.

2. Sprache

Globalisierung erfordert internationale Orientierung. Die Sprache steht dabei im Zentrum. Ich möchte die Sprachen in drei Gruppen klassifizieren:

Moderne Kommunikationsmittel, Computer und Internet erfordern die **Computersprache**. Dabei handelt es sich nicht nur um Programmiersprachen, sondern auch um das Verständnis der Begriffe, die das Internet- Zeitalter geprägt hat.

Der globale Markt verlangt nach einer Sprache, mit der wir uns weltweit verständigen können. Heute ist die Kenntnis von **Fremdsprachen** Grundvoraussetzung.

Meine erste Fremdsprache ist Englisch und gleichzeitig auch die Firmensprache, welche in unserem Konzern oft als “broken English” bezeichnet wird. Die Woche über denke, spreche und schreibe ich zu 80 % alles in englischer Sprache. Manchmal träume ich sogar in Englisch. Neben Englisch spreche ich außerdem Französisch und Schwedisch.

Das persönliche Kulturgut wird jedoch durch und in der **Muttersprache** überliefert. Jeder Mensch braucht ein Mittelpunkt in bezug auf Sprache, Heimat und Kultur.

Lokale Eigenarten sind das Salz in der Suppe. Das soll uns jedoch nicht daran hindern, über den eigenen Tellerrand hinwegzuschauen – im Gegenteil. Meine Muttersprache

macht mich frei und gibt mir Kraft, da ich stark mit meinem Elternhaus verwurzelt bin. Durch meinen allemannischen Dialekt fühle ich mich übrigens an meinem Arbeitsstandort in der Schweiz durchweg nicht als Ausländerin.

3. Flexibilität

Innovationen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie haben die Öffnung der Märkte sprunghaft beschleunigt. Sie haben es möglich gemacht, die Welt mit einem Kommunikationsnetz zu überspannen, das nahezu jeden Punkt der Erde in Bruchteilen von Sekunden erreichbar werden läßt.

Als ich für den technischen Verkauf von Hochspannungsschaltanlagen in China zuständig war, habe ich mich tagtäglich auf diese Informations- und Kommunikationsquelle stützen können. Die Zeitverschiebung hat zu unseren Geschäftsabschlüssen nur positiv beigetragen. Die dezentrale Organisation unseres Unternehmens ist dabei von großem Vorteil. Unsere lokale Präsenz ermöglicht einen guten Kundenkontakt und hervorragende Marktkenntnisse. Dies alles ist eingeflochten in unserer globalen Organisation.

Für mich ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Arbeit den Wohnort bestimmt und nicht umgekehrt. Ich war als Projektleiterin über ein halbes Jahr bei unserem Kunden in Australien. Flexibilität heißt Mobilität, Verzicht auf Gewohntes, Kompromißbereitschaft, viel Neues zu entdecken, Weltoffenheit und unbegrenzte Chancen. Meine Erfahrung zeigt mir, daß Männer oft sehr flexibel sind. Frauen müssen dazulernen. Wenn ich nicht auch als Frau flexibel bin, habe ich begrenzte Möglichkeiten.

Wir dürfen uns nicht beklagen und selbst bemitleiden, sondern wir müssen uns den Weg freimachen und die Chancen ergreifen. Ich habe es mir stets zur Aufgabe gemacht, die mir gestellten Probleme zu lösen, anstatt ihnen aus dem Weg zu gehen oder gar nur über diese zu diskutieren.

Flexibilität im globalen Markt fordert das Verständnis und den Umgang mit anderen Kulturen. Sozialkompetenz ist gefragt. Bei einem Großprojekt in Australien haben wir beim Bau einer Hochspannungsfreileitung Rücksicht auf die sacred sites der Aborigines genommen und unsere Trasse verschoben, obwohl wir das "right of way" hatten. Ich habe

aus diesen Erfahrungen persönlich viel profitiert. Wenn man andere Kulturen schätzen kann, gewinnt die eigene Kultur noch mehr an Wert.

Flexibilität ermöglicht den Umgang mit völlig neuen, unvorhergesehenen Situationen, d. h. Probleme anzupacken und schnell Lösungen umzusetzen. Teamarbeit ist dabei Grundvoraussetzung und der Schlüssel zum Erfolg. Ein gesunder Ehrgeiz ist dabei notwendig.

Flexibilität setzt keine Grenzen, sondern fordert die Bereitschaft einen Sprung zu wagen, ja sogar Risiken einzugehen. Eine Veränderung in kleinen Schritten ist der größte Feind von Innovation. Dies habe ich mir zur Grundregel meiner heutigen Verantwortung im globalen Produkte Portfolio Management gemacht. Durch Flexibilität wurde mir bewußt, daß sich immer mehr Türen und Chancen öffnen.

4. Schluß

Zwei Dinge möchte ich kritisch anmerken, die sich ändern müssen:

Gestern surfte ich im Internet und bin dabei auf der Homepage der Universität Karlsruhe gelandet. Ich habe mit Freuden festgestellt, daß die Homepage auch in englischer Sprache zur Verfügung steht und daß die Uni KA den englischsprachigen Studiengang in zwei der rund 40 Studiengänge ab Herbst aufnehmen wird. Wissen und Wissensvermittlung reichen jedoch nicht aus. Die Uni KA präsentiert sich fast ausschließlich in deutscher Sprache. Informationen, Anmeldeformulare für Sprachkurse in Deutsch und viele Links sind in deutscher Sprache erfaßt. Ich gehe davon aus, daß die Universität die Chance ergreift und sich in naher Zukunft wirklich international präsentiert.

Dasselbe gilt übrigens auch für Diplom- und Doktorarbeiten, welche fast ausschließlich in deutscher Sprache verfaßt werden. Da muß ein Umdenken stattfinden, damit wir in Zukunft unsere wissenschaftlichen Werke auch in den Regalen von renommierten Universitäten in den USA vorfinden. Es ist die Sprache, über die vermittelt werden muß.

Wenn Deutschland fit sein will für den globalen Markt, dann empfehle ich eine internationale flache Unternehmensstruktur, die hierarchische Traditionen und bürokratische

Barrieren aufbricht und jeden verantwortlich macht für das, was er tut, aber auch für das, was er nicht tut.

Arbeiten übertragen heißt Verantwortung übertragen. Mit der Verantwortung kommt die Macht. Ich glaube an eine dezentralisierte Macht. Ich persönlich wünsche mir in Deutschland mehr Toleranz und Akzeptanz, mehr Freundlichkeit und weniger Arroganz. Chancengleichheit zwischen deutschen Staatsangehörigen und anderen Nationalitäten, zwischen Jung und Alt und zwischen Mann und Frau. Nicht die Gleichartigkeit, sondern die Gleichwertigkeit ist dabei entscheidend.

Vor kurzem wurde mir von einem deutschen Top Manager die Frage gestellt, wie ich mit der Situation zurecht komme, daß ich zwei Minderheiten angehöre. Ich sei ja in der Schweiz Ausländerin und Frau! Diese Frage, meine Damen und Herren, habe ich mir als Diplom-Elektroingenieurin eines globalen Konzerns im Ausland selbst noch nie gestellt.

Deutschland - der diplomatische Blick von außen

Wo liegt Deutschland? Wo steht Deutschland? Diese Fragen beschäftigen nicht nur Deutsche. Die Vereinigten Staaten von Amerika, im Bekenntnis als „europäische Macht,“ blicken mit Interesse, mit Hoffnung und gelegentlich mit etwas Besorgnis auf Deutschland. Aus amerikanischer Sicht brachte das letzte Jahrzehnt sehr viel für Europa und noch viel mehr für Deutschland. Deutschland liegt für Amerika mitten in einem immer größer werdenden Europa - in einer immer kleiner werdenden Welt. Deutschland steht da, so meinen viele Amerikaner, als wichtiger, aber immer noch unvollkommener „*global player*“, der sowohl mehr Verantwortung übernehmen als auch Musterschüler der westlichen Gemeinschaft bleiben soll.

Ein „diplomatischer“ Blick von außen sollte freilich mehr bieten als nur Höflichkeiten. Diplomatie, konstruktiv gesehen, bedeutet den Versuch, die eigenen Interessen so zu definieren, daß sie auch im Interesse der anderen sind. Für Amerika ist Diplomatie mit Deutschland primär die Suche nach einer *Win-Win-World*, nach Symbiose und Synergie in der Wahrnehmung der neuen Möglichkeiten unserer Zeit, in der Abwendung der neuen Gefahren.

Die Ansichten Deutschlands und Amerikas über einander und über die weitere Welt stimmen weitgehend überein. Natürlich gibt es auch Differenzen und Kritik, aber im Kontext einer grundlegenden Zuversicht, daß Interessenkonflikte durch Kompromisse beglichen werden können.

Die Art, wie Deutschland in Europa und der Welt seine Interessen verfolgt, ist allerdings im Wandel. So auch der Blick von außen. Manche kritischen Europäer machen sich Sorgen über eine neue deutsche Sonderrolle. Sie sehen in Deutschland einen unangenehmen Super-Europäer. Einige beschreiben Deutschlands Verhalten sogar als eine neue Form des Imperialismus, eine Arroganz der Macht.

Sieht sich Deutschland als ein Modell für ganz Europa? Was ist das denn mit der Leitkultur? Werden die Lehren der Geschichte über Bord geworfen? Diese Fragen schleichen sich immer wieder in die internationale Diskussion hinein.

Diese Sorge kursiert allerdings viel seltener in Washington als in den europäischen Hauptstädten. Amerika macht sich mehr Sorgen über deutsche Ohnmacht als Übermacht. Für Washington ist die Diskussion über die Arroganz der Macht gewiß nicht fremd. Amerikaner wissen aus ureigener Erfahrung, daß einflußreiche Staaten oft vor solcher Kritik stehen.

Großmächte, so hören Amerikaner oft, reden von gemeinsamen Interessen, definieren sie aber nach eigenem Maß. Ihre eigenen Ordnungsvorstellungen wollen sie den anderen allzu oft aufoktroyieren. Allerdings wird mancher Großmacht genauso oft vorgeworfen, sie übernehme keine Verantwortung, setze ihre Macht (und ihre Führungsfähigkeit) gar nicht ein. Wo war Amerika, wo war Deutschland, Anfang der neunziger Jahre als Bosnien brannte, als in Ruanda 800.000 Menschen ihr Leben verloren?

Amerika kennt diese Ambivalenz der Außenwelt gegenüber seiner Macht. Amerika versteht auch etwas von der Ambivalenz der Europäer gegenüber deutscher Macht, will aber trotzdem Deutschland in einer partnerschaftlichen Führungsrolle mit den Vereinigten Staaten sehen.

Internationale Zusammenarbeit, meinen manche Amerikaner, braucht auch internationale Führung - und Führung heißt oft die Fähigkeit, den ersten Schritt zu machen, in der Hoffnung, die anderen werden folgen. In anderen Worten, Multilateralismus braucht oft den Katalysator des Unilateralismus. Deutschlands neues Selbstbewußtsein ist Amerika daher nicht ganz fremd. Amerika wird erwarten, daß Deutschland mehr für die transatlantische Lastenteilung tut, indem es auch die anderen Europäer dazu motiviert.

Ein starkes Europa - im Gegensatz zu einem starken Deutschland - sieht Amerika allerdings mit gemischten Gefühlen, denn die Kehrseite der Lastenteilung ist die Teilung der Macht. Und keiner teilt so gerne seine Macht. Der Gedanke einer „Großmacht Europa“ wird daher in den Vereinigten Staaten mit etwas Skepsis gesehen.

Die amerikanische Diskussion über Deutschland beschäftigt sich auch mit der Frage, ob Deutschland veränderungsfähig ist. Man fragt sich, ob die deutsche Konsensgesellschaft zu einem Rezept für Stillstand geworden ist. Kann Deutschland sich reformieren, die Technologien der Informationsrevolution aufnehmen, die gesellschaftlichen Risiken

der neuen Selbständigkeit akzeptieren? Dies sind die Fragen, die heute in den Vereinigten Staaten zu hören sind. Vor zehn Jahren war dies ganz anders. Damals herrschte eine Untergangsstimmung, der „*declinism*“, in den USA. Anfang der neunziger Jahre hielten die Amerikaner das europäische, auch ganz konkret das deutsche Modell, in sehr hoher Achtung. Findet Deutschland seine Nische in der globalen Informationswirtschaft, greifen die Schröder'schen Reformen, wächst die europäische Wirtschaft schneller als die amerikanische, könnten die USA schnell wieder von Deutschland lernen wollen.

Die amerikanische Deutschland-Diskussion ist natürlich nicht einheitlich. Ein Spektrum der Meinungen, oft nach Generationen aufgefächert, ist durchaus erkennbar. Erste persönliche Eindrücke über Deutschland bleiben prägend: die Austauschstudenten von heute (die in immer größeren Zahlen in Europa studieren) nehmen ein anderes Bild mit nach Hause, als die GIs der Nachkriegsjahre oder die 68er der Brandt-Ära.

In der amerikanischen Politikwissenschaft hat sich auch eine Diskussion über Deutschlands internationale Orientierung fortgesetzt. Oft war dies ein Streit zwischen Vertretern der verschiedenen Schulen der internationalen Politik. Die der realistischen Schule meinten, das internationale Umfeld sei für das Verhalten von Staaten das entscheidende, und der Erhalt oder Erwerb von Macht sei das Motiv staatlichen Handelns. Früher oder später, meinten diese „Realisten“, wird Deutschland seine eigene Machtposition (auch auf Kosten der Integration) ausbauen wollen. Manche sahen sogar deutsche Kernwaffen am Ende dieses Wegs.

Auf der anderen Seite stand die liberale Schule der Strukturalisten und Konstruktivisten, die der Meinung waren, die innenpolitische Konstitution eines Staates sei das entscheidende, wenn es um internationales Auftreten geht. Deutschlands politische Institutionen (so die Strukturalisten) und Deutschlands politische Kultur (so die Konstruktivisten) seien viel wichtiger als das internationale Umfeld, meinten diese „Liberalen.“ Aus Deutschlands Innenpolitik sei nach liberaler Denkweise zu erkennen, daß auch die Berliner Republik eine Politik der Integration und Selbsteinschränkung verfolgen werde.

In der amerikanischen Europa-Politik der Clinton-Jahre dominierte die liberale Perspektive. Amerika suchte in Deutschland einen globalen Partner. Es tat dies im grundle-

genden Vertrauen gegenüber Deutschland - Deutschland als stabile Demokratie mit ähnlichen außenpolitischen Interessen: atlantische Gemeinschaft, europäische Integration, internationaler Frieden und Sicherheit. Es ist auch kaum zu erwarten, daß dies unter der Regierung Bush anders sein wird. Der realistische Ansatz, mit seiner Sorge um Machtverhältnisse und relative Sicherheit, ist der amerikanischen Europapolitik jedoch nicht völlig fremd. Die NATO-Osterweiterung war, nach Washingtoner Lesart, auch deshalb zu gewinnen, weil Deutschlands Sicherheit durch die „Eingebundenheit“ seiner östlichen Nachbarn, vor allem Polen, gestärkt würde. Ein unsicheres Deutschland sei weder für Europa noch für Amerika zu wünschen, so diese Meinung.

Die neue amerikanische Regierung unter Präsident George Bush wird auch von Deutschland eine größere internationale Rolle erwarten - wegen Deutschlands Macht, aber auch wegen seiner inneren Konstitution. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß die Außenpolitik unter George Bush höhere Priorität als unter seinem Vorgänger genießen wird. Die Bush-Administration wird allerdings auch hartnäckiger in der Verfolgung eines, so Bush, „eindeutig amerikanischen Internationalismus“ sein. Sie wird Deutschland weiterhin an seinen innenpolitischen Entwicklungen messen. Die neue Regierung wird aber den Maßstab des internationalen Engagements mehr in den Mittelpunkt rücken. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung steht Deutschland immer noch im internationalen Rampenlicht und vor zunehmenden Erwartungen seiner amerikanischen Partner.

Wo liegt Deutschland?

Es liegen dem außenstehenden Beobachter, der die Frage nach dem „Was es heißt, Deutscher zu sein“ zu beantworten versucht, drei bedeutende Aspekte vor.

1. Eine historische Feststellung : die Identität läßt sich territorialisieren, da alle Deutschen fortan in Deutschland leben

Der Zusammenschluß der Deutschen in einem wiedervereinigten Deutschland von 1990 ist eines der wichtigsten politischen Ereignisse Europas. Es sind 15 Millionen deutsche Bürger innerhalb der letzten 50 Jahre zurückgekehrt, jedoch mehr als 2,5 Millionen in den Jahren ab 1990. Jene Deutschen, die innerhalb der europäischen oder kaukasischen Nationen verstreut waren, sind zurückgekehrt: 1,5 Millionen zwischen 1988 und 1992, d. h. ebensoviele wie zwischen den Jahren 1950 und 1987 oder noch zehnmal mehr pro Jahr als in den Vorjahren der Wiedervereinigung. Die Hälfte stammt aus Polen, ein Viertel aus Rußland, der verbleibende Rest aus den anderen Ländern Zentraleuropas. Es gibt in Europa keine deutschen Minderheiten mehr, die durch Sehnsüchte nach einem Reich wiedervereinigt werden könnten.

Der Fall der Mauer veränderte die Beziehung, die die Deutschen zu ihrem Land unterhielten: das „Vaterland“ beschränkte sich auf die Grenzen des Bundes (Es ist nicht mehr das Deutschland von 1937.). Der Begriff „Heimat“ hat sich verstärkt: die lokale Verankerung, im engsten Sinne des Wortes, die Gemeinschaft der unmittelbaren Nachbarschaft. Deutscher zu sein bedeutet, in Deutschland zu leben, es ist eine Revolution im Vergleich zur vererbten traditionellen Auffassung von Fichte und Mann, die im Begriff der „Kultur-Nation“ überliefert und durch die Regeln der „Blutsverwandtschaft“ organisiert ist.

Es ist jedoch eine Quelle großer Konfusion, da die kulturelle Verschiedenheit zwischen den „neuen Deutschen“ und den „aus Deutschland direkt stammenden Deutschen“ noch nie so stark ausgeprägt war. Auf die alten deutschen Kulturböden wird kein Anspruch

mehr erhoben, jedoch werden die dort lebenden Menschen nicht vergessen : 400.000 Ausiedler pro Jahr in den Jahren 1990 - 1993, 100.000 bis 150.000 in den Jahren 1993 - 1999.

Der begrenzte Raum und der demographische Druck sind auf die Gesamtheit des Territoriums verteilt. Der demographische Druck ist durch Auswanderung aus dem Osten Deutschlands erhöht: 10 % der Bevölkerung, sprich 1,7 Millionen Menschen. Die Auswanderung erschwert allerorts die Verschmelzung: in Frankreich leben 60 % der Bevölkerung auf 12 % eines Territoriums von 550.000 km²; in Deutschland leben 50 % der Bevölkerung auf 40 % eines Territoriums von 350.000 km², die drei meistbevölkerten französischen Regionen beherbergen 500 Einwohner pro km², die übrigen Regionen Frankreichs 50 Einwohner, im Vergleich hierzu leben in den drei meistbevölkerten Bundesländern (Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg) 280 Einwohner pro km², in den restlichen Bundesländern 190. Frankreich ist aufgrund seines historisch fundierten Zentralismus demographisch gekennzeichnet, Deutschland aufgrund seines Föderalismus, wohingegen die durchschnittliche Größe der Bundesländer vergleichbar ist - und keine Kompetenzunterschiede zwischen den Bundesländern existieren - im Gegensatz zu den französischen Regionen. Der gravierende Unterschied liegt in der gleichmäßigen Verteilung der Besiedlung: stark in Deutschland, sehr ungleich in Frankreich.

2. Deutschland ist fortan ein von starker Einwanderung geprägtes Land

Ausländer stellen einen Anteil von 7,5 Millionen der Bevölkerung dar, die Deutschen aus dem Ausland 2,5; sprich: im Gesamten ein Anteil von 12,5 % der allgemeinen Bevölkerung und ein noch viel größerer Prozentsatz im Vergleich zur aktiven Bevölkerung. Dies ist das Doppelte in Relation zu Frankreich. Diese dauerhafte Präsenz wird ein unumgänglicher Fakt sein, da es für die Ausländer nicht mehr in Frage kommt, wegzuziehen: die Ausländer sind in Deutschland, um dort zu bleiben und nicht nur, um dort zu arbeiten.

Das Nationalitätsrecht in einem liberaleren Sinne zu überdenken, ist unvermeidlich geworden. Diese Entwicklung geht nur sehr schleppend voran: man kann die deutsche Staatsbürgerschaft durch den Vater seit 1913 erwerben, durch die Mutter seit 1974, durch Geburt in Deutschland von ausländischen Eltern, vorausgesetzt, daß ein Elternteil in

Deutschland geboren ist, seit 1994. Die Zahl der Einbürgerungen beginnt bereits zu steigen : 15.000 im Jahre 1987, 70.000 im Jahre 1997. Gleichfalls kann man feststellen, daß 2 Millionen Deutsche eine, theoretisch verbotene, doppelte Staatsbürgerschaft besitzen.

Folglich ist es keine Überraschung, daß seit Oktober 2000 die Sensibilität des Themas Leitkultur festzustellen ist.

Der exemplarische Fall Baden-Württemberg, mit drei im Norden und Osten angrenzenden Bundesländern und drei fremden Ländern im Westen und Süden, ist ein Raum der Begegnung: auf 10,4 Millionen Einwohner erfaßt man 1,1 Millionen Ausländer, hiervon sind 360.000 türkischer und 185.000 italienischer Herkunft. Glücklicherweise werden diese von keiner der Parteien stigmatisiert, mit Ausnahme der Rechtsextremisten. Somit ist Baden-Württemberg seit 1992 mit Sachsen das einzige westliche Bundesland, in dem die Rechtsextremisten, mit derselben Anzahl der Sitze wie die FDP, im Landtag vertreten ist.

3. Die Wiedervereinigung bedeutet noch nicht die Einheit, jedoch zielt Europa darauf hin

Es gibt eine Wiedervereinigung, aber ohne Einigkeit. Die Vereinigung hat einen unerwarteten Effekt: sie stellt die Solidarität der Länder in Frage, d. h. die historische, juristische, aber auch affektive Basis Deutschlands.

Denn die sechs neuen deutschen Bundesländer sind arm und der Einkommensunterschied pro Einwohner zwischen dem ärmsten und dem reichsten der Bundesländer hat sich seit 1990 verdoppelt. Die westlichen Bundesländer, die sich vor 1990 am föderalen Ausgleich am meisten beteiligten, engagieren sich nunmehr verstärkt: 2,6 % des Bruttoinlandsprodukts von Baden-Württemberg, sprich 4,1 Milliarden / Jahr.

Als souveräne Verantwortliche ihrer Länder verteidigen die Ministerpräsidenten jedoch ihre Interessen immer stärker und dies nunmehr nicht aus alleinigem politischen Auftrag heraus: die Beziehung mit dem Osten wird immer weniger die Aufgabe der Bundesländer, sondern vielmehr die des föderalen Staates. Die Frage der Nation resultiert

nicht mehr aus einem Konsens, sondern vielmehr aus einer vorgeschriebenen Entscheidung aus Berlin.

Der Widerspruch sitzt tief: die Bundesländer verteidigen ihre Vorrechte gegenüber dem föderalistischen Staat. Seine Rolle aber entwickelt sich mit der Europäischen Union, da man einen Zwischenhändler im Namen Deutschlands benötigt. Der Staat verhandelt eine progressive Aufgabe von Kompetenzen, die entweder mit den Ländern geteilt oder ihnen komplett zu eigen sind. Es ist nunmehr die territoriale Mächteverteilung - die eigene Essenz der föderalen Republik - die durch die europäische Satzung betroffen ist; diese steigert die Identitätsangst in dem Augenblick, in dem das größte Symbol der deutschen Identität, die Deutsche Mark, verschwinden wird. Die volle Souveränität, die Deutschland 1990 wiedererlangte, war unmittelbar nach 1993 mit der Wirtschafts- und Währungsunion und der Perspektive auf eine europäische Einheitswährung, hinfällig geworden. Kurz nach der Gründung einer europäischen Verteidigung und der geographisch-strategischen Situation in den Balkanstaaten ist eine neue, bisher abgelehnte Verantwortung gefordert. Viele Traumata, die für die öffentliche Meinung nicht zweitrangig sind.

Das Problem der politisch Verantwortlichen ist gleichzeitig, die internen Befürchtungen verstummen zu lassen und den äußeren Argwohn zu beseitigen. Die klare Definition einer deutlichen nationalen Identität ist heutzutage ein unausweichlicher Weg.

Gianfranco Facco Bonetti

Deutsche und Italiener, oder besser gesagt Germanen und Römer, kennen sich schon seit fast 2000 Jahren, eigentlich könnte man sagen seit dem klassischen Morast des Teutoburger Waldes. Hätte Hermann nicht Varus geschlagen, so wären, nach Heinrich Heines Worten, die Deutschen Römer geworden, dann wäre mein Referat heute ganz anders. Gestatten Sie mir ein zweites Zitat, tausend Jahre später beschreibt Liudprand von Cremona in seinen „Relatione Delegatione Constantinopolitana“ im 10. Jh die Einstellung von den Nordländern zu den Südländern: „Die Germanen verachten die Römer so sehr, daß, wenn sie in Wut geraten und ihre Feinde verletzen wollen, sie diese nur als Römer zu bezeichnen brauchen. Darunter verstehen sie alle Scheußlichkeit, Feigheit, Gier, Geilheit, Lüge, kurz gesagt, alle Laster auf Erden.“ Ich könnte auch ein Zitat von römischer Seite anbringen, das das gleiche über die Germanen aussagt.

Aber wie stehen die Dinge heute, zehn Jahrhunderte nach dieser Liudprand-Tirade? Wenn ich in Deutschland über italienische Probleme rede, bin ich fast automatisch ein Verteidiger vieler italienischer Positionen. Und umgekehrt, wenn ich in Italien über deutsche Probleme spreche, bin ich ein Verteidiger der deutschen Position. Das ist eine Erfahrung, die ich wahrscheinlich ziemlich sicher mit anderen teile. Und das rührt daher, daß auf beiden Seiten die Kenntnisse über den anderen zu gering und manchmal auch falsch sind. Und doch ist das historische Schicksal von unseren zwei Ländern, von Italien und Deutschland, nicht nur dadurch gekennzeichnet, daß wir im 20. Jahrhundert auf der falschen Seite zusammen gestanden haben. Gemeinsam ist ihnen auch, nach den Worten des Philosophen Helmut Plessner, verspätete Nation zu sein. Aber verspätete Nation auch, wenn man die politisch-staatliche Einheit betrachtet. Es besteht eine zweite wichtige gemeinsame Besonderheit zwischen uns. Und zwar sind wir antike Nationen – wenn man die kultursprachliche Einigung betrachtet, die eben der politischen um Jahrhunderte vorauselte, in Italien sogar fünf Jahrhunderte. Beide Länder haben andere Ähnlichkeiten, wichtige Ähnlichkeiten: wir haben ein distanziertes Verhältnis zum Nationalstaat, z. B. ist Italien das Land der tausend Städte und Deutschland ist auch ein Land, das sehr dezentralisiert ist. Beide haben eine stark idealistische, manchmal auch romantische Tradition.

Beide verfügen über schwache liberale Herkunftslinien, beide haben sich durch Giacomo Leopardi über Oswald Spengler, von Pier Paolo Pasolini und Botho Strauß gerne in den Kulturpessimismus verliebt. Es ist deshalb wahrscheinlich nicht verwunderlich, daß in den letzten Jahren in Italien, und ich glaube auch in Deutschland, die Suche nach Gemeinsamkeiten allmählich die Oberhand gewinnt.

In dieser Hinsicht sind die Ereignisse der letzten zehn Jahre des letzten Jahrhunderts nicht ohne Folgen geblieben. Das Jahr 1989 markiert in Deutschland zusammen mit dem Ende des Kommunismus in der DDR den Weg zur Wiedervereinigung und in Italien den Beginn einer Krise des politischen Systems, die in die Geschichte eingegangen ist. Trotz aller Unterschiede zwischen den beiden politischen Erdbeben ging es in beiden Fällen darum, das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft zu überdenken. Eine andere Auswirkung dieser Ereignisse ist, daß jetzt auch Deutschland – wie gestern mehrmals in diesem Rahmen der Karlsruher Gespräche erwähnt wurde – von einer Art Spaltung der Nation betroffen ist, so wie Italien seit seiner politischen Einigung Mitte des 19. Jahrhunderts. Südlich der Alpen sind wir von dieser traditionellen Debatte geplagt, während sie in Deutschland das Problem der Beziehungen zwischen Ost und West haben. Die Klage läuft bei uns und bei ihnen darüber, wie man zwei Teile zusammenfügen kann, die gegeneinander voller Vorbehalte sind. Trotz aller offensichtlichen Unterschiede hat die Geschichte, gestatten Sie mir daran zu erinnern, jenen Politiker der Bonner Republik eines Besseren belehrt, der, um vielleicht die Schwierigkeiten des Zusammenwachsens der zwei deutschen Staaten zu bagatellisieren, um 1990 bemerkte, daß die Sachsen doch keine Olivenpflücker seien. Inzwischen ist allen klar geworden, daß die innere Vereinigung ein sich über Generationen erstreckender Prozeß ist.

Weitere Ähnlichkeiten: Deutsche und Italiener sind mit den gleichen Herausforderungen konfrontiert. Da ist zum einen die demographische Entwicklung. Denn es gibt immer weniger junge, und es gibt immer mehr alte Menschen, und das wird für den Sozialstaat desaströse Konsequenzen haben. Ein weiterer Punkt betrifft die Veränderung der Arbeitsgesellschaft. Diese dritte industrielle Revolution, in der wir uns befinden, wird folgenreicher sein als alle bisher gewesenen industriellen Umbrüche.

Der Stand der Dinge ist also folgender: Wir sehen uns in beiden Ländern einer Landschaft gegenüber, die sich schnell verändert und in der die Differenzen nach und nach verblassen. Dies wird noch keiner brüderlichen Umarmung gleichkommen, von der die Politiker bei uns, vielleicht auch in Deutschland, oft sprechen. Aber es wird einen vielseitigen Austausch fördern, in dem die Besonderheiten und Traditionen weiterhin eine Rolle spielen. Mit anderen Worten, in Deutschland und in Italien laufen gegenwärtig Prozesse, die gleichzeitig zu einer sanften Germanisierung Italiens und zu einer sanften Italienisierung Deutschlands führen können. Dies aber nicht immer mit positivem Unterton. Als die Finanzierungsskandale der CDU eine große Parteikrise auslösten, wurde dieser Eindruck in der Bundesrepublik wahrscheinlich noch verstärkt. Aber bei der 'Germanisatione' Italiens, besonders bei der Frage, ob Deutschland Italien als Modell dienen könnte, ist ein Wandel eingetreten. Allein diese Frage zu stellen, wäre vor 15 oder 20 Jahren undenkbar gewesen. Das sie heute keine Provokation mehr ist, ist schon ein wichtiger Schritt der Annäherung der beiden Gesellschaften.

Die Übertragung von bestimmten Institutionen auf ein anderes Land mit ganz anderen historischen Erfahrungen ist natürlich nie einfach, wenn überhaupt möglich. Ein Beispiel dafür ist der Fall eines italienischen Kriegsministers, Cesare Ricotti, lang vergessen, der in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts mit der Einführung des Zündnadelgewehrs nach deutschem Vorbild die Effizienz der Preußischen Armee zu erzielen hoffte, ohne jedoch deren Mentalität und Rekrutierungsmethode übernehmen zu wollen. Und das war natürlich nicht möglich. Zwar wird Deutschland in Italien des öfteren, sei es bei der Diskussion um das Wahlrecht, bei der Debatte um die Verfassungsreform oder um den Föderalismus als Modell hingestellt. Dies anstelle von Frankreich, das bis zum 18. Jahrhundert dominierend war. Insbesondere wird das deutsche Wahlsystem als Garant für stabile Mehrheiten und Regierungssysteme gesehen. Aber man muß dazu sagen, daß italienische Politiker im deutschen Modell das sehen, was ihnen am meisten zusagt. Der eine weiß den Mechanismus der Fünf-Prozent-Hürde zu schätzen, der andere denkt in erster Linie an das konstruktive Mißtrauensvotum, und manch einer ist in dem festen Glauben, der Kanzler werde direkt vom Volk gewählt. Ohne Rücksicht auf seine Verwurzelung in einer langen und kontroversenreichen Geschichte wird der deutsche Föderalismus in zyklischen Abständen heraufbeschworen. Manche glauben auch hier, wie schon nach 1870, man könne deutsche

Institutionen übernehmen, die das Ergebnis einer langen kulturpolitischen Entwicklung sind.

Dieser Prozeß der Annäherung, das muß man immer wieder unterstreichen, wird ohne Zweifel durch die Einführung des Euro diszipliniert. Der Arbeiter in Nürnberg, die Hausfrau in Palermo, der Eisenbahner in Paris – alle werden in Zukunft dieselbe Münze in der Tasche haben, sehr bald, in einigen Monaten. Das wird etwas sehr Revolutionäres sein, was sofort Auseinandersetzungen über Preise, Einkommen und Steuern zur Folge haben wird. Die Einheitswährung wird eine Art Paßwort sein, das verbindet und eine Gemeinschaft aus allen europäischen Bürgern schafft, die sich bewegen, einkaufen, ihre Steuern bezahlen, unabhängig vom Ort ihrer Aktivität. Es wird nicht leicht sein, die neue Identität als die eigene anzunehmen, aber der Prozeß der Identifizierung wird unaufhaltsam sein.

Was können wir machen, um die Annäherung von Deutschen und Italienern schneller voranzubringen? An erster Stelle hat die Regierung eine entscheidende Rolle, insbesondere bei einer wirksamen Politik der kulturellen Zusammenarbeit, bei der die jeweils eigene und die andere Kultur kennengelernt wird. Ein anderer positiver Faktor ist diese halbe Million Italiener, 600.000 sogar, die in Deutschland leben. Viele Deutsche gehen nicht mehr deutsch, sondern italienisch essen, und man hört so gut wie nie von rechtsradikalen Anschlägen gegen Italiener. Die Italiener waren die ersten Fremden, die nach dem Krieg nach Deutschland kamen, und sie haben sich mit den Deutschen vermischt. Sie sind deshalb auf ihre Weise Botschafter der italienischen Kultur, und ihr Lebensstil beeinflußt den der Deutschen. Weder in Frankreich noch in England kann man einen vergleichsweise starken Faktor des Zusammenwachsens beobachten.

Sicher bleibt uns noch viel zu tun, um die deutsch-italienischen Beziehungen zu verbessern. Als erstes Gebiet böte sich die Presse an. Denn der Journalismus in Italien und Deutschland trägt dazu bei, daß sich beide Länder näher kommen, sich besser verstehen, besser miteinander umgehen können, auch klarer ihre Unterschiede erkennen können. Hört man in die allseits geübte Rhetorik hinein, dann müßte es darum recht gut stehen. Doch der Journalismus beider Länder ist sicher noch längst nicht auf der Höhe der Zeit. Man fragt sich, warum sich die Medien so hartnäckig dagegen wehren, Veränderungen wahrzunehmen. Stattdessen ziehen sie es vor, sich oft mit Platitüden und Klischees her-

umzuschlagen. Und wenn diese journalistische Unzulänglichkeit auf ganz Europa zutrifft, so zeichnet sich die deutsch-italienische Beziehung noch durch eine besondere Charakteristik aus, nämlich die Eigenart, daß die Wiedergabe von Differenzen wichtiger zu sein scheint, als die Suche nach Gemeinsamkeiten.

Ich komme zum Ende und möchte Edmund Burke zitieren, der im Jahr 1796 in seinen „Reflections on the Revolution in France“ zum Ausdruck gebracht hat, daß „kein Europäer dank der Ähnlichkeit der gesellschaftlichen Gepflogenheiten und der Lebensform in keinem Teil Europas völlig fremd ist.“ Wenn das 19. und das 20. Jahrhundert mit ihrem Triumph des Nationalstaates uns von der Sicht Burkes entfernt haben, dann kann uns das 21. nur ein Europa zurückgeben, in dem die verschiedenen Völker die gemeinsamen Lebensformen und gesellschaftlichen Traditionen wieder erkennen und Stereotypen, die von Ignoranz herführen, aufgeben. Wie der italienische Philosoph Giacomo Maramao bemerkt hat, müssen Deutsche und Italiener und alle Europäer insgesamt das fruchtbare Oxymoron praktizieren lernen, das imstande ist, den doppelten Imperativ der Universalität und der Differenzen zusammenzuhalten. Eine Philosophie und Politik der Zukunft betreiben zu können, bedeutet vielleicht, Immanuel Kant mit Niccolò Machiavelli und umgekehrt zu korrigieren. Ein Kant, der offener für die Zukunft ist, nicht der des kategorischen Imperativs, sondern der uns fast machiavellianisch auffordert, im Lauf der geschichtlichen Ereignisse das *Signum prognosticum* zu erkennen. Das Zeichen, unter dem die Zukunftstendenzen der Geschichte stehen, ist heute von der Notwendigkeit eines neuen Typus des Individuums gegeben. Ein Individuum, das in der Lage ist, das Beste in die europäische Vernunft und die Begegnung mit kulturellen Differenzen zu investieren.

Die weite Entfernung führt notwendigerweise zu einer distanzierten und unscharfen Betrachtung. Auch wird die Objektivität der Erkenntnis durch Einflüsse internationaler Medien beeinflusst. In China erscheinen zwar heute schon Erlebnisberichte von Studenten, die in Deutschland studiert haben, doch fehlen Berichte berühmter Reisender, wie etwa die der Frau de Stael, von Mark Twain oder heute des Grafen Ferraris.

1. Die zwanziger Jahre

Das heutige Bild Chinas von Deutschland unterscheidet sich auch beträchtlich vom Bild der zwanziger Jahre. Damals galt Deutschland in mancher Hinsicht als Vorbild: Das betraf die Medizin und Chemie, das galt für das Rechtswesen - das damals noch junge Bürgerliche Gesetzbuch wurde von China wie von Japan übernommen - und auch für Philosophie und Geisteswissenschaft. In jenen Jahren übersetzte ein Guo Moro den Faust ins Chinesische. Es gab ein gleichgelagertes politisches Interesse: Auch China träumte von einer Revision des Versailler Vertrages, der Japan die als unerträglich empfundenen Annexionen in China zugesprochen hatte. Ein inzwischen verstorbener stellvertretender Ministerpräsident erzählte mir noch 1988, er habe in jenen Jahren von seiner Familie den Beinamen "Willy" erhalten, und zwar aus Verehrung für Wilhelm II. Ein in China höchst bemerkenswerter Vorgang.

2. Das moderne Bild ist mehrschichtig

Der letzte Krieg und Auschwitz sind auch heute noch präsent, werden in einem ostasiatischen Land wie China aber nicht so sehr als singuläres Verbrechen empfunden wie in der westlichen Welt.

Die deutsche Wiedervereinigung erschien auch in China zunächst ambivalent: In Anlehnung an vor zehn Jahren in der Weltpresse verbreitete Klischees diskutierte man auch dort, ob das wiedervereinigte Deutschland entweder, befrachtet mit historischen

Hypotheken, zur Supermacht Nr. 2 aufsteigen würde, oder aber, das war die gespenstische Gegenthese, unter der Last der Vereinigungskosten zusammenbrechen müßte. Heute weiß man natürlich auch in China, daß weder die eine noch die andere Analyse zutrifft.

3. Das Bild von Wirtschaft und Politik

In den letzten Jahren stand die Anerkennung von Deutschlands wirtschaftlichen und politischen Leistungen seit dem Krieg im Vordergrund.

Da ist häufig von den angeblich typisch deutschen Sekundärtugenden, wie Qualitätsarbeit, Fleiß, Verlässlichkeit und Pünktlichkeit die Rede. Tugenden, für die die bekannten Automarken wie VW-Santana, Mercedes und BMW überall Reklame fahren. Auch deutsche Investitionen werden begrüßt, zumal sie als Gegengewicht gegen die allgegenwärtige japanische Präsenz geschätzt werden. Doch man realisiert auch, daß diese angeblich so deutschen Tugenden im Lauf der Jahrzehnte an Glanz verloren haben und nicht mehr so singulär erscheinen wie ehemals.

Politische Pragmatik schimmert durch, wenn chinesische Spitzenpolitiker unseren Umgang mit der Vergangenheit und unseren Nachbarn loben und dabei besonders die Rede von Bundespräsident von Weizsäcker aus dem Jahre 1985 hervorheben. Dieses Lob ist ehrlich, aber es enthielt auch eine Spitze gegen Japan, von dem man bisher vergeblich ein Wort des Bedauerns über die Kriegereignisse erhofft hatte.

4. Was denkt das Volk ?

Wie überall, so bestimmt auch in China das Fernsehen die Vorstellungen der Menschen.

Vom Fußball will ich eigentlich nicht sprechen, doch nannte zu meiner Zeit jeder Taxifahrer als Stichwort zum Thema Deutschland die Namen Beckenbauer und Rummenigge. Shooting Stars, Sternschnuppen..

Ungewohnt war für mich ein anderer Name: Delleke. Auf meine erstaunte Frage, wer das sei, wurde mir gesagt, so heiße der Tatort-Kommissar Derrick in China. Und auf die weitere Frage, wie Derrick sich von Hunderten anderer Fernsehpolizisten unterscheide,

wurde mir gesagt, er habe deswegen einen so großen Eindruck hinterlassen, weil er das Bild einer menschlichen Polizei vermittele. Diese Antwort sagte vielleicht mehr über China aus als über Deutschland. Wir jedenfalls empfinden Kommissar Derrick nicht als Ausnahme im Vergleich zu seinen westlichen Kollegen.

Aus diesen spärlichen Eindrücken läßt sich keine Präferenz für Deutschland ablesen. Wir müssen vielmehr vergegenwärtigen, daß sich die jüngere Generation in China wie auch in Ostasien in erster Linie auf Amerika orientiert. Amerika ist das große Faszinosum - wie auch für viele junge Deutsche. Die amerikanischen Universitäten und der American Way of Life sind attraktiver.

Chinesische Familien in China wie auch in Hongkong und Taiwan schicken ihre Kinder in erster Linie in die USA. Bei einer Promotionsfeier an der Columbia-University in New York habe ich 1998 die Doktoranden ausgezählt: 15 Prozent waren Chinesen, und sie sprachen in allen chinesischen Dialekten. Und in der chinesischen Regierung sprechen nicht nur der Ministerpräsident, sondern auch mehrere Minister Englisch - zu meiner Zeit gab es aber nur einen Minister, der Deutsch beherrschte.

Obwohl die Zahl der chinesischen Studenten an deutschen Universitäten zugenommen hat, können wir mit den amerikanischen Zahlen nicht konkurrieren. Wir müßten erheblich mehr tun, um unsere Universitäten für Ausländer interessanter zu machen und um unseren früheren guten Platz in der Rangliste wiederzugewinnen.

Als Fazit bleibt: Wir werden auch in China als ein Teil Europas gesehen.

Deutschland liegt also in Europa, um die Frage zu beantworten.

Matthew Kidd

Deutschland: Aber wo liegt es?

Für einen ausländischen Diplomaten kann eine Veranstaltung wie die heutige eine Falle in sich bergen: Er muß seinen Weg finden, um etwas Interessantes, vielleicht sogar Pikantes zu sagen, ohne außerhalb der Grenzen beruflicher Höflichkeit auf Abwege zu geraten.

Heute aber kann ich mich ein bißchen entspannter fühlen, da ich in einem Monat versetzt werde und nach London zurückkehren muß. Die diplomatische Zurückhaltung kann also etwas schwächer ausfallen. Auch deswegen kam mir die Einladung, an dieser Podiumsdiskussion teilzunehmen, wie eine - wie immer angenehme - Einladung zum Rückblick vor.

Als ich vor zweieinhalb Jahren nach Deutschland kam, war ich kein Spezialist in der Sache. Zwar hatte ich ein bißchen deutsche Sprache und Literatur an der Schule studiert, aber ich hatte fast keine Erfahrungen mit dem jetzigen Land. Ich kam zwei Wochen vor der letzten Bundestagswahl an unsere damalige Botschaft in Bonn. Ich erinnere mich, wie überrascht ich war, als ich am Tag nach der Wahl sah, daß die großen Plakate vor dem Konrad-Adenauer-Haus (unserem unmittelbaren Nachbarn) mit Zetteln überklebt waren, auf denen stand: „Wir bedanken uns bei allen CDU-Wählern.“

Ihnen mag das ganz normal erscheinen. Mir aber wurde plötzlich klar, daß ich es hier mit einem ganz besonderen Land zu tun hatte. Was habe ich seitdem über Deutschland erfahren? Drei Beobachtungen möchte ich an Sie weitergeben:

- Erstens, daß das Vertrauen, das die Deutschen in den letzten zwei Generationen in bezug auf ihre konstitutionellen Strukturen entwickelt haben, Ihnen einen ganz besonderen Vorteil bietet. Vielleicht fällt mir das deshalb so auf, weil wir in Großbritannien keine solchen schriftlich festgehaltenen Strukturen haben. Hätten Sie sich nicht auf dieses Vertrauen stützen können, wäre es viel schwieriger gewesen, die große Aufgabe der Wiedervereinigung anzunehmen oder sich jetzt der Herausforderung durch den Rechtsradikalismus zu stellen. Ähnlich war es während der politi-

schen Krise des letzten Jahres, als sie sicher sein konnten, daß Ihnen die nötigen Verfassungsinstrumente zur Verfügung stehen, sich mit ihr auseinanderzusetzen und sie zu überwinden.

- meine zweite Beobachtung aber ist, daß, eng mit diesem Vertrauen verbunden, auch ein Hang zum Selbstzweifel einhergeht. Zum Beispiel: die Bereitschaft deutscher Bürgerinnen und Bürger an Veranstaltungen mit dem Titel „Deutschland, aber wo liegt es?“ teilzunehmen, sich immer wieder die Frage zu stellen, ob die Fundamente Ihrer Demokratie vielleicht ins Wanken geraten sind. Daher vielleicht auch das relativ hohe Maß an bürgerlichem Engagement hier in Deutschland - ein klares Zeichen für eine starke Gemeinschaft.

- mit meiner letzten Beobachtung kehre ich auf das Gebiet der Diplomatie zurück: Deutschland als internationaler Akteur. Meines Erachtens nach hat Deutschland genau das Profil, um einen wertvollen Beitrag zur Bewältigung internationaler Spannungen oder Störungen zu leisten: vernünftig, vorsichtig, selbstbewußt, bescheiden, aber nicht ohne Gewicht. Deshalb möchten wir Briten Deutschland als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat sehen. Deshalb betrachten wir Deutschland auch als einen unverzichtbaren Mitspieler bei der Weiterentwicklung der GASP der EU. Wir möchten sogar hoffen, es zeigt etwas mehr Gewicht, etwas weniger Bescheidenheit.

Ich habe ein ziemlich positives Bild von Deutschland gezeichnet. Ist das vereinbar, so dürfen Sie fragen, mit dem - man könnte fast sagen - Feindbild von Deutschland, das einige britische Medien gelegentlich zeichnen? Ja, ich muß zugeben, Vorurteile brauchen Zeit, um abgebaut zu werden. Besonders wenn sie für sogenannte scherzhafte Zwecke verwendet werden können.

Aber solche Vorurteile spiegeln nicht mehr die Beziehungen zwischen unseren beiden Regierungen wider: Diese werden nicht mehr von Komplexen und Erinnerungen an die Vergangenheit beherrscht. Deutschland ist für uns ein wichtiger Partner und Verbündeter, mit dem wir sogar direktere und einfachere Beziehungen unterhalten können, als mit manchem anderen.

1. Die Relativität der geographischen Lage

- Deutschland liegt zentral in Europa, aber:
 - „zentraler“ oder westlicher, als vor 1939, d. h. auch „tiefer“ in Europa, politisch verankert in europäischen Institutionen;
- ohne die geographische Lage zu ändern, liegt Deutschland seit 1989 östlicher als vorher:
 - nicht nur wegen der Wiedervereinigung,
 - sondern auch wegen dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa (wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen Deutschlands liegen [lagen] in der Erweiterung der NATO und EU); in diesem Sinne liegt Deutschland östlicher als 1939;
- Konsequenzen:
 - eine Balance zwischen Westorientierung (das deutsch-französische Verhältnis) und Ostengagement, was auch zu neuen Problemen führt (z. B. in deutsch-französischen Kontakten, der Notwendigkeit neuer Strategien für NATO und EU);
 - Spagat zwischen beiden Richtungen plus neue Konkurrenz aus dem Osten, neue politische, sicherheitspolitische und wirtschaftliche Probleme;

2. Aus polnischer (mitteleuropäischer) Sicht:

- beide Staaten wurden nach 1945 westwärts verschoben, aber nach 1989 hat Deutschland sich östlich verschoben, Polen dagegen wurde (politisch - kulturell war es bereits) westlicher;
- historische Erfahrungen verursachen in Polen Komplexe wegen Rapallo und Ribbentrop-Molotov-Pakt (Angst vor einer Sonderrolle Deutschlands und vor der Zusammenarbeit Deutschlands mit Rußland über die Köpfe der Polen hinweg). Deswegen haben postkommunistische Regierungen in Polen größten Wert auf die Bildung des Weimarer

Dreiecks gelegt, haben eigene Ideen für trilaterale (multilaterale) Initiativen in Osteuropa entwickelt;

- Polen will und kann in Europa als Vermittler und „Anwalt“ der östlichen Nachbarn auftreten (vor allem der Ukraine, Slowakei und des Baltikums, aber auch für Weißrußland und Rußland); in diesem Sinne hat Polen die Chance, die Rolle, die Deutschland gegenüber Polen, Tschechien und Ungarn gespielt hat und spielt, gegenüber östlichen Nachbarn Polens mit identischer Motivation zu wiederholen.

3. Wohin steuert (driftet) Deutschland ? [und Polen und Europa?]

- Deutschland ist für Polen „Lokomotive“, „Tor zum Westen“, „Anwalt Polens“ in Europa. Das stimmt. Gleichzeitig gab und gibt es ungelöste Probleme und offene Fragen in bilateralen Kontakten:

- bei der Rückführung der Kulturgüter;
- bei Freizügigkeiten im Rahmen der EU-Erweiterungsdebatte (Arbeitsmarkt in Deutschland, Immobilienmarkt in Polen, Vertriebenenfrage);
- bei der Entschädigungsfrage;

- Nach dem Jahrzehnt der Versöhnung und politischen Gesten gibt es aktuell die Notwendigkeit, die deutsch-polnischen Beziehungen im europäischen Kontext und die neue Interessengemeinschaft zwischen Deutschland und Polen neu zu definieren. Die politische Klasse in beiden Staaten hat damit Probleme (zu sehen in den Reaktionen auf das Wahlergebnis 1998 in Deutschland oder dem Parlamentsresolutionenkrieg 1998) und scheint Schwierigkeiten damit zu haben, neue Ziele zu formulieren (Zugespitzt: Im Vorfeld der politischen Besuche wird eher vereinbart, worüber nicht gesprochen wird, als worüber man sprechen will...).

4. Wie weit liegen Deutschland und Polen voneinander ?

- Eine Umfrage in westdeutschen Gymnasien: Wie weit ist die Entfernung Berlin - Warschau? 1990: 2 500 km, 1997: 1 500 km;
- Um Lichtjahre näher als vor 1989, trotzdem dominiert in beiden Gesellschaften das Gefühl der Fremdheit, beide unterstreichen die Unterschiede deutlicher als die Gemeinsamkeiten;
- Das geographische Paradox: Der Umzug nach Berlin hat die Entfernung zwischen Deutschland und Warschau eher vergrößert als verringert. Der Grund: Deutschland wird zentralistischer, mehr auf sich selbst konzentriert, mit sich selbst beschäftigt;
- Polnische Probleme:
 - die pro-polnische Lobby wird immer älter, es fehlt an „Nachwuchs“;
 - es fehlt an Deutschlandkennern in Warschau;
- auf beiden Seiten gibt es negative Stereotypen und Vorurteile;

5. Wie soll man die Geographie ändern ?

- positive Erfahrungen aus polnischer Sicht, wie etwa im Bereich der Kulturdiplomatie (EXPO, Buchmesse in Frankfurt);
- aktive Meinungsbildung über Polen und Erweiterung der EU (aktuell haben die Stamm-tische und die yellowpress die Hoheit bei der Meinungsbildung über schwierige Themen);
- Unterstützung des Jugendwerks;
- die billigste, schnellste und wirksamste Methode, das Verhältnis der deutschen Gesellschaft zu Polen zu ändern, ist jedoch die Promotion durch Kultur.

Klaus Wenger

„Gott hat dem Menschen die Sprache gegeben, damit er sein Denken nicht enthülle.“

Der diplomatische Blick auf Deutschland hätte, wenn dieses ungarische Sprichwort zutrifft, eine sehr schweigsame Gesprächsrunde erwarten lassen. Doch die Diskussions Teilnehmer hielten sich wenig an die diplomatischen Konventionen und so setzten sich die kontrastreichen Blickwinkel zu einem dennoch weitgehend übereinstimmenden Bild zusammen über die Vorstellungen von und die Erwartungen an Deutschland, das in all seinen Facetten nur schwer nachzuzeichnen ist.

Überraschend und in starkem Kontrast zu den teilweise recht kritischen Stimmen in den Medien überwog die weitgehend positive Einschätzung über die Rolle und den Platz des vereinigten Deutschlands in Europa. Insbesondere Francis Etienne, der französische Generalkonsul in Stuttgart, distanzierte sich vehement von der Haltung vieler französischer Intellektueller, die Deutschland (immer noch) einen auf der nationalsozialistischen Vergangenheit beruhenden Schuldkomplex unterstellen oder andichten wollen. Damit ignoriere man nicht nur die großen Anstrengungen, die gerade in Deutschland zur Bewältigung des Nationalsozialismus unternommen wurden, sondern verdamme ausgerechnet den wichtigsten Partner Frankreichs zur Handlungsunfähigkeit. Mit Sätzen wie „Hinter der systematischen Scham der Deutschen aber verbirgt sich - klammheimlich - ein neuer Imperialismus und eine neue Arroganz, weil die Deutschen von den Europäern erwarten, sich so zu verhalten wie sie selbst,“ könne man zwar provozieren, zu einer ruhigen Klärung der Gemeinsamkeiten und unterschiedlichen Ansätze beim Aufbau des vereinten Europas aber tragen sie nicht bei. Nicht nur der Moderator vermochte in dieser nüchtern-realistischen Betrachtung auch eine Ermunterung zu einer selbstbewußteren Haltung Deutschlands vernehmen: selbstbewußt, aber nicht überheblich. Auch solle nicht jede Meinungsverschiedenheit gleich zu einem Konflikt hochgespielt werden. So entstand ein von Realismus, Sympathie, Verständnis und Verständigung getragener Blick.

Weniger überraschend, dafür umso dringlicher klang der leidenschaftliche Appell von Przemyslaw Konopka, dem stellvertretenden Leiter des Polnischen Kulturinstituts in

Leipzig, der deutsch-französischen nun auch eine engere deutsch-polnische Zusammenarbeit folgen zu lassen. Die Erwartungen des polnischen Nachbarn sind - auch und gerade - angesichts der besonderen historischen Verantwortung und der geo-politischen Schlüssellage Deutschlands in Europa sehr hoch. Zu Recht, auch wenn mancher befürchten mag, die Deutschen könnten überfordert werden. Auch wenn der politische Wille zur Zusammenarbeit nicht zu leugnen ist, so machte doch die Schilderung der alltäglichen Schwierigkeiten im Umgang miteinander eines deutlich: es reicht bei weitem nicht, sich zu seiner politischen Rolle und Verantwortung zu bekennen. Den Worten müssen Taten, ja Verhaltens- und Mentalitätsveränderungen folgen, wenn wir auch im deutsch-polnischen Verhältnis mehr erreichen wollen als den „kleinen Grenzverkehr“. Und so erfuhren wir einen von hohen Erwartungen, aber auch nachdenklich stimmenden Erfahrungen geschärften Blick.

Ein wenig diplomatischer gefärbt, wenn auch mit einer guten Dosis britischem Humor angereichert, brachte JCW Matthew Kidd, Botschaftsrat an der Britischen Botschaft in Berlin, einige Korrekturen am Bild des deutsch-britischen Verhältnisses und der - für Frankreich vielleicht zu - engen Übereinstimmung der beiden Regierungschefs an. Ein deutsch-britischer Alleingang auf dem Weg zu einem von wirtschafts- und sozialpolitischem Pragmatismus geprägten Europa sei nicht zu befürchten - aber auch keine spektakuläre Abwendung von den gemeinsamen Hausaufgaben. Und die stille, aber effiziente Arbeit, mit der die englischen Diplomaten und Beamten der Europäischen Kommission ihren Stempel aufdrücken, ist ebenso beispielhaft wie beruhigend. So bleibt ein von der Aktualität bestimmter, diplomatisch nuancierter und zugleich facettenreicher Blick.

Mit literarischen, künstlerischen und musischen Pinselstrichen zeichnete Gianfranco Bonetti, Generaldirektor für Kultur im italienischen Außenministerium, ein Bild von Deutschland aus italienischer Sicht. Das schon fast vergessene Bild einer Kulturnation, die sich auch im vereinten Europa ihres kulturellen Erbes bewußt sein sollte und dieses in Ausgestaltung des gemeinsamen Hauses einbringen sollte. Eine Verstärkung der kulturellen Zusammenarbeit sei geeignet, den ansonsten stark von simplifizierenden Stereotypen geprägten wechselseitigen Bildern differenzierende und damit Verständnis und Sympathie schaffende Nuancierungen hinzuzufügen. So fügte sich sein engagiertes Plädoyer für

die gemeinsame kulturelle Verantwortung zu einem facetten- und farbenreichen kulturellen Fresko.

Wächst mit der geographischen Entfernung auch die Neigung zu einem einengenden und auf wenige Perspektiven verengten Blick auf Deutschland? Die Antworten auf diese Frage an den chinesischen und amerikanischen Blickwinkel fielen unterschiedlich aus. Hannspeter Hellbeck, ehemaliger deutscher Botschafter in Peking, mußte einräumen, daß es ein chinesisches Deutschlandbild wohl kaum gibt, eher sind es Blicke, die einzelne auf Deutschland werfen. Diese zu ermuntern, sich auch aus der Entfernung mit Deutschland zu beschäftigen, sei demnach eine der vordringlichsten Aufgaben der kulturellen Außenpolitik. Auch das amerikanische Deutschlandbild ist, soweit man überhaupt ein solches skizzieren kann, allenfalls von einigen wenigen, weitgehend aus TV-Serien geprägten und damit grob verallgemeinernden Zügen geprägt. Deshalb wollte sich auch der in Hamburg lehrende amerikanische Politikwissenschaftler Andrew B. Denison gar nicht erst darauf einlassen, ein solches Bild nachzuzeichnen. Aufschlußreich war hingegen sein Versuch, eine Reihe von Mißverständnissen über die Neuausrichtung der amerikanischen Europa- und Deutschlandpolitik auszuräumen, die im Umfeld der ersten Begegnung von Bundeskanzler Schröder mit dem neuen US-Präsidenten Bush in der Presse heraufbeschworen worden waren. Ein sehr politischer, das deutsche Amerika-Bild korrigierender Blick.

Trotz großer Unterschiedlichkeit der Blickwinkel bleibt ein allen gemeinsamer Zug: Das deutliche Bemühen, sich von den Bildern abzusetzen, die in der jeweiligen Öffentlichkeit über Deutschland verbreitet sind und von den Medien gezeichnet und beeinflußt werden. Auch wenn diese Blicke gelegentlich doch „diplomatisch“ motiviert oder geprägt gewesen sein mögen, so führten sie doch zu differenzierenden Korrekturen an der auch in Deutschland häufig zu beobachtenden Neigung, im wechselseitigen Verhältnis die Unterschiedlichkeiten und Differenzen zu Lasten der Gemeinsamkeiten überzubewerten. Dies verhalf nicht nur dem Auditorium zu neuen und kontrastierenden Einsichten auf das Bild von Deutschland, sondern bot sogar dem - für ein Medium arbeitenden - Moderator Anlaß, auch die seinem Metier lieb gewordenen Blicke zu überprüfen.

Und sollte sich der ein oder andere Mitdiskutant in diesem Essay über eine lebhafte und facettenreiche Diskussion nur schwer wiedererkennen, bittet der Moderator mit einem



Satz Albert Einsteins um Nachsicht: „Das Mißverhältnis zwischen dem, was man ist, und dem, was die anderen von einem halten, ist gar zu groß. Man muß es aber mit Humor tragen.“

Spieglein, Spieglein an der Wand...
Deutschland aus Sicht der Medien

Eine Diskussion

Moderation: *Sylvia Storz* (Südwestrundfunk)

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Klaus Bachmann (Journalist, Warschau)

Ralph Giordano (Schriftsteller und Publizist, Köln)

Jens König (taz, Berlin)

Jeffrey Mason (Agentur Reuters, Frankfurt/M.)

Hiroko Zerdick-Nojiri (Japan Press Service, Berlin)

Joseph von Westphalen:

Ich weiß jetzt, warum Raab im Ausland so beliebt ist, obwohl er von Tag zu Tag bedeutungsloser wird: Weil er wie kaum ein anderer dem Bild des häßlichen Deutschen entspricht. Grobschlächtige Menschen rühren uns. Sie machen uns unkritisch und milde. Wir sind froh, daß wir nicht so aussehen und nicht so sind, nicht so massig, nicht so laut. Diese Negativprojektion funktioniert vom Ausland aus noch besser. Das Ausland braucht den häßlichen Deutschen. Dem häßlichen Deutschen gegenüber darf der Ami sich freundlicher fühlen, der Franzose eleganter, der Spanier leidenschaftlicher, der Italiener temperamentvoller, der Engländer lässiger, und so weiter.¹

Storz: Herr Mason, fühlen Sie sich freundlicher?

Mason: Nein. Nach meiner Rückkehr nach Deutschland hatte ich in meiner Funktion als Fullbright-Stipendiat sehr viel mit Studenten, die ein Jahr in den Staaten verbracht haben, zu tun. Sie sagten, die Amis seien freundlich, aber man könne sie nicht ernst nehmen. Sie würden immer gleich sagen, man solle sich treffen und miteinander essen gehen, aber dann würden sie nie anrufen. Vielleicht stimmt es manchmal. Aber ich würde nicht

¹ taz Nr. 6372 vom 14. 2. 2001, S. 18/19.

sagen, daß die Deutschen weniger freundlich sind, es dauert einfach länger bis man sich gut versteht. Bei uns ist das ein bißchen anders. Aber ich würde nicht sagen, daß wir deswegen freundlicher sind.

Storz: Was sagen Sie denn, wenn Sie in Amerika gefragt werden, warum Sie hier leben?

Mason: Ich mag Deutschland sehr. Ich bin in Frankfurt geboren. Als ich zwei war, ist unsere Familie in die Staaten umgezogen. Als ich noch ein Kind war, haben Freunde von uns mir immer Nutella und Kinderschokolade geschickt. Deutschland hat seitdem immer ein Platz in meinem Herzen gehabt.

Storz: Herr Giordano, das Wort vom häßlichen Deutschen ist ja etwas, womit wir uns lange und sicher über weite Strecken auch berechtigt herumzuschlagen hatten. Wenn Sie dieses Stichwort heute wieder hören, was bewegt Sie da?

Giordano: Natürlich gibt es den häßlichen Deutschen, aber die Deutschen bestehen natürlich nicht nur aus häßlichen Deutschen.

Was Joseph von Westphalen, ein hochbegabter und von mir sehr geschätzter Kollege, da gesagt hat, daß haut mir zu sehr in die Kerbe, daß Deutschland das ewige Opfer der Geschichte ist. Das stimmt nun auch nicht. Wir Deutschen sind ja in vielem Weltmeister, aber ganz bestimmt zuallererst in der Selbstbeweinung. Da paßt dieses Bild vom häßlichen Deutschen, das von den Rechten dauernd zitiert wird, obwohl sie es ja gerade präsentieren, inkarnieren und personifizieren. Dieses Bild wird dauernd strapaziert. Und es stimmt natürlich. In den Medien, um die es ja heute geht, werden wir jeden Tag, immer wieder zu Zeugen, daß es ihn gibt, den häßlichen Deutschen. Auf eine Art und Weise, die ich 50 Jahre nach der Befreiung nicht für möglich gehalten habe. Wir sehen hier, daß Hitler militärisch, aber nicht auch geistig geschlagen ist. Und daß sich hier etwas um das Politspektrum der größeren Bundesrepublik institutionalisiert hat, was den Namen 'häßlicher Deutscher' durchaus verdient hat. Aber ich denke und ich hoffe, daß die Gegenkraft größer und stärker ist, daß die Deutschen von heute und morgen nicht so verrückt sind und sich mit diesen Leuten liieren, diesen Rattenfängern folgen und sich damit abermals in

einen Gegensatz zu Europa und zur Welt setzen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Deutschen so verrückt sind, daß sie das tun.

Storz: Welches Bild von Deutschland könnten Sie als Mensch und Publizist mit dem besten Gefühl transportieren, von dem sie auch sagen könnten, es ist der heutigen Zeit angemessen?

Giordano: Die Isolation begann zunächst einmal gleich 1933. 1938/39 wurde nur von *dem* Deutschen gesprochen, das war das natürliche Ergebnis der Isolierung und der Diskriminierung. Vor der Befreiung war es klar, und zwar so vollkommen, daß wir nicht darüber gesprochen haben, daß wir, wenn wir befreit werden würden, Deutschland verlassen würden. Das ist dann aus Gründen, die man so nicht voraussehen konnte, nicht der Fall gewesen. Einmal, was würde aus den Deutschen werden, die uns zum Überleben verholffen hatten? Die wußten, daß wenn wir entdeckt werden würden bei ihnen, dann wäre ihr Leben genauso vorbei wie das unsere. Solche Deutsche gab es auch, 5000 Juden haben auf diese Weise überlebt. Das war das eine. Das zweite war, daß ganz schnell klar war, nach einem kurzen Vergeltungsschock, daß Hitler militärisch, aber nicht geistig geschlagen ist. Sondern daß das, was er angerichtet hat, im Herzen der damaligen Deutschen weiter wirkt. Das Dritte, war die deutsche Sprache. Die deutsche Sprache ist immer meine Mutter gewesen, das wunderbare Instrument meines Berufes, oder vielleicht sogar meiner Berufung. Anders als in deutscher Sprache zu schreiben, wäre nicht möglich gewesen. Zum Schluß, als ich 1975 zum Fernsehen kam, unter ganz anderen Bedingungen noch, habe ich auch zu Themen wie Nationalsozialismus gearbeitet. Dabei ist mir klar geworden, daß es in Deutschland Millionen Menschen gibt, die genauso denken wie ich oder ich denke wie sie. Und da kam das Codewort von der Bundeswehr auf, nach 20 Jahren, zum ersten mal eigentlich und das war von den vier Elementen vielleicht das Dauerhafteste. Das heißt, die Nazis haben mir einen Fluchtinstinkt injiziert, dem ich getrotzt habe. Obwohl jeden Tag irgendwann an ihn appelliert worden ist. Aber das sind die vier Gründe, die mich hier gehalten haben und ich hoffe, daß mir mein Freund und mein Feind noch lange erhalten bleiben.

Storz: Klaus Bachmann, Sie arbeiten in Warschau. Auch an Sie die Frage, welches Deutschlandbild versuchen Sie zu vermitteln und mit welchem Deutschlandbild leben Sie selbst?

Bachmann: Das ist schwierig. Ich bin seit 15 Jahren in Polen. Meine Frau ist Polin, meine Kinder sind zweisprachig. Ich bin, glaube ich, nur noch begrenzt sozialisierbar. Das zeigt sich daran, daß ich zum Beispiel nicht weiß, wer Stefan Raab ist. Ob Joseph von Westfalen recht hat, weiß ich nicht. Das müssen die Kollegen aus dem Ausland beurteilen, ob sie sich besser fühlen, wenn sie einem häßlichen Deutschen begegnen. Ich kann nur für mich sagen, daß wenn sie ihn brauchen, um sich besser zu fühlen, dann brauchen nicht nur sie ihn, wir brauchen ihn auch. Ich brauche ihn, ich würde sogar sagen ich verdiene einen Teil meines Lebensunterhalts damit, daß es ihn gibt. Denn dadurch sehe ich besser aus. Wenn es den häßlichen Deutschen nicht gäbe, dann könnte ich nicht in Polen den guten Deutschen spielen. Dann wäre der Unterschied nicht so groß oder man würde ihn nicht bemerken. Vor zwei oder drei Wochen war ich in Berlin bei einer Veranstaltung mit Michael Friedmann, der zwei Stunden lang auf die Leute eingeredet hat, ihnen ins Gewissen geredet hat. Sie haben sozusagen das Gewissen an ihn delegiert und er hat es ihnen dann zurück gegeben. Zwei Stunden lang. Ich bin zu dem Schluß gekommen, daß wenn wir vom häßlichen Deutschen reden, dann reden wir immer über etwas, was draußen ist. Außerhalb des Saals. Der häßliche Deutsche kommt ja nie hier rein. Zum Glück kommt er nicht rein, sonst müßten wir ja davon ausgehen, daß wir auch einer davon sind, denn wir sind ja drin. Solange wir im Saal drin sind und darüber reden, wie häßlich das alles da draußen ist, solange waschen wir uns selber sozusagen frei davon. Ich brauche ihn für meinen Lebensunterhalt, aber jeder braucht ihn ein bißchen für seine eigene psychische Hygiene. Man muß sich nicht überlegen, wie häßlich man selber ist. Ich hatte eigentlich nie Probleme, weder mit den häßlichen Deutschen, noch mit den häßlichen Polen, falls es so was gibt. Ich lebe seit 15 Jahren dort und kein einziges Mal bin ich als Deutscher diskriminiert worden. Ich bin immer nur als Russe diskriminiert worden, was damit zusammenhängt, daß ich im Winter immer diese russischen Pelzmützen trage. Ich bin in Deutschland natürlich auch nicht als Deutscher diskriminiert worden. Ein paar Mal vielleicht schon, aber das war keine wirkliche Diskriminierung, es waren auch keine häßli-

chen Deutschen. Einmal saß ich mit meiner Frau in einem Hotel in der Pfalz und wir begannen polnisch zu reden. Da nimmt die Frau neben uns plötzlich ihre Handtasche hoch und hält sie fest.

Storz: Frau Zerdick-Nojiri, wenn Sie mit japanischen Kollegen zu tun haben, oder wenn Sie für die Japaner berichten, wie sieht ihr Deutschlandbild aus? Heute morgen war hier ein Botschafter, der in China gearbeitet hat, der sagte, Deutschland ist vor allen Dingen eins, nämlich ganz, ganz weit weg. Können Sie das bestätigen?

Zerdick-Nojiri: Japan war sehr lange Zeit abgeschottet und hat sich erst Mitte des 19. Jahrhunderts geöffnet. Vorher gab es kaum Kontakte mit dem Ausland. Deutschland war für die damaligen Japaner sympathisch, weil es genauso wenig eine Weltgroßmacht mit ausgedehnten Kolonien war. Die Deutschen galten als fleißig und rechtschaffend. So haben sich die Japaner Deutschland als Vorbild genommen. Sie haben das deutsche Armeesystem und das Rechtswesen übernommen. Vielleicht hört Herr Giordano das nicht gern, aber für Japan war es sehr tröstlich, daß nicht nur Japan den Krieg verloren hatte, sondern auch Deutschland.

Heute wird wie überall viel nach Amerika geschaut. Zum Beispiel haben die Leute früher Englisch oder Deutsch als zweite Fremdsprache gelernt, heute ist es fast nur noch Englisch.

Storz: Sie haben einen Presseservice und von daher können Sie einschätzen, welche Themen interessieren die Öffentlichkeit und welche interessieren überhaupt nicht?

Zerdick-Nojiri: Von Interesse ist hauptsächlich die Wirtschaft, aber auch die großen politischen Ereignisse. Auf Interesse stößt auch die Neonazi-Thematik. Deutschland hat viel konsequenter die Vergangenheit aufgearbeitet, als das in Japan gemacht wurde. Deshalb ist es so wichtig, daß Deutschland Vorbildcharakter behält. Es gibt in Japan noch immer Menschen, welche die Kriegsschuld nicht anerkennen, die sie aber anerkennen müssen. Wenn wir jetzt so viel über Neonazis berichten müssen, dann relativiert sich das Deutschlandbild und damit auch seine Vorbildfunktion.

Giordano: Deutschland und Japan unterscheidet manches. Das japanische Vorkriegs- und Kriegs-Kriminalgewicht ist nicht so groß gewesen wie das in Deutschland, das den Holocaust verursacht hat. Trotzdem – das japanische Regime war grausam. Die Deutschen haben sich nach 1945, trotz aller Verdrängung, trotz der 'zweiten Schuld', gemessen an Japan jedenfalls viel eindrucksvoller und viel eindringlicher mit ihrer Vergangenheit auseinandergesetzt als die Japaner. Und es wird den Japanern nichts nützen, weil die Geschichte lehrt, daß Verdrängung nichts anderes bedeutet, als die Vergangenheit ständig zur Gegenwart zu machen. Und früher oder später bricht das durch. Vielleicht kann Deutschland, was das anbetrifft, Japan auf gewisse Weise ein Vorbild sein

Storz: Jens König, Sie beschäftigen sich in der taz mit der deutschen Gegenwart. Würden Sie aus Ihrer Sicht sagen, daß das Thema Fremdenfeindlichkeit, Haß gegen Ausländer die Bilder über Deutschland, die im In- und Ausland verbreitet werden, dominiert?

König: Das Problem von Klischees ist, daß sie stimmen und nicht stimmen. Natürlich ist es ein dominierendes Thema und man könnte es sich auch leicht machen und sagen, es ist eins von vielen Themen. Die Aufmerksamkeit und der Blick auf Deutschland sind aber sehr stark davon geprägt. Wenn die New York Times auf Seite 1 über einen fremdenfeindlichen Überfall in Deutschland berichtet, dann prägt das viel mehr das Bild über Deutschland, als jedes andere Ereignis, worüber die New York Times vielleicht auf Seite 17 berichtet. Das Bild, das Deutschland von sich selber hat, wird dadurch auch geprägt. Wenn die deutschen Medien nicht über jenen Vorfall berichten, werden sie später darüber berichten, weil sie sich Sorgen über ihr Bild im Ausland machen.

Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß die ausländischen Medien nur über Rechtsradikalismus in Deutschland berichten. Da gibt es eine Vielfalt, aber ich glaube, daß die Sensibilität dafür höher ist. Karsten Janck zum Beispiel ist Stürmer bei Bayern München. Und weil er kurzgeschorene Haare hat, wird er in der englischen Presse schon mal als Nazi bezeichnet. Die Stereotype in der Berichterstattung in den Medien spielen immer eine Rolle, aber man kann daraus nicht ableiten, ob ein Thema zu viel oder zu wenig beachtet wird. Ich glaube, die ausländischen Medien müssen selber beurteilen, wie ernst sie die Sache nehmen und wie stark sie darüber berichten. Ich glaube nicht, daß zu viel darüber berichtet wird.

Bachmann: Ich merke, es wird Zeit, daß die polnische Nationalmannschaft endlich wieder eine internationale Rolle spielt, denn in Polen rennt fast jeder mit Glatze rum. Börsenmakler und Polizisten sehen so aus. Vielleicht werden Sie jetzt geschockt sein, aber in den letzten Jahren mußte ich Hunderte Male die Frage beantworten, welche Rolle Deutschland bei der EU-Aufnahme von Polen spielt. Ich kann mich wirklich nicht erinnern, daß ich in letzter Zeit irgendwann die Frage hätte beantworten müssen, wie das denn ist mit dem Rechtsradikalismus und den fremdenfeindlichen Übergriffen in Deutschland. Vielleicht hängt das damit zusammen, daß die Polen über die Ossis so ähnlich denken wie die Wessis. Das heißt sie haben sowieso nichts Gutes von ihnen erwartet und das wird jetzt bestätigt, aber das ist ja keine Neuigkeit. Tatsache ist, daß das sicherlich nicht das bestimmende Element in den letzten Monaten oder Jahren war. Unmittelbar nach der Deutschen Einheit war es eine zeitlang ein bißchen anders. Da gab es sehr viele Überfälle auf Polen in Ostdeutschland. Bis sich herausgestellt hat, daß das meistens Bulgaren und Rumänen waren. Dann ist es wieder ein bißchen zurück gegangen. Aber in der letzten Zeit, würde ich sagen, ist es fast kein Thema.

Mason: Ich habe diese Frage beantworten müssen. Wenn meine Oma zum Beispiel in der Zeitung etwas über rechtsradikale Überfälle liest, würde sie mich fragen, ob das stimmt oder ob es sicher ist, wo ich wohne.

Storz: Würden Sie bestätigen, was Herr König gesagt hat? Werden die Spiegelbilder zu Selbstbildern?

Mason: Ich weiß es nicht.

Bachmann: Ich habe schon oft gemerkt, daß man als Auslandskorrespondent nichts Schlimmeres machen kann, als die Erwartungen, die das deutsche Publikum über das hat, was die Ausländer über Deutschland zu denken haben, nicht zu erfüllen. Ein Beispiel: Vor ungefähr drei Jahren gab es ein Fußballspiel in Zabrze, ehemals Hindenburg. Da sind ein paar hundert Glatzköpfe, Fußballfans hingefahren und haben Plakate hoch gehalten und wüste Sprechchöre gemacht. Es waren einige deutsche Fußballreporter dabei, die furchtbar betroffen deswegen waren und zu ihren polnischen Kollegen gegangen sind und ihnen die Mikrofone unter die Nasen gehalten haben und gefragt haben, was sie davon halten.

In der Erwartung, daß sie jetzt sagen, der deutsche Nationalismus ist so schrecklich, ihr müßt euch jetzt entschuldigen (Kinkel hat sich später entschuldigt). Alles was die polnischen Kollegen gesagt haben, war, daß das Fußballfans sind, die repräsentieren ja nicht Deutschland, so was kommt auf der ganzen Welt vor. Dann ist das deutsche Fernsehen hingegangen und hat einen ganzseitigen Bericht über das Fußballspiel, nicht über die Ausschreitungen, sondern über das Fußballspiel, der in der größten Tageszeitung in Polen abgebildet war, in einer Fernsehreportage mit dem Kommentar gezeigt, dieser ganze Bericht wäre allein den Ausschreitungen gewidmet und würde zeigen, wie empört die Polen sind. In Wirklichkeit hat eine einzige Zeitung überhaupt darüber berichtet, in nur einem einzigen Satz. In den anderen Zeitungen war über die Ausschreitungen überhaupt nichts drin. Es gibt sehr viele Fälle, bei denen ich Anrufe kriege von Redaktionen und Lesern, die mir sagen, jetzt müßten die Polen doch Angst vor uns haben. Die Angst, die wir selber haben, projizieren wir ins Ausland und wünschen, daß sie auch in dieser Form wieder zurückkommt.

Giordano: Wir sehen schon an unserer Diskussion hier, wie sensibilisiert das Thema Drittes Reich und das Erbe um die Hypothek des Dritten Reiches immer noch sind. Obwohl 50 Jahre vergangen sind. Das Schreckliche ist also, daß die Auseinandersetzung mit Gewaltregimen, ich möchte nicht alle in einen Topf werfen, aber das gilt sicherlich nicht nur für Deutschland, daß die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Gewaltregime jedenfalls viel länger dauert als die historische Existenz dieses Systems. Das waren 'nur' 12 Jahre. Das waren 12 Jahre zu viel. Aber jetzt im Jahre 2001, das heißt 56 Jahre nach der militärischen Zerschmetterung des Hitler-Deutschlands, ist es immer noch ein großes Problem und bleibt es auch, nicht nur für uns, sondern, wie wir sehen, auch für das Ausland.

Das Erinnerungsvermögen des ehemals deutsch besetzten Europas liegt unter einer dünnen Decke und kann ganz schnell mobilisiert und provoziert werden. Damit kann Deutschland auch Unrecht geschehen. Die Deutschen von heute sind nicht mehr die aus den 30er, 40er, 50er, 60er Jahren. Da hat sich natürlich Grundlegendes geändert. Es wäre auch merkwürdig, wenn eine demokratische Sozialisation nicht einen Bruch herbeigeführt hätte im Lebensgefühl von Generationen, die in einer Demokratie groß geworden sind,

und Generationen, die vorher unter nicht-demokratischen Verhältnissen aufgewachsen sind und diese Last zu tragen haben. Wenn die Rede vom häßlichen Deutschen ist, wäre ich sehr vorsichtig. Ich selber habe die Vergleichsmöglichkeit, daß sich manches geändert hat. Für die demokratische Republik, den demokratischen Verfassungsstaat gibt es überhaupt keine Alternative. Deutschland ist eingebettet in Europa, die anderen brauchen auch in dem Sinne militärisch vor Deutschland keine Furcht zu haben. Nur die Schmerzgrenze beginnt nicht da, wo die Gefahr besteht, daß die Rechten die demokratische Republik, den demokratischen Verfassungsstaat aushebeln, sondern da, wo diese Rechte das tun kann, was sie tut, und daß ihnen diese Freiheiten gegeben werden, die sie haben und die sie nutzen. Das ist etwas, das im Gegensatz zur demokratischen Verfassung und zur Gesinnung der Demokratie steht. Wir müssen also wissen, was diese Leute, obwohl sie nicht die Mehrheit der Bevölkerung sind, Deutschland antun, im Land und im Ausland. Wir sollten dafür sorgen, so schnell wie möglich, daß dieses Übel wenigstens reduziert wird. Aufgehoben wird es zumindest für längere Zeit nicht. Es hat sich in das Politspektrum der größeren Bundesrepublik instituiert, und das ist schlimm genug.

Storz: Wir bewegen uns ja rasant auf ein geeintes Europa zu, sie haben es gerade angesprochen. Ich würde Sie gerne fragen, mit welchen Bildern, Hoffnungen, vielleicht auch Befürchtungen verfolgen die Medien, ihrer Einschätzung nach, im europäischen und nicht-europäischen Ausland diese Entwicklung? Deutschland wird ja gern als die Lokomotive dieses Prozesses betrachtet. Gibt es da hohe Erwartungen oder gibt es auch Befürchtungen?

Zerdick-Nojiri: Die Japaner verfolgen diese Entwicklung mit großer Neugierde. In einem gewissen Maße sind sie sogar ein wenig neidisch, weil die europäischen Nachbarn sich offensichtlich von ihrer Entwicklung her schon so nahe sind, daß es überhaupt die Chance zu einem Einigungsprozeß gibt. Ich beobachte, daß es innerhalb der EU Befürchtungen gibt, Deutschland könnte das Europa der Zukunft dominieren. Aber wir als Japaner wundern uns manchmal, daß Deutschland recht zurückhaltend ist, nicht auf seine Rechte pocht und immer sehr diplomatisch ist.

Storz: Herr Mason, wie sehen Sie das?

Mason: Ich kann nicht für die USA sprechen. Aber ich finde es spannend, wie es sich entwickelt. Ich erzähle auch zu Hause, daß es mich interessiert, hier jetzt zu sein, wie die Wirtschaft, der Neue Markt sich entwickelt. Wie Deutschland seinen Platz in Europa findet, finde ich persönlich sehr interessant. Aber mehr kann ich eigentlich nicht dazu sagen.

Storz: Herr Bachmann?

Bachmann: Vor 15 Jahren, als ich in Polen angefangen habe, gab es solche Gespräche, z. B. bei einer Unterhaltung mit polnischen Veteranen oder Partisanen, wenn man sich zwei Stunden darüber unterhalten hat, wie das war damals, dann bricht es plötzlich aus einem heraus: „Sie nehmen es mir jetzt nicht übel, wenn ich etwas Schlechtes über Hitler sage?“ Sie dürfen ja nicht voraussetzen, daß Leute, die 50 Jahre im Kommunismus gelebt haben, viel mitgekriegt haben von deutscher Vergangenheitsbewältigung. Sie können kaum wissen, daß es in Deutschland mittlerweile fast niemanden mehr gibt, der nichts Schlechtes über Hitler sagt, und daß die, die Gutes denken, es zumindest nicht einem Polen gegenüber sagen. Es wird ja auch erwartet, daß über den polnischen Staatsgründer zu Anfang des Jahrhunderts niemand etwas Schlechtes sagt, also ist das auch umgekehrt so, daß man nicht schlecht über andere frühere Staatsoberhäupter redet. Inzwischen habe ich nicht den Eindruck, daß es noch bedeutende Kreise in Polen gibt, die sagen würden, daß das mit der deutschen Vergangenheitsbewältigung nicht funktioniert hat oder daß sie tatsächlich fürchten, daß sich die Geschichte in Deutschland wiederholen könnte. Die Befürchtungen, die es momentan vielleicht gibt, sind, daß Deutschland seine europäischen Hausaufgaben nicht ausreichend macht und daß dann Polen davon Nachteile hat. Während im letzten Jahr erstaunlicherweise etwas hervorgebrochen ist, was in diese Richtung, in die Vergangenheit zielt, aber in bezug auf Österreich. Man konnte oft den Reflex beobachten, natürlich ohne daß es jemand offen gesagt hätte, daß die Österreicher die schlechteren Deutschen sind, abgesehen von den Osis natürlich. So was wie in Österreich, daß ein Haider an die Macht kommt, das ist in Deutschland völlig ausgeschlossen. Das ist zumindest mein Eindruck nach den Reaktionen, die es in Polen darüber gegeben hat.

Es ist heute weniger die Frage, welche Dämonen aus der Vergangenheit, die in Polen und auch in anderen osteuropäischen Ländern eine Rolle spielen, wieder auftauchen. Es ist vielmehr die Furcht, daß man aufgrund von zu sehr interessenbetonter Außenpolitik,

aufgrund von Ängsten in der deutschen Bevölkerung, wegen Gruppeninteressen, Lobbys usw., daß man bestimmte Dinge bei den europäischen Aufgaben, der europäischen Integration, der Osterweiterung vernachlässigt. Das ist natürlich ein bißchen tragisch, denn gerade Polen hat noch vor ein paar Jahren gewisse Hoffnungen darauf gerichtet. Wenn Deutschland die Hausaufgaben macht, in Frankreich aber dann der Verdacht entsteht, daß man wieder zurück zur Geschichte will und in Osteuropa eine deutsche Einflußzone aufbaut, dann beißt sich die Katze in den Schwanz.

Giordano: Also ich denke mir diese Haltung, die Polen gegenüber Deutschland hat, ist eher positiv. Die würde sich ganz schnell ändern, wenn Deutschland etwas ausspielen würde, was es bis jetzt noch nicht ausgespielt hat und hoffentlich auch nicht ausspielen wird. Nämlich, daß Deutschland alle Voraussetzungen einer Hegemonialmacht in Europa hätte, einfach durch sein demographisches Gewicht mit einer Bevölkerung von 80 Mio., der mit Abstand größten Bevölkerung. Und auch produktionell mit dem größten, mächtigsten Produktionsapparat. Und wenn Deutschland diese vorsichtige Politik, die bis jetzt eigentlich alle Regierungen befolgt haben, eben dieses objektive Hegemonialgewicht nicht auszuspielen, wenn Deutschland von dem Weg abgehen würde, dann wäre in Europa eine neue Situation da. Denn die objektiven Voraussetzungen eine Hegemonialmacht zu werden, die sind da und die bleiben auch.

König: Das Beispiel mit Europa zeigt auch, daß das stimmt, was Herr Bachmann vorhin gesagt hat. Daß wir unsere eigenen Ängste oftmals nach außen projizieren und erwarten, daß das Ausland sie bestätigt. Dann sehen wir, daß im Ausland gesagt wird, Deutschland soll aber seine Interessen zurückhalten, aber auch nüchtern formulieren und durchsetzen. Sobald Deutschland dies aber tut, stößt es natürlich überall auf Interessenskonflikte und auf Befindlichkeiten. Nehmen Sie die Spannung zwischen Deutschland und Frankreich.

Zerdick-Nojiri: Nur weil Frankreich nicht an ein Deutschland gewöhnt ist, das seine Interessen nicht zurückhält.

König: Natürlich, weil Frankreich auch Angst hat, etwas zu verlieren. Das zeigt die Schwierigkeit. Wenn Deutschland anfängt zu sagen, o.k. der Krieg ist 50 Jahre her, es ist

eine andere Generation von Staatsmännern an der Macht, die nicht mehr wie Kohl und Mitterrand sozusagen noch an den Grenzzäunen gestanden haben und sich die Hände gereicht haben, davon also auch nicht mehr zehren und ihre Interessen nüchterner formulieren, dann zeigt sich erst das eigentliche Problem. Nicht so sehr in der Rückschau, sondern in dem, was nach vorne definiert wird.

Storz: Könnten Sie ganz kurz noch mal das eigentliche Problem skizzieren?

König: Nicht die Fragen, ob es ein häßliches Deutschland gibt, ob Deutschland zu groß, zu stark ist, sondern ob Deutschland seine Interessen maßvoll in Europa definieren kann, ob es eine dominierende Rolle in Europa spielen möchte oder eine führende. Und ich glaube, daß im Ausland vielmehr akzeptiert wird, daß Deutschland eine führende Rolle übernehmen wird, ohne die anderen zu dominieren. Und ich glaube, daß die Deutschen selber ein Verhältnis dazu finden müssen.

Storz: Verstehe ich Sie richtig, Sie plädieren eigentlich auch für ein sich jetzt mit den Generationen wandelndes Selbstbild? Könnten Sie als junger Journalist, der im Osten gebürtig ist und jetzt in Berlin arbeitet, ein Selbstbild, wie Sie es sich für Deutschland wünschen, formulieren?

König: Nein, könnte ich nicht. Das ist mir zu hoch. Über etwas, an dem sich ganze Generationen und Heerscharen abarbeiten, kann ich nicht so einfach ein Selbstbild formulieren. Mir scheint es nur so, daß man sozusagen anerkennen muß, daß die Ängste, daß Deutschland in die Vergangenheit zurückfällt, übertrieben sind und daß man daraus ableitend eine positive Rolle für die Zukunft definieren muß. Daß man auch akzeptieren muß, daß ein Schröder sehr viel nüchterner damit umgeht als ein Helmut Kohl. Er ist deswegen nicht nationaler orientiert, er stammt einfach aus einer anderen Generation. Daß man auch Europa nicht braucht, um Deutschland zu bändigen. Das ist natürlich eine Idee, die beispielsweise bei Joschka Fischer vielmehr verankert ist als bei Gerhard Schröder. Der sagt, nun gut, wir müssen das Verhältnis zu Frankreich neu definieren, wir können es nicht nur historisch definieren, sondern es für das dritte Jahrtausend beginnen.

Storz: Sie verfolgen ja den innerdeutschen medialen Reflex auf das was passiert. Würden Sie so für die letzten ein, zwei Jahre sagen, daß das was wir in Deutschland selbst auf-

gegriffen haben in unserer Berichterstattung und der Gewichtung relativ deckungsgleich ist mit dem, was Sie in der ausländischen Presse sehen oder mitkriegen? Oder sind da große Unterschiede aus Ihrer Sicht, die speziell das Thema Europa betreffen? Nehmen wir es so wichtig wie die Kollegen außerhalb Deutschlands oder sind wir zu sehr befaßt mit unseren Dingen wie Vergangenheitsdiskussion um den Außenminister zum Beispiel? Interessiert uns anderes als die ausländischen Kollegen?

König: Ich glaube, daß die ausländischen Kollegen sich auch für die Vergangenheit von Joschka Fischer interessieren. Vielleicht unterscheidet sich die Art und Weise, die Selbstfixierung und die Detailversessenheit auf Joschka Fischer, ob er eine Stunde oder vier Stunden bei irgendeinem ominösen PLO-Kongreß 1969 in Algier war. Da berichtet die New York Times nicht so ausführlich wie die Medien hier. Aber im Prinzip ist das Interesse deckungsgleich. Dieser Blick nach außen und das Vergleichen sind bestimmt ein Problem, und man kann die Dinge, die wir vernachlässigen, anhand der deutschen Presse beurteilen. Nehmen wir ein Phänomen, worüber wir hier eine Weile gesprochen haben, den Rechtsradikalismus. Das ist doch jahrelang kein Thema gewesen in Deutschland. Plötzlich taucht es im Sommer 2000 irgendwo auf und ist seitdem präsent. Darüber berichten wir wirklich zu wenig und es ist ein gravierendes Problem. Aber in dieser Besessenheit, in dieser Obsession, in der wir jetzt darüber berichten, da entlasten wir uns wieder ein Stückweit, davon, daß wir acht, neun oder zehn Jahre diese Themen zu wenig beachtet haben. Man muß gar nicht ins Ausland schauen, um zu sehen, was hier in Deutschland, im Spiegelbild der Medien, vernachlässigt wird.

Zerdick-Nojiri: Insgesamt findet Deutschland große Achtung auch von Japan, auch wegen der großen Herausforderung der Wiedervereinigung. Es ist enorm, was auf finanzielle, soziale und psychologische Weise geleistet wurde. Was aber nicht so gut ankommt, ist diese Ausländerfeindlichkeit. In diesem Zusammenhang sind die Japaner etwas überrascht, daß Deutschland weitere Einwanderer ins Land holen will. Es wird aber eher davon ausgegangen, daß die Deutschen schon mit den heute präsenten Ausländern nicht umgehen können; die existierende Ausländerfeindlichkeit belegt dies. Außerdem höre ich in der Diskussion in den Medien immer wieder, daß Deutschland sich mit Frankreich oder England vergleichen wird. Aber der Vergleich hinkt. Denn es wird vergessen, daß die Emi-

granten, die nach Frankreich kommen, in der Regel französisch sprechen und das gleiche gilt für England, wo die Einwanderer ebenfalls hauptsächlich aus den alten Kolonien kommen. Im Gegensatz dazu ist die Einwanderung z. B. eines Türken nach Deutschland ungleich schwieriger, weil er weder die Sprache noch die Gepflogenheiten kennt. Man sollte daher niemandem Vorwürfe machen, wenn da manches bei der Integration in der Vergangenheit gescheitert ist, denn am Anfang dachte keine der beiden Seiten, daß die Türken bleiben würden.

Bachmann: Mir fallen zwei Sachen ein. Die politische Wertigkeit, die in politischen Deklarationen der EU-Erweiterung in Deutschland zugeteilt wurde. Es ist geradezu erschreckend, wie gering die Kompetenz, die mediale Kompetenz, aber zum Beispiel auch die von Wissenschaftlern, zu diesem Thema ist und wie wenig darüber in den letzten Jahren diskutiert wurde. Jetzt ändert es sich langsam ein bißchen, aber das ist sehr, sehr spät und das ist eine Diskussion, die in Polen, zum Teil auch in anderen Ländern, wo man es gar nicht erwarten würde, zum Beispiel in der Ukraine, viel früher begonnen hat. Und das ist eine Sache, die aus dieser Sicht umgekehrt ist. Das Interesse in Polen an diesen Themen 'Deutschland und EU' ist viel größer als umgekehrt das Interesse der deutschen Medien an dem Thema Osterweiterung, Polen und Tschechien usw. Dagegen ist meines Erachtens die Diskussion um '68 ein völlig neues und neudeutsch virtuelles Thema. Es hat zum Jahrestag von '68, also 1998 ein paar nette Artikel in Polen gegeben. Aber es ist natürlich auch schwer das Thema den Lesern dort nahe zu bringen. Es hat auch ein '68 in der Tschechoslowakei und in Polen gegeben, aber das war natürlich ganz anders, unter anderen Voraussetzungen und ist überhaupt nicht vergleichbar. Von daher ist es schwer vermittelbar. Aber das, was sich jetzt abspielt, ist noch viel schwerer vermittelbar. Was ich zum Beispiel auch nicht verstehe, ist, weshalb noch niemand auf die Idee gekommen ist, daß jemand, der vor dreißig Jahren Steine geworfen hat, Polizisten verprügelt hat und heute Außenminister ist, daß man den nicht als wunderbares Beispiel feiern könnte, wie integrativ unsere Demokratie ist. Im Grunde genommen müßte er sich ja dafür schämen, was man mit ihm gemacht hat. Aber es funktioniert andersrum.

Herr König von der taz hat von der Rückprojizierung gesprochen. Es gibt ein wunderbares Beispiel aus dem Französischen: vor ein oder zwei Jahren ist ein Buch eines ehema-

ligen Mitterrand-Beraters und Wirtschaftsmanagers unter dem reißerischen Titel 'Über den nächsten Krieg mit Deutschland', der aber überhaupt nichts mit dem Inhalt des Buches zu tun hat, erschienen. Herald Tribune, der Spiegel und noch ein paar andere Zeitungen haben es wochenlang als Ausdruck der neuen Deutschfeindlichkeit in Frankreich verbraten. Ich habe das Buch gelesen, es wird jetzt Herrn Giordano wahrscheinlich fürchterlich schocken, wenn ich versuche das zusammenzufassen, denn der Autor kommt an einigen Stellen zu dem Schluß, daß das, was in Deutschland schief gelaufen ist, nicht die Tatsache ist, daß es den deutschen Nationalismus, den deutschen Nationalstaat gab, sondern daß er pervertiert worden ist. Die Schlußfolgerung, die er daraus zieht, ist, daß Deutschland endlich ein normaler Nationalstaat mit einem normalen Nationalismus werden müßte. Man kann sich darüber streiten, man kann es gut finden oder schlecht, aber eins ist es sicher nicht, es ist nicht anti-deutsch und es handelt nicht vom nächsten Krieg mit Frankreich. Aber so wurde es in den deutschen Medien verkauft, weil das das ist, was wir gerne von den Franzosen hören würden. Das sie vor dem Angst haben, wovor wir selber Angst haben. Und das scheint mir einer der Punkte zu sein, wo sich dieser Eindruck im Ausland und der Eindruck von dem, was sich im Inland abspielt, widersprechen. Zum Beispiel die deutsche Nationalstaatsdiskussion. Ich meine, es ist verständlich, daß aufgrund der deutschen Erfahrung der Geschichte man ein problematisches Verhältnis zu dem Begriff Nationalstaat hat. Nur muß man sich natürlich darüber im klaren sein, daß er in Deutschland pervertiert wurde und nicht überall auf der Welt. Denn für viele Nachbarländer von Deutschland ist er zunächst einmal eine Errungenschaft, und es war noch keine Zeit dazu, ihn zu pervertieren. Wenn dann ein deutscher Bundespräsident in einer großen Rede sagt, die Form des Nationalstaats sei überholt und das Ziel der Europapolitik sei, die Nationalstaaten zum Verschwinden zu bringen, dann fragt man sich natürlich in Polen, um Gottes Willen, was hat der vor mit unserem Nationalstaat. Grundsätzlich hat es uns Deutschen nicht geschadet, daß wir ein bißchen ehrlicher geworden sind. Es hat zu ein paar Irritationen geführt, gerade beim Machtwechsel in Bonn bzw. in Berlin. Aber mittlerweile ist es einigermaßen akzeptiert worden. Kohl ist immer nach Polen gekommen und sagte: „Wir nehmen euch in die EU auf.“ Er wollte das sogar schon im Jahr 2000 machen, so eilig hatte er es. „Wir nehmen euch in die EU auf, wegen 'nie wieder Krieg', wegen dem, was wir bei euch angerichtet haben, wegen unserer historischen Verpflichtungen. Dann ist

Schröder gekommen und hat gesagt: „Na ja, das mit der Geschichte lassen wir mal, ich bin nach dem Krieg geboren usw. Machen wir es aus anderen Gründen. Wir haben da ganz konkrete, Wirtschaftswachstum, Außenhandel, größerer Markt in der EU, die Vorteile, die wir durch flexiblere Märkte haben usw. usf.“ Da haben die Polen zunächst mit entsprechenden Irritationen reagiert und haben gesagt, daß sie so eine Sprache bis jetzt nicht gehört haben. Aber inzwischen gibt es auch immer mehr Leute, die sagen: „Ja Moment, der Bursche hat ja gar nicht so unrecht.“ Ich meine, wenn mal ein anderer Bundeskanzler kommt als Kohl, der nicht so in der Vergangenheit verankert ist – wobei man sich fragen kann, wie sehr Kohl wirklich in Deutschland verankert ist, wenn man an die berühmten Soldatenfriedhöfen denkt mit den SS-Gräbern, kann man seine Zweifel haben. Aber irgendwann stirbt diese Generation und dann hat sie diese Begründung nicht mehr, dann braucht sie eine andere, und wir wollen schließlich in die Europäische Union und dafür braucht man eine ordentliche Begründung. Und die Begründung von Schröder, die trägt dann immer noch, während die von Kohl irgendwann ausstirbt.

Storz: Herr Giordano, was sagen Sie zum Thema Nationalstaat?

Giordano: Wir müssen uns mal überlegen, wieso bei uns Deutschen Begriffe, die für andere Völker selbstverständlich sind, mit einem Tabu belastet sind. Also zum Beispiel Nationalstaat oder Heimat oder Vaterland. Das mag ja keiner in den Mund nehmen. Jedenfalls den Kriegsgenerationen, den Generationen der Söhne und Töchter, fällt es schwer. Ich weiß nicht genau, wie es bei den Enkelinnen und Enkeln ist, da ist es vielleicht nicht mehr so, weil die Distanz größer ist. Aber wenn wir dieses Thema anschneiden, dann sprechen wir über die Schwierigkeiten, die wir Deutschen mit unserer deutschen Identität haben. Und da liegt eben vieles im argen, was durch die deutsche Geschichte nicht unverständlich ist. Sie hat zu diesen Brüchen geführt. Für Polen, Italiener, Franzosen, Engländer sind Heimat, Vaterland oder Nationalstaat ganz selbstverständlich. Das ist bei uns nicht so einfach und das ist nicht ungefährlich. Das bedeutet, hier gibt es ein Vakuum und da hinein können diese Rechten natürlich schlüpfen, also lassen Sie uns auf der Hut sein.

König: Dazu fällt mir etwas ein, was Harald Schmidt mal gesagt hat: Wenn die Franzosen besoffen über die Champs Elysées laufen und „Vive La France!“ rufen, dann heißt

es immer gleich „Oh diese mediterrane Lebensfreude“. Aber wenn die Deutschen das ‚Unter den Linden‘ machen, dann wissen wir ja, welche Reaktionen es da gibt.

Die Autorinnen und Autoren

Klaus Bachmann

geb. 1963 in Bruchsal, studierte Geschichte, Osteuropäische Geschichte, Politische Wissenschaften und slawische Sprachen in Heidelberg, Wien, Krakau und Warschau. Seit 1988 ist Dr. Klaus Bachmann Korrespondent für verschiedene deutschsprachige Zeitungen (Stuttgarter Zeitung, taz, Die Presse, seit einem halben Jahr auch Tagesspiegel und Frankfurter Rundschau) in Warschau, Kiew, Minsk und Vilnius. Seit sechs Jahren ist er zudem Kommentator für verschiedene polnische Medien sowie Autor mehrerer Bücher über Polen und die EU in deutscher und polnischer Sprache.

Gianfranco Facco Bonetti

war im Laufe seiner 34-jährigen diplomatischen Karriere in Großbritannien, Jugoslawien, im Iran, in Deutschland, der Sowjetunion und zuletzt in Rußland tätig. Im italienischen Außenministerium arbeitete er für die unterschiedlichsten Abteilungen, wie z. B. das Wirtschafts- und Entwicklungsreferat. 1996 fiel in seine Verantwortlichkeit die Organisation der italienischen Präsidentschaft der Europäischen Union und 1997 die Leitung der Umstrukturierung der Organisation des Außenministeriums. Seit November 1998 steht er der Abteilung „Förderung der Kultur und der kulturellen Zusammenarbeit“ im italienischen Außenministerium vor. Er ist Vorsitzender des Lenkungsausschusses des Regionalbüros der UNESCO für Wissenschaft und Technologie in Venedig und Mitglied verschiedener internationaler und italienischer Institutionen auf Regierungsebene zur Förderung der Kultur, Wissenschaft und Erziehung.

Andrew B. Denison

ist selbständiger Analyst und Publizist, spezialisiert auf den Bereich Außen- und Sicherheitspolitik im nordatlantischen Raum, im Sinne von 'transatlantic networks'. Die damit verbundenen Aufgaben reichen von wissenschaftlichen Forschungsaufträgen bis zur poli-

tischen Bildung. Er ist Kommentator in Funk und Fernsehen und hält Vorträge über transatlantische Beziehungen. Seit seinem Magisterabschluß an der Universität Hamburg und seinem Ph. D. an der Nitze School of Advanced International Studies der John Hopkins Universität in Washington D. C. arbeitet Dr. Denison mit verschiedenen Einrichtungen in Europa und den Vereinigten Staaten. Als Assoziierter Wissenschaftler des Bonner Instituts für Strategische Analysen konzentriert er sich auf europäische Verteidigungspolitik. Zusammen mit dem Marshall European Center for Security Studies in Garmisch arbeitet er an einem 5-Jahres Projekt über Geopolitik im euro-atlantischen Raum. Von 1997 bis 2000 war er an der Universität Bonn als Dozent und als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Politische Wissenschaft tätig.

Francis Etienne

geb. 1958 in Neuilly-sur-Seine bei Paris, studierte Geschichte, Rechts- und Politikwissenschaften am Politischen Institut in Paris, der Sorbonne und der Ecole Nationale d'Administration (ENA). Seine auf Europa und die europäische Zusammenarbeit ausgerichtete Tätigkeit begann Etienne 1986 als Leiter des Bereichs Europäische Angelegenheiten im Ministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung, wo er insbesondere mit den Verhandlungen zum Vertrag von Lomé betraut war. Zwischen 1990 und 1993 war er als erster Sekretär bzw. als Fachberater für den Bereich Mittelmeer- und Golfländer bei der ständigen Vertretung Frankreichs der Europäischen Union in Brüssel tätig; daran schloß sich eine dreijährige Tätigkeit als Kultur- und Wissenschaftsgesandter bei der französischen Botschaft in Canberra (Australien) an. Von 1996 bis 1999 war er Direktor der praktischen Lehrgänge an der ENA. Neben seinen Tätigkeiten in Brüssel ist er am Institut für Politikwissenschaften in Paris verpflichtet und seit 1999 Mitglied des Institut des Hautes Etudes de la Défense Nationale (IHEDN). Seit dem vergangenen Jahr (2000) ist er als Generalkonsul Frankreichs in Baden-Württemberg mit der Belebung der kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen und der Kultivierung der bereits existierenden regionalen und grenzüberschreitenden Partnerschaften zwischen Frankreich und Deutschland betraut.

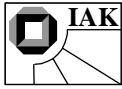
Ralph Giordano

geb. 1923 in Hamburg, fiel während der Nazizeit seiner jüdischen Mutter wegen unter die „Nürnberger Rassegesetze“. Er wurde der Schule verwiesen, es folgten Gestapoverhöre mit schweren Mißhandlungen und Zwangsarbeit. Seine Familie verharnte bis zur Befreiung Hamburgs durch die 8. Britische Armee am 4. Mai 1945 in der Illegalität. Ab 1946 war er als Journalist und Rundfunkautor tätig, daran schloß sich 1964 eine Beschäftigung als Fernsehautor beim WDR und SFB an. Aus dieser Tätigkeit entstanden Dokumentationen mit dem Schwerpunkt Nationalsozialismus, Stalinismus, Probleme der Dritten Welt, aber auch historische Portraits. Giordano ist Autor der autobiographischen, mittlerweile verfilmten, Hamburger Familiensaga „Die Bertinis“. Darüber hinaus sind von ihm u. a. erschienen „Die Zweite Schuld oder von der Last Deutscher zu sein“, „Wenn Hitler den Krieg gewonnen hätte“, „Deutschlandreise – Aufzeichnungen aus einer schwierigen Heimat“ und, im vergangenen Jahr als sein „Alterswerk“ publiziert, „Die Traditionslüge – Bundeswehr und Wehrmachtsschatten“. Giordano wurde für seine Arbeit und sein Engagement vielfach ausgezeichnet (u. a. Grimme-Preise, Bundesverdienstkreuz)

.

Helmut Haussmann

geb. 1943 in Tübingen, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, war von 1971 bis 1975 Forschungsassistent und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Unternehmensführung der Universität Erlangen-Nürnberg und promovierte zum Dr. rer. pol. Seit 1976 ist er Mitglied des Deutschen Bundestages, zunächst im Haushalts- dann im Wirtschaftsausschuß. Seit 1978 hat er einen Lehrauftrag am Lehrstuhl für Unternehmensführung. Von 1980 bis 1984 war Dr. Helmut Haussmann wirtschaftspolitischer Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion, daraufhin 4 Jahre lang Generalsekretär der Bundes-F.D.P. Von 1988 bis 1991 war er Bundesminister für Wirtschaft. Seit 1991 ist er Mitglied im Auswärtigen Ausschuß und im Europa-Ausschuß, Europapolitischer Sprecher der F.D.P.-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises Internationale Politik der F.D.P.-Bundestagsfraktion, außerdem Partner bzw. heute Vice President von Gemini-Consulting in Bad Homburg. Von 1995 bis 1999 war er Stellvertretender Vorsitzender der F.D.P. Baden-Württemberg, seit 1999 Mitglied des Bundesvorstands der F.D.P. Seit 1996 ist er



Honorar-Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg im Bereich Internationales Management und seit 1997 Governor der Asia-Europe-Foundation (ASEF) mit Sitz in Singapur.

Hannspeter Hellbeck

geb. 1927 in Witten an der Ruhr, studierte Rechtswissenschaften. Nachdem Dr. Hellbeck 1956 in den Auswärtigen Dienst eintrat, war er von 1958 bis 1963 Konsul und von 1966 bis 1972 stellvertretender Generalkonsul am Generalkonsulat in Hongkong. Danach leitete er bis 1977 das Ostasienreferat des Auswärtigen Amtes, später war er als Politischer Gesandter an der Botschaft in Paris tätig. Von 1980 bis '86 war er stellvertretender Leiter der Ständigen Vertretung in der DDR in Ost-Berlin und bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1992 deutscher Botschafter in Peking. Seit 1993 ist er als Rechtsanwalt tätig, zudem seit 1993/1994 als Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amtes für Vietnam, von 1994 bis 1997 als Ostasienberater für BAO Berlin Marketing Service und seit 1998 als China-Consultant.

Rolf Hoffmann

geb. 1953 in Köln, studierte in Tübingen und an der Duke University (USA) Biologie und Verhaltenspsychologie. Nach seiner Promotion 1983 und einer zweijährigen Tätigkeit als wissenschaftlicher Angestellter der Universität Karlsruhe wechselte er 1985 als Grundsatzreferent der Alexander von Humboldt-Stiftung in die internationale Wissenschaftsverwaltung. 1990/91 baute er die Abteilung „Außenbeziehungen“ bei der Deutschen Agentur für Raumfahrtangelegenheiten auf, übernahm dann die Leitung der DAAD-Programmabteilung für Industrieländer und wechselte 1995 nach New York, wo er bis 1998 die DAAD-Außenstelle Nordamerika leitete. Nach seiner Rückkehr wurde er zum Direktor des bi-nationalen Deutsch-Amerikanischen Konzils mit Sitz in Bonn und Washington, D. C. berufen. Zu Beginn des Jahres 2001 übernahm er – wiederum für den DAAD – die Planung, den Aufbau und die Leitung der neu gegründeten nationalen Arbeitsstelle „Interna-

tionales Marketing für Bildung und Wissenschaft in Deutschland“ mit dem Hochschulkonsortium *GATE-Germany* (Guide to Academic Training and Education in Germany).

Barbara John

geb. 1938 in Berlin, ist – berufen durch Richard von Weizsäcker – seit 1981 Ausländerbeauftragte des Berliner Senats. Nach abgeschlossenem Lehramtsstudium und fünfjähriger Berufstätigkeit in Hamburg (1961-66) studierte sie Politikwissenschaft und Bildungsökonomie in Berlin und London. Anschließend war sie mehrere Jahre an der FU Berlin als Wissenschaftliche Assistentin in der Lehrerbildung im Fach „Deutsch als Fremdsprache“ tätig. Barbara John ist Autorin diverser Publikationen zu sprachdidaktischen und ausländerpolitischen Themen, darunter des Sprachlehrwerks für Fatma, Jannis und Branko. Zudem ist sie Mitherausgeberin von „Von Zuwanderern zu Einheimischen. Hugenotten, Juden, Böhmen und Polen in Berlin“.

Jean-Baptiste Joly

geb. 1951 in Paris, studierte Germanistik an den Universitäten Paris-Sorbonne Nouvelle, der FU Berlin und Paris Vincennes. Seit 1983 lebt und arbeitet Prof. Joly in Stuttgart und war lange Jahre Direktor des Institut Français de Stuttgart. Seit 1989 ist er im Vorstand der Stiftung Akademie Schloss Solitude, deren Gründungsdirektor und künstlerischer Leiter er zudem ist. Als Honorarprofessor nimmt er darüber hinaus Lehraufträge an der Kunsthochschule Weißensee und der Hochschule für Gestaltung Berlin wahr. Außerdem ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Kulturtheorie und Kulturwissenschaften der Universität Stuttgart.

Fuad Kandil

geb. 1936 in Tanta (Ägypten), studierte Elektrotechnik sowie Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. 1974 promovierte er zum Dr. rer. pol. 1981 schloß sich die Habilitation im Fach Soziologie an. Daraufhin war er Privatdozent und ist seit 1989 außerplanmäßiger Professor für Soziologie an der Universität Karlsruhe. Weiterhin ist Prof. Dr. Fuad Kandil

wissenschaftlicher Referent für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universitätsbibliothek Karlsruhe und Leiter des wissenschaftlichen Dienstes. Seine Forschungsschwerpunkte sind Entwicklungsgesellschaften im Kontext des Weltsystems; Wechselbeziehungen zwischen Tradition und Modernität; Muslimische Minderheiten in Europa; Transkulturelle Kommunikation in globaler Perspektive; Multikulturalismus.

Matthew Kidd

geb. 1957, ist seit 1998 Botschaftsrat für Politik, Presse und PR der Britischen Botschaft in Berlin. Er begann seine diplomatische Laufbahn 1978 mit dem Eintritt ins Ministerium für Außen- und Commonwealthangelegenheiten. 1980 bis 1983 war er bei der „British High Commission“ in Nicosia tätig, daraufhin bei der Britischen Vertretung der Vereinten Nationen in New York. Anschließend war er Persönlicher Referent des Botschafters der Britischen Botschaft in Paris. In den Jahren zwischen 1986 und 1999 arbeitete er für das Westeuropa-Referat und das Referat für Sicherheitspolitik. Von 1990 bis 1993 war er stellvertretender Leiter der Britischen Botschaft in Adis Abeba, von 1993 bis 1994 des Fernost- und Pazifikreferats, daraufhin zwei Jahre als stellvertretender bzw. amtierender Leiter des Planungsstabs (Policy Planning Staff). Es folgten zwei Jahre als Außenpolitischer Berater der Europäischen Kommission in Brüssel.

Jens König

ist 37 Jahre alt, in Ostdeutschland geboren und Leiter des Parlamentsbüros der taz seit 2000. Seit 1994 ist er Meinungsredakteur und Leiter des Ressorts Inland, zuvor war er von November 1989 bis 1994 Chefredakteur der „Jungen Welt“.

Przemyslaw Konopka

geb. 1956 in Posen (Polen), studierte von 1975 bis 1979 Literaturwissenschaft in Posen. Danach arbeitete er dort bis 1988 als wissenschaftlicher Mitarbeiter. 1986/87 und 1988/89 erhielt er ein wissenschaftliches Stipendium in Bonn. Von 1990 bis 2000 war Przemyslaw Konopka Auslandskorrespondent in Deutschland für polnische Medien (u. a. für

„Gazeta Wyborca“, „Zycie“ – Tageszeitungen, für Radiosender und Privatfernsehen). Von Mai bis November 2000 leitete er das Büro ©Poland in Frankfurt am Main im Zusammenhang mit dem Auftritt Polens als Gastland bei der 52. Frankfurter Buchmesse. Seit Dezember 2000 ist Przemyslaw Konopka Vizedirektor des Polnischen Instituts in Leipzig.

Julia Macioti

geb. 1974 in Brüssel, wuchs als Tochter einer deutschen Mutter und eines italienischen Vaters in Brüssel, Venezuela und Indien auf. Nach abgeschlossenem Studium der Politikwissenschaft und Schwedisch in Norwich (GB) und Linköping (Schweden) machte sie ihren Magister der International Relations an der University of Nottingham (GB). Zwischen 1997 und '98 war Julia Macioti Assistant Editor der Zeitschrift „International Affairs“ am Royal Institute of International Affairs (Chatham House) in London. Seit August 1998 lebt und arbeitet sie in Frankfurt am Main, wo sie zunächst in der politischen Nachrichtenredaktion der FAZ als Redakteurin tätig war. Seit Januar vergangenen Jahres ist sie für die englische Ausgabe der Zeitung zuständig.

Jeffrey Mason

kam 1999 als journalistischer Stipendiat der deutsch-amerikanischen Fulbright Kommission nach Deutschland. Zunächst arbeitete er in Berlin, wo er im Rahmen eines Forschungsprojekts Menschen interviewte, die im Jahr des Mauerbaus 1961 in Ost- oder in Westberlin gelebt hatten. Im Oktober 2000 wechselte er nach Frankfurt am Main, um bei der Nachrichtenagentur Reuters eine Anstellung als Wirtschaftsreporter anzunehmen. Seitdem berichtet Mason von den Aktienmärkten.

Inge Mißmahl

geb. 1948 in Riedlingen, absolvierte nach dem Studium der Literatur- und Sportwissenschaften eine Tanzausbildung in London, Paris und New York. Bis 1980 hatte sie einen Lehrauftrag am Institut für Sportwissenschaften der Universität Tübingen. Danach baute

sie die Tanzwerkstatt Konstanz als Schule für Tanz, Gestaltung, Theater und des Off-Off-Theaters auf. Diese ist als interdisziplinäre, experimentelle Bühne mit jährlich zwei bis drei Eigenproduktionen konzipiert. Neben ihrer Tätigkeit als Leiterin der Tanzwerkstatt Konstanz studiert Inge Mißmahl seit 1997 am C. G. Jung Institut in Zürich, wo sie als Analytikerin abschließen wird.

Siegmar Mosdorf

geb. 1952 in Erfurt, studierte an der Universität Konstanz. 1978 bis 1982 war er bei der IG Metall zuständig für Angestellten- und Ingenieurarbeit sowie für die Betreuung der Betriebe Bosch, IBM, Daimler-Benz, Hewlett & Packard und SEL. Er ist Vorsitzender der Carlo-Schmid-Stiftung, Mitglied der Reformkommission „Soziale Marktwirtschaft“ der Bertelsmann-, der Siemens-Nixdorf- und der Ludwig Erhard-Stiftung. Weiterhin ist er Mitglied des Beirats des Transatlantikforums der Quandt-Stiftung und Gründungsmitglied von Eurosolar. Seit 1990 ist Siegmard Mosdorf Mitglied des Deutschen Bundestages. Er arbeitet in den Ausschüssen für Wirtschaft, Forschung und Technologie sowie für Sport. 1996-1998 war er Vorsitzender der Enquete-Kommission „Zukunft der Medien in Wirtschaft und Gesellschaft – Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“. Seit 1998 ist er Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und Koordinator für Luft- und Raumfahrt der Bundesregierung.

Caroline Y. Robertson

geb. 1951 in Glasgow, promovierte in Karlsruhe in Soziologie über „Ethnische Identität und politische Mobilisation“. Sie ist Gründungsmitglied und Geschäftsführerin des Interfakultativen Instituts für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH), Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Kulturwissenschaft und Mitglied des Fachbereichs „Interkulturelle Frauenarbeit“ des Deutschen Frauenrats. Seit 1998 ist sie Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft e. V. Bonn und seit 1999 Beiratsmitglied des Nachdiplomstudiengangs „Kulturmanagement“ der Universität Basel. Zu ihren Arbeits- und Lehrschwerpunkten gehören Problembereiche

ethnischer Identität, Multikulturalität, interkulturelle Vergleiche, Kulturosoziologie, Kulturpolitik, Kulturökonomik sowie interkulturelle Hochschulpolitik.

Heleno Saña

geb. 1930 in Barcelona, ist seit 1959 als freier Schriftsteller in der Bundesrepublik tätig und Mitglied des deutschen Pen Clubs. Heleno Saña ist Verfasser von rund 30 sozialphilosophischen und kulturgeschichtlichen Büchern in spanischer und deutscher Sprache, darunter „Die Zivilisation frißt ihre Kinder“ (1997) und „Das Elend des Politischen“ (1998). Mit der deutschen Problematik setzt er sich seit Jahren in Vorträgen, Aufsätzen und in diversen Publikationen auseinander. Unter diesen Themenkomplex fallen seine Bücher „Verstehen Sie Deutschland?“ (1986), „Die verklemmte Nation“ (1989), „Das Vierte Reich“ (1990) und „Die Deutschen. Zwischen Weinerlichkeit und Größenwahn“ (1995).

Christiane Schifferdecker

geb. 1961 in Buchen im Odenwald, studierte Rechtswissenschaften und Neuere Deutsche Literaturwissenschaft in Freiburg/Br. An das erste juristische Staatsexamen schloß sich ein Referendariat an, das sie mit dem zweiten juristischen Staatsexamen 1990 abschloß. Ein Jahr zuvor, 1989, erwarb Christiane Schifferdecker den Titel des Magister Artium in Germanistik. 1990 bis 1992 war sie als wissenschaftliche Lektorin beim Nomos-Verlag in Baden-Baden tätig. Seit 1992 ist sie Dozentin an der Fachhochschule der Sächsischen Verwaltung Meißen. Von 1997 bis 1999 war Christiane Schifferdecker Jugendamtsleiterin beim Landkreis Meißen. Seit 2000 ist sie Leiterin des Fachbereichs Allgemeine Verwaltung an der FHSV Meißen.

Dagmar Schipanski

geb. 1943 in Sattelstädt/ Thüringen, ist seit 1999 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Freistaates Thüringen. Anschließend an ihr Studium der Angewandten Physik an der TU Magdeburg war sie zwischen 1967 und 1985 zunächst als Assistentin,

dann als Oberassistentin an der TH Ilmenau tätig. 1972 absolvierte sie ein Zusatzstudium am Institut für Halbleiter der Akademie der Wissenschaften der Sowjetunion in Novosibirsk und habilitierte auf dem Gebiet der Festkörperelektronik. Seit 1990 Professorin für Festkörperelektronik an der TU Ilmenau, stieg Dagmar Schipanski zunächst zur Dekanin der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik, dann zur Prorektorin für Bildung und schließlich zur Rektorin auf. Zwischen 1996 und 1998 war sie Vorsitzende des Wissenschaftsrates. Dagmar Schipanski ist Mitglied u. a. in der UNESCO-Weltkommission für Ethik in Wissenschaft und Technologie, der Kammer für Öffentliche Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland und des Wissenschaftlichen Kuratoriums des Körber-Preises für die Europäische Wissenschaft. 1999 war sie Kandidatin der CDU/CSU für das Amt des Bundespräsidenten, darüber hinaus Senatorin der Max-Planck-Gesellschaft, Vizepräsidentin der Kultusministerkonferenz und Präsidentin der Deutschen Krebshilfe. Seit vergangenem Jahr hat sie einen Sitz im Präsidium der CDU Deutschland inne. Sie ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse, des Arthur Burkhardt-Preises und des Preises „Frauen Europas – Deutschland“. Zudem wurde sie zur Frau des Jahres 1999 gewählt.

Faruk Sen

geb. 1948, ist Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler und lebt seit 1971 in der Bundesrepublik. Er studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Münster und promovierte über die „Türkischen Arbeitnehmerschaften“. Er verfügt über langjährige Erfahrungen auf dem Gebiet der Ausländerforschung und in Türkeifragen, wovon auch zahlreiche Veröffentlichungen zu diesen Themengebieten Zeugnis ablegen. Prof. Dr. Faruk Sen war an den Universitäten Duisburg und Bonn als Lehrbeauftragter tätig und leitet seit 1985 das Zentrum für Türkeistudien in Bonn bzw. Essen. Seit Juni 1990 ist er darüber hinaus Professor an der Gesamthochschule – Universität Essen.

Jasmin Staiblin

geb. 1970 in Endingen, studierte Elektrotechnik an der Universität Karlsruhe und dem Royal Institute of Technology (KTH) in Stockholm. Sie lebt und arbeitet in Zürich. Ihre am KTH in Stockholm abgeschlossene Diplomarbeit wurde mit dem „European University Award“ ausgezeichnet. Seit 1997 war Jasmin Staiblin bei ABB in verschiedenen Positionen tätig, zunächst als Laborassistentin bei ABB Corporate Research Ltd. im Bereich der angewandten Forschung. Daran schloß sich ein Trainee Programm bei ABB Switzerland an, dem Tätigkeiten in diversen ABB-Bereichen folgten, innerhalb derer sie u. a. für Großbritannien, Italien, Libyen und Indien zuständig war und im Rahmen derer sie eine zeitlang in Brisbane (Australien) arbeitete. Anschließend an ihre Stelle als Projektmanagerin im Bereich Verkauf mit der Verantwortlichkeit für Australien und Neuseeland (1999/2000) ist sie seit September 2000 im Portfolio Management bei ABB Transmission and Distribution Management Ltd. in Zürich tätig.

Sylvia Storz

geb. 1956, studierte Literaturwissenschaft, bevor sie 1984 als Reporterin beim Süddeutschen Rundfunk begann. Sie arbeitete viele Jahre als freie Autorin und Regisseurin von Reportagen und Dokumentationen sowie als Redakteurin bei „Thema M“. Seit 1998 leitet Sylvia Storz die SWR-Talkshow NACHTCAFÉ und seit 2001 zusätzlich das Ressort Journalistische Unterhaltung im SWR-Fernsehen.

Klaus Wenger

war von 1976 bis 1980 Assistent an der Universität Paris III und anschließend bis 1984 Referent im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Danach arbeitete Dr. Klaus Wenger sieben Jahre als Leitender Redakteur beim Südwestfunk in Baden-Baden. Bevor er im Juli 1995 Geschäftsführer der ARTE Deutschland TV GmbH und ARTE-Koordinator der ARD wurde, war er 4 Jahre als Redaktionsleiter Dokumentation und Dokumentarfilm ARTE G.E.I.E. in Straßburg. Er ist Vorsitzender des Beirats der Künstlerakademie Schloss Solitude in Stuttgart, Mitglied des Vorstandes des Deutsch-Französischen Insti-



tuts in Ludwigsburg, Mitglied des Hochschulrats der Staatlichen Musikhochschule in Karlsruhe und Kuratoriumsmitglied des Haus des Dokumentarfilms. Er erhielt mehrere Auszeichnungen: Ordre national du Mérite, Prix France-Allemagne für Verdienste um die deutsch-französische Zusammenarbeit, Prix Strasbourg.

Hiroko Zerdick-Nojiri

geb. 1942 in Fukuoka (Japan), lebte zwischen 1958 und 1963 in Deutschland, bevor sie 1967 ganz nach Berlin übersiedelte. Sie studierte Architektur an der Technischen Universität Berlin und Liberal Arts mit dem Schwerpunkt Kunstgeschichte an der International Christian University in Tokyo. 1990 promovierte sie zum Thema „Einfluß neuer Medien auf die Entwicklung traditioneller Medien in Japan“ an der Freien Universität Berlin. Sie war von 1967 bis 1969 als Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Museum für Ostasiatische Kunst der Stiftung Preußischer Kulturbesitz tätig und schrieb zwischen 1970 und 1990 als freiberufliche Journalistin für verschiedene japanische Zeitschriften. Von 1990 bis 1999 arbeitete sie als Korrespondentin für NIHON KEIZAI SHIMBUN (NIKKEI) und gründete im Jahr 2000 den Japan Press Service.

